

18. Sitzung

Mittwoch, 27. Mai 1998

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Berndt Röder und Zweite Vizepräsidentin Sonja Deuter

Inhalt

Mitteilungen der amtierenden Präsidentin		Dietrich Wersich CDU	768 A
Abwicklung, Ergänzung und Änderung der Tagesordnung	757 A	Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	769 A
Aktuelle Stunde	757 A	Wolfgang Drews CDU	770 A
Fraktion der SPD:		Jens Rocksien SPD	771 A
Der Castor-Skandal	757 A		
mit			
Fraktion der GAL:			
... und er strahlt doch! Wunsch und Wirklichkeit der Castor-Transporte	757 A		
Anke Hartnagel SPD	757 B, 762 B		
Lutz Jobs GAL	758 A		
Dr. Roland Salchow CDU	758 D, 763 C		
Dr. Monika Schaal SPD	759 C		
Alexander Porschke, Senator	760 B		
Axel Bühler GAL	761 A		
Bettina Machaczek CDU	761 D		
Peter Zamory GAL	762 D		
Dr. Martin Schmidt GAL	764 B		
Fraktion der CDU:			
Das Sparkonzept von Senatorin Raab	764 C		
Hartmut Engels CDU	764 D		
Günter Frank SPD	765 D		
Christa Goetsch GAL	766 C		
Rosemarie Raab, Senatorin	767 C		
		Dietrich Wersich CDU	768 A
		Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	769 A
		Wolfgang Drews CDU	770 A
		Jens Rocksien SPD	771 A
		Vorlage des Rechnungshofs:	
		Ergebnis der Prüfung Schaffung von Vorsorgeplätzen (Therapievorbereitung) für Alkoholabhängige	
		— Drs 16/821 —	772 A
		Antje Blumenthal CDU	772 A
		Walter Zuckerer SPD	773 C, 777 B
		Dr. Dorothee Freudenberg GAL	774 D
		Karin Roth, Senatorin	775 C
		Dietrich Wersich CDU	776 C, 777 C
		Beschluß	778 A
		Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
		Hamburg — eine familienfreundliche Stadt	
		— Drs 16/654 —	778 A
		Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD	778 B
		Bettina Pawlowski CDU	779 B
		Sonja Deuter GAL	780 B
		Rosemarie Raab, Senatorin	781 C
		Rolf Harlinghausen CDU	782 A
		Dr. Andrea Hilgers SPD	783 C
		Beschluß	783 D

Senatsmitteilung:

**Koordiniertes Handlungskonzept
am Hauptbahnhof**

— Drs 16/769 —

Antje Möller GAL

Barbara Duden SPD

Dr. Stefan Schulz CDU

Dr. Willfried Maier, Senator

Peter Zamory GAL

Petra Brinkmann SPD

Hartmuth Wrocklage, Senator

Beschluß

Antrag der Fraktion der CDU:

Holzhafen-Bebauung

— Drs 16/776 —

Hans-Detlef Roock CDU

Britta Ernst SPD

Heike Sudmann GAL

Beschluß (zurückgezogen)

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Familien und Gesundheit

— Drs 16/655 —

Dr. Mathias Petersen SPD

Wolfgang Beuß CDU

Sonja Deuter GAL

Karin Roth, Senatorin

Beschluß

Große Anfrage der Fraktion der GAL:

Hamburger Beteiligung an der EXPO 2000

— Drs 16/684 —

Axel Bühler GAL

Jürgen Schmidt SPD

Karl-Heinz Ehlers CDU

Dr. Thomas Mirow, Senator

Beschluß

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

**Multimedia und ihre Auswirkungen
auf den Standort Hamburg**

— Drs 16/658 —

mit

Antrag der Fraktion der CDU:

Verleihung des „Echo“

— Drs 16/837 —

Jürgen Klimke CDU

Thomas Böwer SPD

Bettina Kähler GAL

Dr. Thomas Mirow, Senator

Farid Müller GAL

Beschlüsse

Nächste Sitzung

799 A

799 A

799 D

801 A

802 C

803 D

803 D

803 D

803 D

805 B

806 C

807 C

808 B

808 C

808 D

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat wurde die Tagesordnung um die Punkte 23 a und 27 a ergänzt. Die dazugehörigen Unterlagen sind Ihnen zugegangen.

Die Fraktionen haben sich über Änderungen in der Debattefolge dahin gehend verständigt, Punkt 32 bereits am Mittwoch im Anschluß an Punkt 17 zu debattieren. Dafür findet die Debatte zu den gemeinsam zu behandelnden Punkten 28 und 29 erst am Donnerstag nach Punkt 43 statt.

Zu der nun folgenden

Aktuellen Stunde

sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Der Castor-Skandal

von der CDU-Fraktion

Das Sparkonzept von Frau Senatorin Raab

sowie von der GAL-Fraktion

... und er strahlt doch! Wunsch und Wirklichkeit der Castor-Transporte

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Anmeldungen der SPD- und GAL-Fraktion in einer Debatte zu behandeln.

Wer wünscht das Wort? — Frau Hartnagel.

B **Anke Hartnagel** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon ein starkes Stück, wenn man sich ansieht, mit welcher Unverfrorenheit die Verantwortlichen in den Ministerien und die Betreiber der Kernkraftwerke ihre Hände in Unschuld waschen wollen. Frau Merkel und ihr gesamtes Ministerium wollen nichts gewußt haben, höchstens auf untergeordneter Ebene könnte es Informationen gegeben haben. Die Kernkraftwerksbetreiber haben es zwar gewußt, halten es aber für völlig normal, alles wie gewohnt weiterlaufen zu lassen, denn schließlich gibt es ja keine Meldepflicht.

Über zehn Jahre ist den Herren bekannt, daß die Transportbehälter grenzüberschreitende Kontaminationen aufweisen können. Es ist ein Skandal und eine Volksverdummung, wenn der Präsident des Atomforums, Wilfried Steuer, zwar Fehler auf Technikerebene einräumt, also die Sache auf dem Rücken der Beschäftigten austragen will, und anschließend darauf hinweist, daß die Strahlungen erst in Frankreich gemessen worden seien. Für wie dumm hält uns denn die Atomwirtschaft?

(Beifall bei der SPD)

Und nun leisten die Kernkraftchefs sogar Abbitte an Frau Merkel wegen mangelnder Information. Da drängt sich doch die Frage auf, ob die Atomwirtschaft die Verantwortung übernehmen und gleichzeitig die Vorfälle herunterspielen will, um die Ministerin, ihre Unterstützerin, weil ausgewiesene Kernkraftbefürworterin, zu retten.

Fast genau sechs Monate nach der Katastrophe in Tschernobyl wird den Hamburgischen Electricitäts-Werken von französischer Seite mitgeteilt, daß ein Brennelemente-transport aus dem AKW Brunsbüttel die zulässigen Strah-

lenwerte erheblich überschritten habe. Die HEW gibt an, ihre Mitarbeiter in Brunsbüttel hätten, obwohl dies nicht meldepflichtig wäre, die atomrechtliche Aufsichtsbehörde informiert und ihr die getroffenen Abhilfemaßnahmen erläutert. Welche Abhilfemaßnahmen da im einzelnen erläutert wurden, ist nicht zu erfahren.

1988 dann der zweite Fall eines kontaminierten Transports, der von Frankreich gemeldet wird. Dem folgen zehn Jahre Ruhe und 36 weitere Transporte, bis dann am 14. Mai 1998 ein Anruf des Bonner Umweltministeriums erfolgt, daß in Frankreich eine punktuelle Belastung von 2200 Becquerel gemessen worden sei, und zwar an einer Stelle der Wagons, die in den Prüfvorschriften für eine Messung nicht vorgesehen ist. Das heißt, die Strahlung lag fünfhundertfünzigfach über dem erlaubten Maß, denn das liegt bei vier Becquerel. Die Messung und die Mitteilung aus Frankreich stammen vom 15. Juli 1997, und mir ist völlig unverständlich, wieso die Bonner Aufsichtsbehörde zehn Monate benötigt, um diese skandalöse Grenzwertüberschreitung den zuständigen Landesbehörden und vor allen Dingen der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Der Castor-Skandal ist die schwerste Vertrauenskrise der Atomenergie seit Tschernobyl. Offensichtlich behält die Atomindustrie ihre Pannen und Probleme für sich, weil sie jede kritische Debatte in der Öffentlichkeit über Atomkraft verhindern will. Da hilft es auch nicht, sich darauf zurückzuziehen, daß es keine Meldepflicht gebe, wie zum Beispiel HEW-Chef Timm verkündet. Und er verkündet auch, daß für die Gesundheit der Menschen keine Gefährdung bestanden habe, obwohl der Strahlenwert ein Fünfhundertfünzigfaches der Grenzwerte betragen hat. Wozu gibt es denn Grenzwerte, wenn eine Überschreitung in dieser Größenordnung keine Bedeutung hat? Das muß der Bevölkerung und auch uns erklärt werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir wollen darüber und auch über andere Details dieser ganzen Aktion Aufklärung und werden daher eine Sonder-sitzung des Umweltausschusses zu diesem Thema anberaumen, in der wir Fragen an die verantwortlichen Personen stellen werden.

Das hochsensible Thema Kernenergie verträgt keine Halbwahrheiten und Vertuschungen. Die gesetzlichen Anforderungen, die das Atomgesetz stellt, sind von der Atomwirtschaft nicht erfüllt worden. Nach den Paragraphen 4 und 7 darf niemand Kernbrennstoffe befördern oder Kernkraftwerke betreiben, der nicht jederzeit gewährleistet, daß er zuverlässig und verantwortungsvoll mit Nuklearanlagen und -transporten umgeht; was hier passiert, ist weder verantwortungsvoll noch zuverlässig.

Die Atomindustrie hat immer wieder Vertrauen in ihre Sicherheitsvorkehrungen eingefordert, doch die Vorfälle haben sämtliche Vorbehalte gegen die Atomkraft bestätigt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Frau Hartnagel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Anke Hartnagel (fortfahrend): Wer hätte gedacht, daß das so schnell zu Ende geht? Ich werde mich noch einmal melden. — Danke sehr.

(Beifall bei der SPD und der GAL — *Dr. Roland Salchow* CDU: Sie wollen doch eh nach Bonn!)

C

D

A **Vizepräsidentin Sonja Deuter:** Das Wort hat Herr Jobs.

Lutz Jobs GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen etwas mitgebracht. Im März diesen Jahres erschien in meiner und in vielen anderen Tageszeitungen eine Anzeige, in der stand: „Genau genommen ist Castor nur ein anderes Wort für Sicherheit.“ Mich würde einmal interessieren, ob in diesem Haus oder in der Gesellschaft an diesen Satz überhaupt noch irgend jemand glaubt. Wir haben es nie getan und hatten auch guten Grund dazu. Jetzt haben wir offensichtlich auf erschreckende Art und Weise in unserem Unglauben recht bekommen.

Drei Stichworte dazu: Im Februar 1997 entgleiste in Apach ein Transport mit abgebrannten Brennelementen. Im März 1998 wurde bekannt, daß einige Transportbehälter den notwendigen Belastungstests nicht standgehalten haben — die ersten Transportstopps, zum Beispiel aus Krümmel, wurden ausgesprochen —, und jetzt die bekannten radioaktiven Verstrahlungen der Behälter. Verschiedene Wissenschaftler haben schon deutlich gemacht, welches Gefahrenpotential für Anwohnerinnen und vor allem für Begleitpersonal darin liegt.

Atomtransporte können also in diesem Land weit über alle Grenzwerte hinaus verstrahlt sein, sie können entgleisen, und sie können bei Unfällen ernsthaft beschädigt werden. All das, was nach Aussage der Betreiber nicht passieren darf, ist inzwischen passiert. Die Beherrschbarkeit der Atom Mülltransporte, die Beherrschbarkeit der Atomenergie ist endgültig zur Legende geworden. Und wenn in diesem Land noch irgend jemand von Sicherheit im Zusammenhang mit Castor-Transporten redet, dann kann er damit nur die Sicherheit einer permanenten Gefährdung durch diese Transporte meinen; auf diese Sicherheit können wir verzichten.

(Beifall bei der GAL)

„Genau genommen ist Castor nur ein anderes Wort für Demokratie“ lautete eine andere Anzeige in dieser Anzeigenserie der Atomkraftwerksbetreiber. Jetzt mußten wir erleben, welche ein Demokratieverständnis Atomkraftwerksbetreiber wirklich haben. Genauso wie die fehlgeschlagenen Falltests wurden auch die Verstrahlungen über viele Jahre verschwiegen, verheimlicht und vertuscht. Der allgemeine Katzenjammer ob dieser Verschlagenheit treibt der Atomwirtschaft allerliebste Angela in die Offensive, mindestens zwölf Jahre zu spät allerdings, denn an die Mär von der kollektiven Unwissenheit in den Chefetagen kann zumindest ich nicht glauben. Die Erfahrungen mit Transnuklear, dem Skandal der achtziger Jahre, den Gorleben-Transporten in den neunziger Jahren werden Meldungen von Verstrahlungen doch in den Unternehmens- und Behördenhierarchien hochgetrieben haben; trotzdem ist nichts unternommen worden. Hier haben wir vor Augen geführt bekommen, wie wenig Atomwirtschaft und Demokratie zusammenpassen, und das ist genau der Punkt, der diesen Skandal so erschütternd macht. Ein „Weiter so“ wie nach anderen Skandalen der Atomwirtschaft darf es deshalb hiernach nicht mehr geben.

(Beifall bei der GAL und bei *Lutz Kretschmann SPD*)

Aber auch unsere Hamburger Verhältnisse werden wir uns einmal genauer angucken müssen; Frau Hartnagel hat darauf hingewiesen. Der Umweltausschuß und viele ande-

re werden sich damit beschäftigen müssen, denn noch haben die HEW nicht die Zweifel ausgeräumt, die angesichts ihrer Informationspolitik und ihrer Atompolitik im allgemeinen aufgetreten sind. Noch sieht es so aus, als könnten sie nicht die Verantwortung als Unternehmen tragen, Atomkraftwerke zu betreiben. Das ist auch kein Kunststück, denn diese Verantwortung kann auf der Welt überhaupt kein Unternehmen oder Mensch übernehmen, weil Atomenergie einfach nicht beherrschbar ist.

Kurz noch zu den Konsequenzen aus diesem Skandal. Das Atomgesetz — Frau Hartnagel hat darauf hingewiesen — kennt den Begriff der Zuverlässigkeit. Die Zuverlässigkeit der Betreiber ist eine Voraussetzung für Reaktorbetriebsgenehmigungen. Angesichts dieser Debatte wird diese Zuverlässigkeit doch niemand mehr attestieren können. Das Atomgesetz schreibt außerdem vor, daß eine Entsorgungssicherheit für den Atom Müll mindestens sechs Jahre lang gegeben sein muß. Sämtliche Transporte sind zur Zeit abgesagt, eine Wiederaufnahme ist nicht in Sicht, und die Lagerkapazitäten in den Reaktoren sind begrenzt. Jetzt ist der Moment gekommen, wo auch die Betriebsgenehmigungen der Reaktoren in Frage zu stellen sind.

Der Skandal hat mindestens drei Probleme deutlich gemacht: erstens die mangelnde Demokratietauglichkeit der AKW-Betreiber, zweitens ihre tatsächliche Unzuverlässigkeit und drittens die Unmöglichkeit einer sicheren Entsorgung des Atom Mülls. Jedes Problem für sich wäre ein Grund zum Abschalten der Reaktoren. Alle drei zusammen machen deutlich, wie notwendig der Ausstieg aus der gesamten Atomwirtschaft geworden ist. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Andrea Hilgers SPD*)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Professor Dr. Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gelegentlich bleiben die Fakten hinter der Dramaturgie zurück.

Erstens die Verantwortung für die Castoren: Die Länder kontrollieren innerhalb der Kernkraftwerke. Dazu gehört auch der Ladevorgang der Castoren selbst, bei dem, wie wir jetzt lesen, kontaminiertes Wasser in das Transportgut gelangt ist und nicht entfernt wurde. Die Bundesinstitutionen kontrollieren dann während der gesamten Transporte.

Zweitens: Vor zehn Jahren haben sich Bund und Länder inklusive Hamburg mit den Betreibern auf verstärkte Eigenkontrollen geeinigt. Niedersachsen hat zum Beispiel vorgestern erklärt, nur die Meßprotokolle, die die Betreiber abliefern, zu kontrollieren,

(*Anke Hartnagel SPD*: Eben!)

um einmal die Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern klarzustellen.

Drittens: Die aufgetretenen Grenzwertüberschreitungen sind in der Tat zum Teil verheerend hoch, aber nicht in Deutschland.

(*Anke Hartnagel SPD*: Was ist das denn für ein Argument?)

— Das weiß ich selbst, ich stelle es nur fest. — Das heißt, daß erstens bei Übergabe der Behälter die Werte unter den

(Dr. Roland Salchow CDU)

- A Grenzwerten lagen — in Brunsbüttel etwa bis zum Faktor zehn — und man zweitens während des Transports in Deutschland jedenfalls klar unter den Grenzwerten geblieben ist. Danach haben Gefahren für das Begleitpersonal in Deutschland nicht bestanden. Herr Christier müßte seine Formulierung von heute morgen in der „Bild“-Zeitung erst noch belegen, daß Gefahr für Menschen, Polizei und Begleitpersonal in Deutschland bestanden habe.

Mit Zustimmung der durch die Grünen geleiteten Hamburger Umweltbehörde hat der Länderausschuß für Kernenergie am 19. Mai festgestellt — das will ich jetzt zitieren —, daß sich alle Kontaminationen im Inneren des Waggons im abgedeckten Bereich befanden. Selbst bei einer hypothetisch angenommenen Inkorporation der gesamten gemessenen Aktivität durch das Transportpersonal sei die dadurch erzeugte Dosis gering, und Gefahren für Mensch und Umwelt gingen von diesem Phänomen zumindest von den deutschen Transporten nicht aus. Also man sollte auch einmal deutlich machen, wie die von den Grünen geleitete Umweltbehörde nach außen argumentiert hat.

(Beifall bei der CDU)

Viertens: Bei Ankunft der Züge in Frankreich sind dennoch Kontaminationen, verursacht durch Gerüttel, Wärme und so weiter, fleckenweise drastisch aufgetreten. Dies wurde aus Frankreich im April dem BMU mitgeteilt, das dann die EVU-Verantwortlichen herbeizitiert hat, die den Sachverhalt zugegeben haben; dies wurde vom BMU veröffentlicht.

Es ist zu beklagen, und das ist das Skandalöse an dem Vorgang, daß radioaktives Inventar — und sei es auch nur tropfenweise — im Castor hängengeblieben ist und die Strahlung während des Transports durchgeschlagen hat.

B

Die Industrie hat diesen Sachverhalt nicht bekanntgemacht, weil er erst am Zielort in Frankreich auftrat. Damit haben die EVU formal zwar nicht gegen Verordnungen verstoßen, aber gegen den politischen Anstand.

(Beifall bei der CDU)

Das muß beklagt werden, bedeutet politisch aber auch, daß Bund und Länder, da sie das Verfahren gemeinsam festgelegt haben und nicht nur das BMU, diese Verordnungen ändern sollten. Ich persönlich bewerte das Verhalten der Energiewirtschaft, bedeutende Informationen nicht weiterzugeben, als skandalös. Ich halte es auch für inakzeptabel, das Problem nicht in der Sache zu lösen. Man hätte erwarten können, daß die Industrie in den vergangenen 20 Jahren gelernt hätte, daß Verschweigen nicht akzeptierbar und hinnehmbar ist. Das hochsensible Thema Kernenergie verträgt keine Vertuschungen und Halbwahrheiten. Wer hier Transparenz scheut, spielt den Aussteigern in die Hände, und man sieht ja, wie solche Dinge sofort genutzt und instrumentalisiert werden, vor allem in einem Wahljahr.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre gut, wenn die beteiligte Industrie extreme Sorgfalt gerade bei der Kernenergie hätte. Ich glaube, die „Süddeutsche Zeitung“ hat es ganz gut zusammengefaßt.

„Wie gesagt, der radioaktive Schmutz auf den Transportbehältern ist vermutlich tatsächlich ungefährlich. Aber ... die massive Überschreitung der festgelegten Grenzwerte infolgedessen wird verschwiegen.“

Das darf nicht sein, jetzt muß das Problem in der Sache

angegangen werden. Man muß prüfen, ob es Defizite bei der Kontrolle gibt, und dann müssen sie geändert werden. Die Informationspflichten müssen stärker gefaßt werden.

C

Ich will eine persönliche Bemerkung am Schluß machen. Gerade diejenigen, die wie ich immer dafür eingetreten sind, die Kernenergie so lange beizubehalten, bis der Übergang in die regenerative Energie finanziert und erreicht ist, haben den Schaden dieser Übertretung.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Das tut mir leid für Sie!)

Wir halten es nach wie vor für einen Irrweg, von der Kernenergie zurück zur Verbrennung von Kohle und Gas zu kommen, und zwar aus Umweltgründen. Deshalb ist die Kernindustrie verpflichtet, diesen Schaden schnellstmöglich wieder gutzumachen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Frau Dr. Schaal hat das Wort.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Professor Salchow, ich würde an Ihrer Stelle nicht so sicher sein, daß in Deutschland keine Kontamination aufgetreten ist. Es ist nämlich gar nicht ausgemacht, daß in Frankreich und Deutschland an den gleichen vorgesehenen Meßstellen gemessen wird. Diese Fragen können wir im Parlament nicht klären.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das stimmt!)

Diese Fragen müssen wir, wenn wir uns als Parlamentarier mit solchen Dingen beschäftigen, im Ausschuß, dem Arbeitsort des Parlaments, klären. Mit der gestern beschlossenen Sondersitzung des Umweltausschusses, um uns dort mit den Castor-Transporten zu befassen, haben wir einen ersten Schritt getan. Die SPD-Fraktion wird dazu einen Fragenkatalog formulieren, und wir setzen sehr auf die Bereitschaft der HEW zu offener und vollständiger Information und Aufklärung.

D

(Beifall bei Wolf-Dieter Scheurell SPD)

Wir wollen Sicherheit in der Bewertung haben. Ich kann nicht, Herr Professor Salchow, als Unbedenklichkeitsklärung die „Süddeutsche Zeitung“ zitieren. So sehr ich dieses Blatt in seiner Liberalität auch schätze, aber das geht nicht. Die Journalisten sind in derselben Situation wie wir. Wir brauchen den Rat der Fachleute und sollten auch in dieser Ausschußsitzung Experten hinzuziehen. Wir wollen Sicherheit — Frau Hartnagel hat es bereits gesagt — in der Bewertung von Risiken vor allem im Interesse derjenigen Menschen, die als Polizisten, Arbeitnehmer oder als Bürgerinnen und Bürger mit den Transporten in Berührung gekommen sind.

Wir haben die aparte Situation, daß heute parallel der Deutsche Bundestag diskutiert. Zur Zeit findet dort auch eine Debatte um die Castor-Transporte statt. Nach der Phase der Ahnungslosigkeit ist jetzt in Bonn die der Schadensbegrenzung angesagt. Vor zwei Tagen hat die Bundesministerin ihr Zehn-Punkte-Programm veröffentlicht. Darin fordert sie die Atomkraftwerkbetreiber auf, die Transporte technisch sicher zu machen und organisatorisch neu zu ordnen; das ist im einzelnen ausgeführt. Auch sollen erhöhte Strahlenwerte künftig gemeldet werden. Frau Hartnagel hat darauf hingewiesen, daß solch eine Meldepflicht bisher nicht bestand. Es gibt aber keinen Hin-

(Dr. Monika Schaal SPD)

A weis darauf, daß dies in irgendeiner Weise gesetzlich abgesichert wird.

Mir ist nicht klar, wie die Ministerin diese organisatorischen Änderungen in den Unternehmen durchsetzen will und wie die Verantwortung dafür geregelt ist. Die Ministerin hat den Dialog wiederentdeckt, und zwar den Dialog mit der Öffentlichkeit, denn sie will die Meßwerte veröffentlichen, die seit 1995 angefallen sind. Warum aber bitte schön nicht die davor? Sie will mit den Bundesländern in den Dialog eintreten und nächsten Dienstag ihre Ministerkolleginnen und -kollegen zum Gespräch einladen. Bisher war es so, daß die Länder von der Ministerin Mundverbot erhielten. Und die Ministerin greift ganz kräftig in die Belange der Atomkraftwerke ein, indem sie Transporte untersagt, bis die Ursachen der Leckagen geklärt sind und Abhilfe geschaffen ist und das Informations- und Organisationssystem greift. Das alles kostet Geld, wenn es denn gemacht wird.

Wenn die Abklingbecken voll sind, geht nichts mehr. Aber wer prüft eigentlich, ob diese schönen Vorhaben auch umgesetzt werden? Geschieht das wieder nur in Eigenverantwortung der Unternehmen, oder hofft die Ministerin etwa, daß die Zeit über diese Fragen hinweggeht?

Mir sind die zehn Punkte zu unklar, da fehlt Biß, und es bleiben zu viele Fragen offen. Mir fehlt auch, daß Unternehmen, denen nachgewiesenermaßen die Zuverlässigkeit nicht mehr bescheinigt werden kann, die Lizenz entzogen wird. Warum soll diese Vorschrift aus dem Atomgesetz nur für die Betriebsgenehmigung gelten und nicht auch für den Vollzug?

Die Ministerin ist dazu da, Schaden vom Volk abzuwenden, und nicht dafür, Risiken zu verschweigen, und schon gar nicht, um alle auf Atomstromlinie zu bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich habe Zweifel an der Problemlösungskompetenz einer Ministerin, die qua Amt für Reaktorsicherheit zuständig ist, aber die Atomaufsicht im Stile einer PR-Abteilung der Atomwirtschaft ausübt frei nach dem Motto: Alles, was gesagt wird, ist wahr, aber es wird nicht alles gesagt, was wahr ist.

Wer politisch Verantwortung trägt, der schuldet der Öffentlichkeit die ganze Wahrheit. Es geht nicht an, daß die Ministerin Kritiker weiter mundtot macht, ehe sie überhaupt zu Wort gekommen sind, denn in ihrem Zehn-Punkte-Programm wird darauf hingewiesen, daß diejenigen, die Kritik üben — ich fasse es frei zusammen —, parteitaktisch handeln und den Standort Deutschland beschädigen; das geht nicht. Auf dieser Basis kann man keinen Dialog führen, und auf dieser Basis kann auch kein Konsens möglich sein. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL und bei *Karl-Heinz Warnholz CDU*)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Senator Porschke.

Senator Alexander Porschke: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen alle, daß radioaktive Strahlung gefährlich ist. Man kann sie nicht schmecken, nicht hören und nicht riechen, und man kann sie auch nicht sehen.

(*Rolf Kruse CDU:* Fühlen auch nicht!)

Das ist der eigentliche Grund, weshalb es so wichtig ist, daß man den Menschen vertrauen können muß, die Kenntnisse über die radioaktive Strahlung haben. C

Es ist richtig, was Professor Salchow sagt, daß von der Kontamination der Transportbehälter keine Gefahr für die Bevölkerung ausging,

(*Dr. Roland Salchow CDU:* Ob Sie das Herrn Christier auch mitteilen würden? Damit er das auch weiß!)

aber der Umstand, daß seit zwölf Jahren solche Verhältnisse herrschen und die Stellen, die davon hätten wissen müssen, nicht die erforderlichen Informationen bekommen haben, ist das eigentliche Problem an dieser Geschichte. Damit wird das Vertrauen, das man in diejenigen setzt, die mit diesen Substanzen umgehen, unterminiert.

(*Dr. Roland Salchow CDU:* Das ist richtig!)

Gucken wir uns doch einmal die Berichterstattung der letzten Tage an. Haben die Akteure, denen wir vertrauen wollen, denn verstanden, um was es geht? Da gibt es einen Artikel in der heutigen „taz“, in der ein Atommanager mit den Worten zitiert wird, es gebe keinen Vorwurf, daß der Behälter das Kraftwerk kontaminiert verlassen habe.

Ich erhebe ihn hiermit. Wenn man in Frankreich eine Kontamination an Wagen und Behälter feststellt, von der niemand behauptet, daß sie aus dem Behälter herausgekommen ist, dann gibt es nur die Möglichkeit, daß sie hineingeschleppt, aber von den Kontrollen nicht erfaßt worden ist.

(*Dr. Roland Salchow CDU:* Richtig!)

Und was ist das für ein Verständnis von Sicherheit gegenüber der Bevölkerung, zu sagen, was wir nicht gemessen haben, ist auch nicht da, auch wenn es an einer anderen Stelle gemessen worden ist? Das ist das Problem, und damit wird das Vertrauen in das gesamte Aufsichtssystem in Frage gestellt. Wenn man davon ausgehen muß, daß die Betreiber solcher Anlagen davon ausgehen, daß ihr komplexes Meßsystem schon genau genug ist und, wenn sie die radioaktiven Substanzen damit nicht erfassen, es sie nicht geben darf, dann haben sie das Problem nicht verstanden. D

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist durchaus noch nicht so, daß alle Fakten auf dem Tisch liegen. Das ist auch einer der Gründe dafür, daß ich mich gestern der Forderung nach einer Sondersitzung der Umweltministerkonferenz angeschlossen habe, denn es gibt noch eine ganze Menge Fakten, die auf den Tisch müssen.

Ich gucke mir nur einmal die Hamburger Situation an. Wir wissen, daß es kontaminierte Transporte aus den Jahren 1986, 1988 und 1997 gegeben hat. Jetzt gibt es eine Pressemitteilung der Hamburgischen Electricitäts-Werke, in der steht „nach den bisherigen Recherchen“. Zwischen 1988 und 1997 liegen neun Jahre. In dieser Zeit haben viele Transporte stattgefunden, und natürlich interessiert mich — ich gehe davon aus, Sie alle interessiert das —, was denn zwischendurch war. Ich habe natürlich versucht herauszubekommen, was auf den Besprechungen der Firma Nukleare Transportleistungen und der Energieversorgungsunternehmen vor den Transportkampagnen thematisiert worden ist. Die Auskunft meiner Mitarbeiter ist, daß jetzt natürlich keiner etwas sagt.

(Senator Alexander Porschke)

- A Wenn das die völlige Transparenz in dieser Sache ist, die Frau Merkel jetzt einfordert, dann haben die Leute immer noch nicht begriffen, wo die Sache jetzt langlaufen muß.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deshalb ist diese Diskussion noch nicht zu Ende, aber man kann schon jetzt sagen, daß die Atomwirtschaft das Vertrauen in ihre Aufrichtigkeit nachhaltig geschädigt hat. Wenn sie jetzt nicht schonungslos alle verfügbaren Informationen auf den Tisch legt, wird sie es endgültig verspielen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Bühler.

Axel Bühler GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gleich, wie man es wendet, ob der Castor schwitzt und die Atomindustrie weint oder der Castor schon lange weint und die Atomindustrie seit einer Woche endlich schwitzt, eines wird immer deutlicher: HEW, PreussenElektra und Co. haben hier nicht nur eine entscheidende Schlacht verloren, sondern hoffentlich ihren schmutzigen Krieg gegen Vernunft und die Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der GAL — *Michael Fuchs* CDU: Bleiben Sie doch mal sachlich!)

Wer sich die Geschichte der Atomenergie anschaut, findet eine Geschichte voller Lügen. In den USA läßt sich nachweisen, daß schon in den sechziger Jahren die beteiligten Firmen genau wußten, wie teuer Atomkraftwerke wirklich sind. Trotzdem wurde mit dem Propagandaslogan „Atoms for peace“ und dem Versprechen, der Atomstrom sei „to cheap to meter“ — also zu billig, um ihn überhaupt abzurechnen —, der Ausbau vorangetrieben. Heute, unter Marktbedingungen, werden in den USA immer mehr AKW zu Millionengräbern.

B

Daß Atomkraftwerke das Klima schützen, ist vielleicht die modernste Lüge der Atomlobby. Dabei ist offensichtlich, daß Energieverschwendung ein strukturelles Problem unseres Energiesystems ist. Atomenergie stabilisiert verschwenderische Strukturen und verhindert gewünschte Innovationen.

Die älteste und folgenschwerste Lüge aber fliegt der Atomlobby jetzt ins Gesicht: Atomenergie sei beherrschbar. Die Wahrheit ist, Atomenergie ist im Normalbetrieb hochriskant, die Entsorgung ist völlig ungelöst, und jeder halbwegs schlaue Techniker kann Atombomben bauen. Mit der Atomfiktion, man habe alles im Griff, ist es nun wirklich vorbei.

Aber nicht nur das. Wer sich heute die Atompolitik anschaut, sieht ein Stück aus dem volkswirtschaftlichen und umweltpolitischen Tollhaus vor sich. Da wird über die volkswirtschaftlich unsinnige und hochriskante Atomtechnik die schützende Hand der CDU-Bundesregierung gehalten. Auch die CDU-Bürgerschaftsfraktion präsentiert sich hier gern als die fünfte Kolonne des Deutschen Atomforums.

Mit Milliarden aus Brüssel werden Siemens-KWU und Framatom durchgefüttert, um in osteuropäischen AKW unter der Legende der Sicherheit ein paar Schrauben auszutauschen. Das ist eine gigantische Verschwendung öffentlicher Mittel: Produktionsausweitung statt Effizienz,

Verbrauch statt Einsparung, Kapitalvernichtung statt C Intelligenz. Wer heute noch Millionen in die abgehalfterte Atomtechnik steckt und auf der anderen Seite die Erforschung und Markteinführung von erneuerbaren Energien und Effizienztechniken finanziell austrocknet, wer also energiewirtschaftliche Innovationen massiv behindert, hat in der Politik nichts mehr verloren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die augenzwinkernde bis offene Kumpanei der Politik war und ist für den Atomkomplex in Deutschland und Europa lebensnotwendig, ob das Umweltministerium unter Frau Merkel heute als Kernenergiepropagandaeinrichtung — auch die „Süddeutsche Zeitung“, Herr Salchow — zur Verfügung steht oder ein neues Atomgesetz mit der Brechstange durchsetzt. Mit der skandalösen Kumpanei zwischen CDU-Politik und Atomindustrie muß Schluß sein.

Was heißt das für Hamburg und die rotgrüne Landesregierung? Hamburg besitzt die Aktienmehrheit an den HEW und hat damit einen Auftrag zu handeln. Ich freue mich, daß die HEW Chefsache ist und der Erste Bürgermeister gemeinsam mit unserem Umweltsenator die richtigen Entscheidungen zügig umsetzen kann. Klar ist: Der HEW-Vorstand hat sich vor seinem Mehrheitsaktionär und den Menschen in dieser Stadt zu erklären.

Mindestens ebenso wichtig ist aber eine zweite Konsequenz. Die beabsichtigte Fusion der AKW-Gesellschaften von HEW und PreussenElektra gibt große wirtschaftliche Macht in die Hände einer Bande, die ihr Vertrauen gerade gründlich verspielt hat. Niemand mache sich vor, Hamburg oder die HEW hätten in dieser Gesellschaft irgend etwas zu melden. Wie verächtlich PreussenElektra-Chef Haarrig mit kommunalen Mitaktionären und Regierungsprogrammen zum Atomausstieg umgeht, zeigt der Blick nach D Schweden. Eine Zustimmung zu einem nordischen Atomkomplex von Niedersachsen über Hamburg bis nach Schweden kann es unter diesen Voraussetzungen nicht geben.

Meine Damen und Herren! Die Glaubwürdigkeit der Atomindustrie versinkt in Castor-Schweiß und Castor-Tränen. Die Fiktion von der Beherrschbarkeit der Atomenergie ist erneut entlarvt. Rationales Handeln kann jetzt nur eines sein: Ausstieg aus der Atomenergie. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Frau Machaczek.

Bettina Machaczek CDU:* Meine Damen und Herren! Zunächst will ich noch einmal festhalten, was aus meiner Sicht — das haben Herr Professor Salchow und viele von Ihnen auch schon gesagt — das größte Problem ist. Das größte Problem ist der Vertrauensverlust, den wir erfahren haben und der an die Adresse der Energieversorgungsunternehmen zu richten ist. Ich bin schon der Meinung, daß nicht nur Vorschriften zu befolgen sind, sondern daß man von den Spitzenmanagern schon verlangen kann, daß sie eine gewisse politische Weitsicht haben und Dinge, die vielleicht nicht vorgeschrieben sind, begreifen und in diesem Sinn auch vernünftig handeln. Wir haben erlebt, wie Brent Spar Shell auf die Sprünge gehoffen hat. Ich hoffe sehr, daß auch die Atomindustrie den Mut hat, Dinge, die unbequem sind, deutlich zu machen. Denn der politische Scherbenhaufen, vor dem wir stehen, ist schlimm.

(Bettina Machaczek CDU)

- A Gerade bei den Polizisten ist die Verunsicherung geschürt worden. Denn wir haben gehört, und es liegen auch Schriftstücke vor, die besagen, daß die Kontamination nicht gefährlich war. Aber wir wissen auch, daß das nicht auf offene Ohren stößt, weil dieses Thema — darin stimme ich Ihnen zu, Herr Senator Porschke — natürlich brisant ist und die Leute deswegen den Dingen vertrauen müssen, die ihnen gesagt werden.

Aber was wollen wir denn machen? Einfach abschalten, weil es Probleme gibt?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD — *Carmen Walther SPD*: Ja!)

Ich weiß, daß Sie immer wieder darauf warten, endlich Ihre Forderungen anbringen zu können. Das tun Sie auch ganz periodisch. Nur, sagen Sie doch einmal den Menschen, was wir dann machen sollen? Ist es nicht besser, diese Dinge sachlich und sinnvoll aufzuarbeiten?

(Lachen bei der GAL)

Vergessen Sie eines nicht. Wenn wir in Deutschland abschalten — das ist wie mit vielen Themen, die Sie in der Politik haben —, was bringt das? Nicht Deutschland ist die Insel der Glückseligen, ganz Osteuropa wartet auf Atomkraftwerke und günstige Energien. Sollen wir denen sagen: Laßt das, baut eure kaputten und alten Kernkraftwerke weiter aus, wir ziehen uns zurück?

Die Probleme sind groß genug, aber sie müssen mit Vernunft und mit Weitsicht gelöst werden.

(Beifall bei *Michael Fuchs CDU*)

- B Wir unterstützen es natürlich — wie gestern beschlossen —, die Dinge, die für Hamburg relevant sind, bei den HEW nachzufragen. Ich denke, daß Aufklärung wichtig ist, aber die Hysterie zu schüren und den Menschen weiterhin Angst und Unsicherheit beizubringen, halte ich für den falschen Weg.

(Beifall bei der CDU — *Heike Sudmann GAL*: Genau, Augen zu und durch!)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Frau Hartnagel.

Anke Hartnagel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Salchow, ich bin doch einigermaßen enttäuscht, daß Sie das aufgenommen haben, was Herr Steuer verkündet hat, und zwar daß nur in Frankreich gemessen worden ist, daß die Kontamination stattgefunden hat. Wie kann man denn davon ausgehen, daß in Frankreich etwas gemessen wird, das nicht schon in Deutschland beim Transport bestanden hat?

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Sage ich doch gar nicht anders!)

— Sie haben es genauso gesagt wie Herr Steuer. Das hat mich etwas enttäuscht. Und wenn Sie das jetzt anders formulieren, dann ist das gut.

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Ich habe das doch sogar einen Skandal genannt!)

Das haben Sie nachher gesagt.

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Im Bundestag müssen Sie auch gut zuhören!)

C Aber zunächst haben Sie darauf hingewiesen, daß es erst in Frankreich gemessen worden ist, und das finde ich nicht in Ordnung.

Zu Frau Machaczek. Welche Dosen gefährlich sind oder nicht gefährlich sind, darüber streiten sich die Wissenschaftler. Auch darüber, in welcher Form sie einen Menschen treffen können, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ich denke, daß man sich damit genau auseinandersetzen muß, in welcher Form und wie dort eine Gefährdung bestanden hat oder nicht. Das kann man, glaube ich, noch nicht total ausschließen.

Eines ist ganz klargeworden. Bei dieser Angelegenheit ist das, was die Kernkraftbefürworter immer gesagt haben, daß Kernkraft in Deutschland, in Europa sicher sei, nicht mehr gewährleistet. Damit haben wir jetzt andere Erfahrungen gemacht. Das müssen wir uns auch immer wieder klarmachen.

Noch einmal zu Frau Merkel, weil ich glaube, daß das nicht ganz unwichtig ist. Ich glaube einfach nicht, daß über diese vielen Jahre, in denen letztendlich diese ganze Problematik ihren Lauf genommen hat, im Bundesumweltministerium nichts bekannt gewesen sein soll.

(*Rolf Kruse CDU*: Das werden wir in Bonn feststellen!)

Als es damals darum ging, den Castor nach Ahaus zu schicken, hat die Bundesumweltministerin nicht mit der Wimper gezuckt. Da mußten alle und jeder spüren. Jetzt aber, im Zusammenhang mit dem Skandal der Atomwirtschaft, weist sie plötzlich alle Verantwortung von sich. Mit einem Mal will sie nicht mehr dafür verantwortlich sein, obwohl sie die oberste Aufsichtsbehörde ist.

D Wir werden im Ausschuß Aufklärung über die Verantwortlichkeiten verlangen. Wir wollen eine rückhaltlose Aufklärung über die tatsächliche Gefährdung der Gesundheit. Wir wollen wissen, wer wann und wo informiert worden ist. Wir wollen wissen, welche Vorkehrungen jetzt und in Zukunft getroffen werden, um die Mitarbeiter der Bahn und das Begleitpersonal inklusive der Polizei bei den Transporten zu schützen. Wir wollen erfahren, welche Kontrollen das Eisenbahnbundesamt während der Transporte vorgenommen hat. Wir wollen sicher gewährleistet haben, daß derartige Vorkommnisse nicht noch einmal passieren.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GAL* — *Dr. Martin Schmidt GAL*: Das wird aber so sein, Frau Hartnagel!)

Ansonsten müssen die Genehmigungen für Nukleartransporte und für den Betrieb von Kernkraftwerken zurückgenommen werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL — *Manfred Mahr GAL*: Ja, genau!)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Zamory.

Peter Zamory GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Machaczek, mit welcher Sicherheit können Sie eigentlich hier behaupten, daß die Kontamination, der die Menschen ausgesetzt waren, die mit dem Castor-Transport zu tun hatten, nicht gefährlich ist? Das wissen Sie nicht

(Peter Zamory GAL)

A (Heike Sudmann GAL: Das will sie nicht wissen! — Gegenruf von Bettina Machaczek CDU: Warten Sie's mal ab!)

und können es hier auch nicht behaupten.

Es gibt allerdings Gesundheitsgefährdungen. Ich habe eine Fachfrau gefragt, die Professorin Schmitz-Feuerhake von der Arbeitsgruppe Medizinische Physik an der Bremer Universität.

(Dr. Roland Salchow CDU: A ja! Der Rest ist klar!)

Sie hat mir heute folgende Stellungnahme geschickt, die ich Ihnen zitieren möchte:

„In den Stellungnahmen der Betreiber, der Bundesumweltministerin und des Bundesamts für Strahlenschutz wird der Eindruck erweckt, es handele sich bei der Überschreitung des Grenzwerts für die Oberflächenkontamination mehr um ein juristisches und verwaltungstechnisches Problem als um eine Gefährdung. Der Grenzwert von vier Becquerel pro Quadratmeter — entsprechend 40 000 Becquerel pro Quadratmeter — hat jedoch seinen tiefen Sinn, da offen zugängliche Radioaktivität das Risiko in sich birgt, daß sie in den Körper gelangt und dann die maximal mögliche Strahlenbelastung erzeugt. Fein verteilte Feststoffe, die an metallischen Oberflächen haften, gehen zu einem gewissen Prozentsatz in Aerosolform über, das heißt, sie werden flüchtig und lagern sich an Staubteilchen in der Luft an. Dies geschieht auch ohne Luftzug und bei normaler Temperatur, um so mehr bei Fahrtwind und durch innere Erwärmung der Castor-Behälter und bei äußerer Sonnenbestrahlung.

B Die Folgen einer solchen Grenzwertüberschreitung, die in der Praxis das über Tausendfache betrug, sind nicht meßbar und schwer abschätzbar. Sie hängen außer von den physikalischen Bedingungen am Behälter und den Aufenthaltsorten und -zeiten von Personen insbesondere auch von der Zusammensetzung der Isotope ab. Die Dosis von einem eingeatmeten Becquerel Cäsium-137 errechnet sich zum Beispiel etwa zwölftausendmal kleiner als von einem Becquerel Plutonium. Die mittels zu einer Gammastrahlenmessung relativ leicht feststellbaren Radionuklide“

— und die hat man festgestellt —

„Cäsium-137 und Kobalt-60, die bei den Castoren gemessen wurden, stammen zum Teil aus den ehemaligen Brennelementen. Das bedeutet, daß diese Stoffe im Füllbecken für die Behälter nicht allein vorliegen, sondern auch Anteile aller anderen Inhaltsstoffe der Brennelemente. Dazu gehören Beta- und Alphastrahlen mit hoher Dosisbelastung bei Inkorporation.“

— Danach ist nicht geforscht worden, aber wir wissen nicht, ob nicht auch diese Teile von Brennelementen ausgetreten sind. Deswegen ist auch eine hypothetische Überlegung in diese Richtung notwendig. —

„Nur zehn Becquerel Plutonium führen bei Inhalation zu einer Dosis von 1,2 Millisievert und damit zu einer vierfachen Überschreitung des Dosisgrenzwerts von 0,3 Millisievert/Jahr für Mitglieder der Bevölkerung. Bei dreitausendfacher Überschreitung der zulässigen Oberflächenradioaktivität betrüge die Kontamination aber 12 000 Becquerel/Quadratmeter, und wenn nur ein Quadratmeter der sehr großen Castor-Ober-

fläche derart verseucht ist, liegen 120 000 000 Becquerel vor. Wenn davon 1 Prozent Plutonium ist und davon wiederum 1 Prozent von den begleitenden Personen aufgenommen wird — also 12 000 Becquerel —, ergibt sich eine Kollektivdosis von 1,440 Sievert.“

— Nicht Millisievert. —

„Nach Einschätzung der Internationalen Strahlenschutzkommission ergibt das mit zehnpromzentiger Wahrscheinlichkeit einen Krebstodesfall.“

Diese Beispiele machen deutlich, daß es absolut fahrlässig ist, die Gesundheitsgefährdung zu verharmlosen. Diejenigen, die diese Gesundheitsgefährdung von Menschen in Kauf genommen haben, müßten nicht nur zurücktreten, sondern wegen fahrlässiger Körperverletzung auch vor Gericht gestellt werden.

(Beifall bei Axel Bühler GAL)

Die Polizisten und das Bahnpersonal, die jetzt mit der Angst leben — und diese Angst ist nicht geschürt, sondern sie ist leider real —, brauchen ständige medizinische Kontrolle und unsere Unterstützung.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Professor Dr. Salchow.

Dr. Roland Salchow CDU: Frau Präsidentin! Frau Hartnagel, ich teile Ihre Meinung, daß die Sache nicht hinnehmbar ist und daß die Messungen in Frankreich das aufgedeckt haben. Aber ich bin auch der Meinung, nicht eines politischen Erfolges wegen hier im Lande zu sagen, daß große Gefährdungen davon ausgegangen sind. Das hatte eigentlich auch der Umweltsenator gesagt, ganz anders als Herr Zamory mit seinem Zitat.

Ich möchte Ihnen einmal sagen, was das Umweltministerium in Niedersachsen — damals war Frau Griefahn Ministerin — zu den Castor-Transporten im Zusammenhang mit Gorleben im Juni letzten Jahres geschrieben hat:

„Anliegend übersende ich die Meßdaten des letzten Sammeltransportes in das Lager Gorleben an den einzelnen Castor-Behältern. Diese Werte wurden für die Strahlenschutzüberwachung der begleitenden Polizei herangezogen. Dabei handelt es sich um die maximal für die Einsatzkräfte relevante Dosisleistung. Diese Messungen erfolgten ab Absendeort unter Aufsicht von Behördenvertretern.

Das Ergebnis: Die tatsächlich aufgenommene Strahlenbelastung der Einsatzkräfte lag weit unterhalb der theoretischen Werte, was durch die Auswertung der theoretischen Werte bestätigt wurde. Hierbei ergab sich für die Summe aus Gamma- und Neutronendosis ein Mittelwert von null mit einer möglichen Maximalabweichung von 0,05 Millisievert.

Die Erfüllung der Strahlenschutzvorsorgemaßnahmen für die Personen in unmittelbarer Nähe der Transportbehälter läßt sich um so mehr auf alle anderen Bürger übertragen, die sich im weiteren Abstand aufhalten, da die Strahlenbelastung über die Entfernung mit $1/r$ abnimmt.“

Das Ministerium von Frau Griefahn fährt fort:

„Im Verlauf der Transport- und Einlagerungsvorgänge

(Dr. Roland Salchow CDU)

A wurden auch zahlreiche andere Messungen von verschiedenen Institutionen durchgeführt.“

— Die werden dann aufgeführt. —

„Trotz unterschiedlicher Meßgeräte liegen die uns bekannten Meßergebnisse in einer vergleichbaren Größenordnung weit unterhalb der für die Polizeibegleitung festgelegten Grenzwerte.“

Ich wollte Ihnen das nur einmal vorlesen, um zur Versachlichung beizutragen.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu den Hinweisen auf Bonn machen. Wir haben uns hier in der Umweltpolitik verschiedentlich darüber unterhalten, daß wir auch wieder über die Eigentümerhaftung diskutieren müssen.

(Anke Hartnagel SPD: Das geht ja offenbar nicht!)

Wer ist denn eigentlich der Eigentümer dieser Elektroversorgungsunternehmen, die diese Sünden begangen haben, zum Beispiel in Hamburg? Wem gehören denn zum größeren Teil die HEW? Das war doch über die ganzen Jahre die Stadt Hamburg. Hamburg ist doch der Eigentümer. Das kann ich für Niedersachsen und für Nordrhein-Westfalen fortführen, wo wir eine rotgrüne Regierung haben.

Ich mache darauf aufmerksam, daß das Spiel, das jetzt gespielt wird, folgendes ist: Verantwortlich bei den HEW ist auch der Aufsichtsrat, in dem seit Jahren Senatoren sitzen.

(Anke Hartnagel SPD: Das habe ich aber auch deutlich gemacht!)

B Das heißt, der Hamburger Umweltsenator vertritt den Eigentümer Hamburg, den Kontrolleur Hamburg und den Genehmiger Hamburg. Wir als CDU haben immer gegen dieses Dreibein gewettert, daß man sich selbst kontrolliert und selbst genehmigt.

(Beifall bei der CDU)

Das, was jetzt politisch mit diesem andauernden Hinweis auf Bonn getrieben wird, ist, daß diejenigen dort oben, denen die HEW zu einem gewissen Teil gehören, hingehen und den Kontrolleur beklagen, weil er etwas nicht gemerkt hat.

(Anke Hartnagel SPD: Weil er informiert war!)

Wie wäre es denn, wenn man sich klarmacht, daß Eigentum auch bedeutet, daß die Eigentümer haftbar sind. Dazu müssen Sie auch einmal politisch stehen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Dr. Martin Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor Herr Salchow noch weitere interessante Themen findet, die mit der Sache nichts zu tun haben,

(Ole von Beust CDU: Die hören Sie nicht gern!)

möchte ich seine im ersten Redebeitrag geäußerte Trauerarbeit etwas verstärken.

Wir haben zwei bemerkenswerte Phänomene. Erstens: Ich halte es nicht für einen Zufall, daß das, was jetzt herausgekommen ist, so herausgekommen ist, wie es herausgekommen ist, denn es gehört zum System der Atomindu-

strie, daß möglichst viel versteckt und nicht offengelegt wird. Das größtmögliche Risiko der Atomindustrie ist die Offenheit.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Deswegen ist es jetzt wieder zu dieser Situation gekommen.

Das zweite Phänomen — Herr Salchow hat es auch schon angesprochen — ist folgendes: Wir leben in einem Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung die Atomstromproduktion ablehnt. Dennoch wird sie seit Jahren beibehalten, weil es eine unheilige Allianz zwischen der Regierung und der Atomindustrie gibt,

(Ole von Beust CDU: Volksentscheid!)

die sehr erfolgreich ist; sie hält schon sehr viele Jahre. Sie setzt aber voraus, daß die einen sagen können, die anderen sind Ehrenmänner. Das ist aber das eigentliche Problem, das jetzt besteht. Die CDU kann nicht mehr laut sagen: Unsere Partner in der Industrie sind Ehrenmänner, denn sie sind von denen richtig betrogen worden. Deswegen ist es jetzt für sie so unangenehm, weil diese heilige Allianz von jetzt ab tot ist. Die CDU als Verteidigerin des Atomstroms hat ihre Rolle ausgespielt. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen mir nicht vor.

Wir kommen zu dem von der CDU-Fraktion angemeldeten Thema:

Das Sparkonzept von Senatorin Raab

Wer wünscht hierzu das Wort? — Das Wort hat Herr Engels.

Hartmut Engels CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Morgen wird in Hamburg eine der größten Demonstrationen des letzten Jahrzehnts stattfinden.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Oh, des Jahrhunderts!)

Zehntausende von Hamburger Schülern, Eltern und Lehrern werden auf die Straße gehen. Als Anlaß ist ein Sparpapier von Rosemarie Raab genannt, aber der tiefere Anlaß ist ein Protest gegen die tiefgreifende Verunsicherung der Hamburger Schüler, Lehrer und Eltern, gegen eine ruinöse und marode Bildungspolitik insgesamt.

(Beifall bei der CDU)

Und daran ändert die gestrige Ablenkungspressekonferenz — ich komme nachher noch auf einige Punkte zurück — überhaupt nichts. Eine andere Funktion hatte die Pressekonferenz nicht: Sie sollte von den Tatsachen ablenken.

(Beifall bei der CDU — Günter Frank SPD: Sie müssen sie mal lesen!)

Inwiefern ruinös? Es bleibt weiterhin dabei, daß angesichts steigender Schülerzahlen nicht in gleichem Umfang Lehrer eingestellt werden. Es wird also in Form von mehreren hundert Stellen gespart.

Wieso ist dies passiert? Wir hatten jahrelang einen Rückgang der Schülerzahlen, der nicht in gleichem Umfang bei den Lehrern stattfand. Wir hatten für zusätzliche Möglich-

C

D

(Hartmut Engels CDU)

- A keiten ungeheuer viele Stellen frei. Statt aber diese Stellen zu nutzen, um eine Zukunftsvorsorge für den Fall zu treffen, daß die Schülerzahlen — wie jetzt — steigen, sind diese Lehrerstellen für zahlreiche Reformen verplempert worden, aus denen Rosemarie Raab nun nicht mehr herauskommt.

(Johannes Mertens CDU: Genau!)

Sie muß jetzt diese Lehrerzahlen durchwachsen lassen. Eine Vorsorge hätte diese Situation vermieden. Sie muß angesichts ihrer vielen Reformen nun die Lehrerstellen aus der Substanz nehmen.

(Günter Frank SPD: Was ist das denn für ein Argument?)

Damit zerrüttet sie die Substanz des hamburgischen Schulwesens.

(Beifall bei der CDU — Günter Frank SPD: Dann hätten wir mehr Lehrerstellen, oder wie?)

Für die Bonn-Argument-Fanatiker, Frau Goetsch und Herr Frank: Bayern und Baden-Württemberg haben auch wachsende Schülerzahlen, aber sie steigern im gleichen Verhältnis die Lehrerzahlen. Bayern und Baden-Württemberg haben ähnliche Haushaltsprobleme. Und vor allen Dingen, Bayern und Baden-Württemberg haben die gleiche Bonner Bundesregierung. Was in Bayern und Baden-Württemberg möglich ist, das müßte auch in Hamburg möglich sein. Aber es ist eine Konsequenz Ihrer maroden Haushaltspolitik und nicht die Bonner Politik, die dafür sorgt hat.

(Beifall bei der CDU)

- B Im übrigen ist das Fundament des Hamburger Bildungswesens ohnehin erschüttert. Sie kennen alle die Studien, angefangen von der Lernausgangslage über BIJU, TIMSS und so weiter. Alle diese Studien bescheinigen dem Hamburger Bildungswesen

(Günter Frank SPD: Das ist Unsinn!)

— Herr Frank, lesen Sie noch einmal meine Rede von vor 14 Tagen durch —, daß es in der Lernleistungsfähigkeit fundamental zerrüttet ist: Eineinhalb Jahre Rückstand in einigen Fächern bereits nach der Grundschule, Herr Frank.

(Günter Frank SPD: Bayern ist schlechter als Schleswig-Holstein in Mathematik!)

Im übrigen — ich wiederhole es — ist das Hamburger Abitur bundesweit bereits eine Lachnummer. Wer dazu beigetragen hat, dafür zu sorgen, daß keine strengeren Leistungsmaßstäbe an das Abitur gelegt werden,

(Günter Frank SPD: Die Lehrer! Sie! Sie unterrichten doch Mathematik!)

ist diese Frau Senatorin in der unheilvollen Zeit gewesen, als sie auch noch KMK-Vorsitzende war.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Rücknahme der gestrigen PK von 120 im Berufsschulbereich — wir kommen nachher noch darauf zurück — ändert nichts daran, daß dieses Sparprogramm im Grunde genommen ein Schulstrukturprogramm ist. Denn Hauptleidtragende sind die Hamburger Gymnasien.

Nun will ich Menschen nicht an ihren Abschlüssen messen — in diesem Fall an dem Abitur —, darum geht es nicht,

sondern es geht darum, daß die Qualität unseres Schulwesens maßgeblich von der Spitzenschulart abhängig ist. Das liegt in ihrer Natur, in der Lehrerbildung und dergleichen mehr. Diese Gymnasien wollen Sie in einem erheblichen Ausmaß weiter zur Kasse bitten, und zwar anders, als es heute in der Zeitung stand.

Mittlerweile haben die Gymnasien die ältesten Lehrer. Sie sorgen durch die Wegnahme der Altersermäßigung dafür, daß sich diese Situation noch weiter verschlimmert. Man kann sich darüber streiten, ob Lehrer weniger oder mehr arbeiten müssen — die meisten freuen sich darüber —, aber Frau Raab hat nicht den Struktureffekt bedacht, den sie mit dieser zusätzlichen Arbeitszeit nur in den Gymnasien anrichtet. Sie sorgt dafür, daß die mit 51 Jahren ohnehin älteste Lehrerschaft noch älter wird und das Gymnasium seine wesentliche Funktion als Maßstab für das gesamte Schulwesen verliert. Damit wird ein Beitrag dazu geliefert, daß unser Schulsystem weiter zerrüttet wird.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter (unterbrechend): Ihre Redezeit ist zu Ende.

Hartmut Engels (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Ein Neuanfang in der Bildungspolitik ist notwendig. Mit dem Geist der 68er Veteranen aus der Schulbehörde ist dies nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Frank.

(Ole von Beust CDU: Geistiger Veteran!)

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Stichwort Bayern, Herr Engels, könnte ich eine ganze Menge sagen, lasse es aber lieber.

(Johannes Mertens CDU: Ran, mal ran!)

Aber zum Thema „ruinös“ muß ich doch einiges sagen. Sie wissen sehr genau — das betonen Sie in allen Podiumsdiskussionen, die man mit Ihnen hier und da macht, im übrigen selber —, daß das etwas mit den finanzpolitischen Rahmenbedingungen nicht nur des Bundeslandes Hamburg zu tun hat, sondern auch mit denen aller anderen Bundesländer. Ich möchte daran erinnern, daß es in den letzten 16 Jahren die CDU-geführte Bundesregierung war, die die Bundesländer in Milliardenhöhe belastet hat.

(Unmutsäußerungen bei der CDU)

— Selbstverständlich. Es war die CDU-geführte Bundesregierung mit ihrer verfehlten Sozialpolitik, die Millionen von Menschen in die Sozialhilfe getrieben hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist die CDU-geführte Bundesregierung, die mit einer verfehlten Wirtschaftspolitik zur Massenarbeitslosigkeit beigetragen hat.

(Buh-Rufe bei der CDU)

Und Sie klagen hier diesen Senat an. Leisten Sie erst einmal politische Abbitte, bevor Sie hier so etwas sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich komme zum Thema der vorgestrigen Pressekonferenz.

C

D

(Günter Frank SPD)

A (Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

In dieser Pressekonferenz von Frau Senatorin Raab mit den beiden Koalitionspartnern SPD und GAL ist aus allen eingegangenen Stellungnahmen, aus den vielen Gesprächen, die wir mit Vertretern aller Schulformen geführt haben, und auch aus den internen Diskussionen meiner Fraktion Bilanz gezogen worden. Was kann uns Schöneres passieren, als daß die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hamburg die Sicherung des Lehrstellenplans als Riesenerfolg und den weitgehenden Verzicht auf die Teilungsstunden als sehr positiv bezeichnet hat. Diese Beurteilung unserer Politik ist mir — Herr Engels, ich bitte um Nachsicht — jetzt wichtiger als die so manch anderer.

Es kommt jetzt gar nicht darauf an, wer diesen Erfolg für sich verbuchen darf, sondern darauf, daß die folgenden Ergebnisse unserer Diskussion eine außerordentlich gute Nachricht für die Hamburger Schülerinnen und Schüler, für die Hamburger Lehrerschaft und für die Hamburger Elternschaft sind.

(Dr. Roland Salchow CDU: Haben Sie Jubelchöre? Jubelchöre müssen organisiert werden!)

Ich werde sie noch einmal aufzählen, weil Sie sie offenbar gar nicht gelesen haben.

Erstens: Die reale Kürzung des Lehrstellenplans um rund 120 Stellen wird nicht realisiert. Das heißt, der Lehrstellenplan bleibt erhalten.

Zweitens: Der berufsbildende Bereich hat nicht, wie vorgesehen, rund 600 Stellen umzuschichten, sondern rund 400. Das ist eine Entlastung um rund 200 Lehrstellen. Mehr noch: Er wird — so wie von allen gewünscht — rund die Hälfte selbst konkretisieren können und hat damit auch gute Erfahrung.

(Dr. Roland Salchow CDU: Die Sonne geht auf!)

Drittens: Wie von allen Schulformen ausdrücklich gewünscht, werden die pädagogisch so wichtigen Teilungsstunden in den allgemeinbildenden Schulen bis auf einen kleinen Rest im HR-Bereich nicht gekürzt. Sie bleiben in vollem Umfang erhalten.

Viertens: Die Grundschulen und auch Sonderschulen werden nicht weiter belastet. Im Gegenteil. Sie erhalten zusätzliche Schulleiterentlastungsstunden und die Grundschulen eine Frequenzsenkung in den Klassen 1 und 2 von 26 auf 25 Schüler.

Fünftens: Wir sind, wie in der Diskussionsvorlage vorgeschlagen und gewünscht, auch dafür, daß eine Kommission eingesetzt wird, die sich mit Fragen von Arbeitszeitmodellen befaßt. Wir greifen auch einen Vorschlag aus dem Gesamtschulbereich auf und werden den Senat in einem Antrag auffordern, zur Frage, ob die Ressourcenverteilung auf die verschiedenen Schulformen effizient genug und pädagogisch richtig gesetzt ist, ein externes Gutachten erstellen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Das sind für viele — vielleicht nicht für Herrn Engels, aber für viele in dieser Stadt — sehr erstaunliche Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses, der ganz bewußt ergebnisoffen angelegt war.

Der Sparbeitrag, den die Schulen zu leisten haben, bleibt im Gesamtvolumen unverändert und in Teilbereichen auch schmerzhaft. An dieser Stelle darf man auch keine finanzpolitischen Illusionen verbreiten.

Ein letzter Satz. Wenn hier jemand wie die GEW von einem Riesenerfolg spricht und wenn hier jemand Erleichterung verspüren darf, dann sind das in erster Linie die Schülerinnen und Schüler in den Hamburger Schulen, denn es geht um ihre Zukunft. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich rufe nunmehr auf die Abgeordnete Goetsch.

(Dr. Roland Salchow CDU: Die jetzt auch in den Jubelchor einstimmt!)

Christa Goetsch GAL: Nette Aufforderung, Herr Salchow. Herr Präsident, meine Damen und Herren!

„Wenn die GAL diesen Kurs durchhält, gibt es im Parlament für die Einschränkung des Berufsschulunterrichts keine Mehrheit, und das müßte doch Frau Raab zu einer besseren Einsicht verhelfen.“

Zitat von Herrn Drews in der Presseerklärung von Montag. Herr Drews, Ihr Wort in Gottes Ohr.

Erstens: Die GAL hält durch und führt seit Wochen den Diskurs mit dem Koalitionspartner.

Zweitens: Frau Raab hat Einsicht. Wie schön. Viel schöner noch aber sind die akzeptablen Ergebnisse, die unsere wochenlangen gemeinsamen Gespräche, Verhandlungen und Diskussionen erbracht haben, denn Handeln und Verhandeln lohnen sich und Larmoyanz und Verweigerung sind kontraproduktiv.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die wesentlichen Eckpunkte der GAL sind jetzt in die neuen Überlegungen für die Senatsvorlage eingeflossen und werden übernommen. Wir hatten von vornherein — vielleicht auch, weil viele von uns im Schulausschuß Politiker und Pädagogen sind —

(Dr. Roland Salchow CDU: Ist das wahr?)

ähnliche Ansichten beziehungsweise Dissens zum BSJB-Papier. Das darf doch erlaubt sein, Herr Salchow?

Nun zu den Eckpunkten selbst. Wir haben nach Veröffentlichung des BSJB-Papiers im März von Anfang an die Neuordnung der Arbeitszeit für Lehrerinnen gefordert. Stichwort: Jahresarbeitszeit- und Altersteilzeitmodelle.

Altersteilzeitmodelle, Herr Engels, das ist genau der Punkt, wo sich dann die Altersstruktur der Kollegien verändern wird. Ich bin auch dafür, daß ein Personalentwicklungskonzept längerfristig als nur für vier Jahre erarbeitet werden muß. Ich war selbst zehn Jahre lang die Jüngste im Kollegium. Das ist natürlich mißlich. Wir brauchen eine vernünftig verteilte Altersstruktur und entsprechende Personalentwicklung für die Kollegien.

Insgesamt ist das Ergebnis positiv. Es wird eine externe Expertenkommission eingesetzt. Die schon von Herrn Frank genannten Teilungs- und Differenzierungsstunden — ich sage immer Kinder-Mehrstunden — dürfen nicht in diesem Umfang gekürzt werden. Wir haben gesagt, daß diese das Herzstück, das Fundament für die pädagogische Arbeit und Gestaltungsspielraum für Reformen sind. Hier ist das Ergebnis — mit Einschränkungen — ebenfalls positiv. Das heißt, in der Gesamtschule und dem Gymnasium bleibt der Status quo. Das ist hervorragend. Ich sage

(Christa Goetsch GAL)

- A das ein bißchen mit Einschränkung, denn mein HR-Herz — Haupt- und Realschule, Abkürzungserklärung für Herrn von Beust, der zur Zeit nicht anwesend ist — und wahrscheinlich auch das Herz von Herrn Rocksien wird etwas bluten. Ich gehe davon aus, daß da noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Die schon erwähnte überproportionale Belastung in den beruflichen Schulen ist von Anfang an konsensual gemeinsam abgelehnt worden. Sie ist von 600 Stellen auf 400 reduziert worden. Ich hatte schon in der Haushaltsdebatte gesagt, daß man sich diese Belastungen bei dem hohen Ausbildungsplatzmangel nicht leisten kann. Was wir begrüßen, ist, daß eine globale Minderzuweisung an die Schulen mit eigenverantwortlicher Umsetzung erfolgt, also Ergebnis positiv.

Nun zu dem Punkt, der sicherlich sehr kritisch von den Gymnasialkollegen gesehen wird: die Erhöhung der Orientierungsfrequenz in den Oberstufen von 20 auf 22. Ich finde es sehr gut, daß das diskutiert worden ist, und halte es pädagogisch für absolut vertretbar. Junge Erwachsene können das absolut ab. Ich meine, in der fünften und siebten Klasse, da ist es ein Wahnsinn zu kürzen.

(Hartmut Engels CDU: Da müssen Sie Kurse streichen! Wie wollen Sie das organisieren?)

— Hören Sie mal zu, Herr Engels. Wenn diese Kurse erhöht werden, fördert das auch die Kooperation der gymnasialen Oberstufen.

(Beifall bei Anja Hajduk GAL)

Sollte ein Gymnasium nicht in der Lage sein, die zu kleine Oberstufe zu organisieren, dann gehen diese Schüler eben in die Nachbarschule. Ich gehe sogar so weit zu sagen, warum es dann nicht auch Mittelstufengymnasien geben soll!

B

(Hartmut Engels CDU: Aha, das ist das Ziel!)

Die Gesamtschulen haben ja auch nicht alle gymnasiale Oberstufen.

(Beifall bei der GAL)

Ich habe Gespräche mit Professoren im Fachbereich Erziehungswissenschaften geführt. Die sagen sogar, daß es gar nicht schädlich wäre, wenn in der Oberstufe auch einmal eine Vorlesung mit mehreren Klassen gehalten würde, damit die Schülerinnen und Schüler auf das vorbereitet werden, was an der Uni auf sie zukommt. Das aber nur am Rande. Das Faß will ich jetzt gar nicht aufmachen.

Meine Damen und Herren! Wichtig bleibt für uns und ist meines Erachtens besonders zu erwähnen, daß die PLUS-Stunden für lese- und rechtschreibschwache Schülerinnen und Schüler und die Stunden für Deutsch als Zweitsprache durch die Umschichtung nicht angetastet werden. Es wird in Kürze sicherlich ein neues Konzept für diese wertvollen Stunden geben. Dann wird es eine gerechtere Verteilung geben, wie es auch im Koalitionsvertrag gewünscht wurde.

Ich möchte zum Schluß noch einmal deutlich sagen, daß der harte Konsolidierungskurs für den Bildungsbereich schwer zu ertragen ist.

(Glocke)

Ich hatte schon in der Haushaltsdebatte erwähnt, daß Bildung nicht nur eine Kosten-Nutzen-Rechnung darstellt.

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darf ich Sie darauf hinweisen, daß die Rede zu unterbrechen ist, wenn die Glocke ertönt? Ihre Redezeit ist schon bei weitem überschritten.

C

Christa Goetsch (fortfahrend): Dann darf ich einen letzten Satz sagen.

Ich bin der Meinung, daß Bildung nicht nur eine Kosten-Nutzen-Rechnung ist, aber Schulreform Schule verändert und Schulprogrammentwicklung auch ohne proportionales Ressourcenwachstum möglich ist. Ich denke, wir konnten wichtige Punkte im pädagogischen Bereich erhalten. Das ist geschehen durch Verhandeln und bessere Einsicht. — Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Bevor ich Frau Senatorin Raab das Wort erteile, weise ich noch einmal darauf hin, daß ein letzter Satz auch ein letzter Satz ist und nicht zwei oder drei.

Frau Senatorin, bitte.

Senatorin Rosemarie Raab: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Thema Haushaltskonsolidierung kann es keine Gewinner geben. Eine Stadt, die für 13 500 zusätzliche Schülerinnen und Schüler keine zusätzlichen Lehrkräfte einstellen kann, eine Stadt, die wegen gigantischer Steuerausfälle in einer solchen Situation sogar noch Lehrerstellen streichen muß, kann sich nicht als Gewinner fühlen. Auch dann nicht, wenn sie diese Aufgabe bildungspolitisch vertretbar löst. Gewinner im wahrsten Sinne des Wortes sind nur die, die sich trotz hoher Gewinne ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung entziehen und keine angemessenen Steuern zahlen.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn das Aufkommen aus den gewinn- und vermögensabhängigen Steuern seit 1992 um 20 Prozent gesunken ist,

(Hartmut Engels CDU: Sie lenken ab!)

dann liegt hierin eine zentrale Ursache für die dramatische Situation der öffentlichen Haushalte, auch wenn Sie es gerne anders sehen würden, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion. Gewinner werden auch nicht diejenigen sein, die in Bonn eine solche Steuerpolitik zu verantworten haben.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Reden Sie mal von Ihrem Sparkonzept, wenn es denn eines ist!)

Da kann ein CDU-Bundesbildungsminister oder ein CDU-Bundeskanzler oder ein CDU-Bundespräsident

(Unmutsäußerungen bei der CDU)

noch so sehr das Megathema Bildung beschwören. Wenn die Verantwortlichen in der CDU mit ihrer Steuerpolitik die öffentlichen Haushalte ausbluten lassen

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Es ist so abenteuerlich!)

und die Länder, und zwar alle Länder, meine Damen und Herren, statt mehr weniger in die Bildung investieren können, dann laufen diese Beschwörungsformeln ins Leere. Jeder merkt, daß Wort und Wirklichkeit hier auseinandergehen.

(Beifall bei der SPD)

(Senatorin Rosemarie Raab)

- A Wenn sich dann noch der Bundesfinanzminister in der letzten Woche angesichts weiterer Steuermindereinnahmen strahlend vor die Kamera stellt

(Glocke)

— ich möchte bitte meinen Satz zu Ende sagen — und ein Einnahmeloch von weiteren 35 Milliarden DM damit kommentiert, daß die Länder und Kommunen doch ihre Sparpolitik nur weiterhin konsequent fortsetzen sollten, dann, meine Damen und Herren, möchte ich am liebsten mitdemonstrieren in einem Bündnis für Bildung, verstanden als ein Bündnis

(Heiterkeit bei der CDU — Beifall bei der SPD — *Dr. Roland Salchow CDU*: Die Fahne vorweg! — Glocke)

— ich bin noch nicht zu Ende mit meinem Satz — gegen Entsolidarisierung, gegen die Tendenz, sich der gesellschaftlichen Verpflichtung, die mit Eigentum verbunden ist, zu entziehen.

(*Hartmut Engels CDU*: Aber bitte marschieren Sie morgen mit! — Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie nunmehr eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

(*Senatorin Rosemarie Raab*: Ja, sehr gerne!)

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: Frau Senatorin, Ihre Einlassung zur Steuersituation hat mich sehr interessiert. Ist es denn richtig, daß Hamburg nach der Vereinigung deutlichste Steuerzuwächse hatte, daß es aber dieser Senat auch geschafft hat, über diese immensen Steuerzuwächse hinaus die Ausgabenzuwächse noch stärker zu steigern? Und wo ist da die Schuld in Bonn?

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Senatorin Rosemarie Raab (fortfahrend): Wir haben im vergangenen Jahr — das hat die Finanzsenatorin ausgewiesen — gespart, indem wir Ausgaben gesenkt haben. Wir haben in den letzten Jahren in Hamburg alles getan — ich muß, glaube ich, die Einsparbemühungen dieses Senats hier nicht in Zahlen ausdrücken —, was für einen Stadtstaat möglich war, um die Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben geringer werden zu lassen. Ich finde, daß es eine Ignoranz ist, zu verkennen, daß die Einnahmen aller Kommunen und aller Länder dramatisch zurückgegangen sind.

(*Ole von Beust CDU*: Das stimmt gar nicht!)

Sie müssen nur jede überregionale Zeitung lesen, um diesen Sachverhalt nachvollziehen zu können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Tatsache, daß wir die Konsequenzen aus den Rückmeldungen zu meinem Diskussionsvorschlag gestern öffentlich vorgestellt haben, darf nicht mißverstanden werden. Es handelt sich nicht um den Versuch, eine Demonstration zu verhindern oder den Veranstaltern den Wind aus den Segeln zu nehmen.

(*Ole von Beust CDU*: Sie wollen ja teilnehmen!)

Anlaß zum Protest gegen die genannte Entwicklung gibt es hinlänglich, allerdings sollte man dafür nicht Unterricht ausfallen lassen.

Ich wünsche mir, daß die Teilnehmer deutlicher als bisher den Zusammenhang zwischen der Steuerpolitik auf Bundesebene und den Einnahmeverlusten der öffentlichen Haushalte erkennen und die tatsächlich Verantwortlichen benennen

(Heiterkeit bei der CDU — *Karl-Heinz Ehlers CDU*: Ist das morgen eine Anti-Waigel-Demo?)

und vor diesem Hintergrund die Möglichkeiten einer Stadt, die Priorität Bildung auch in Ressourcenzuwächsen auszudrücken, beurteilen.

Ich wünsche mir, daß diejenigen, die protestieren, auch ihr eigenes Verhalten als Steuerzahler bedenken. Ich kann jedenfalls nicht nachvollziehen, wenn in Protestschreiben gerade diejenigen die höchsten Erwartungen an die Leistungen der Stadt im Bildungsbereich formulieren, die im Zuständigkeitsbereich von Finanzämtern leben, die wider Erwarten die geringsten Einkommensteuereinnahmen zu verzeichnen haben.

(Beifall bei der SPD — *Wolf-Dieter Scheurell SPD*: Hört, hört!)

Man kann nicht auf der einen Seite stolz darauf sein, jede Steuerumgehungsmöglichkeit in Anspruch genommen zu haben, und gleichzeitig Höchstforderungen an den Staat stellen.

(Beifall bei der SPD und bei *Andrea Franken GAL*)

Meine Damen und Herren! Niemand sollte für sich in Anspruch nehmen, eine Lösung bereit zu haben, wie man unter den Rahmenbedingungen von Umschichtung und Einsparung von rund 1000 Stellen die Leistungsfähigkeit des Hamburger Schulwesens auf hohem Niveau sicherstellen kann. Ich nehme dies jedenfalls für mich nicht in Anspruch. Ich habe darum den Weg gewählt, die Betroffenen bei der Suche nach einer bestmöglichen Lösung einzubeziehen. Ich habe im März dieses Jahres einen Vorschlag gemacht und ihn zur Diskussion gestellt. Die Hauptthemen der in den letzten Wochen geführten Diskussionen, die abseits jeder Verweigerung stattgefunden haben, sind Ihnen aus Stellungnahmen, Protestbriefen und Teilnahmen an Diskussions- und Podiumsveranstaltungen sowie aus den Medien bekannt. Die wesentlichen inhaltlichen Kritikpunkte und Vorschläge haben wir aufgenommen, soweit sie unter Einhaltung des durch die Koalitionsvereinbarung gesetzten Rahmens umgesetzt werden können. Auch der Vorschlag, der aus Eltern- und Lehrerkreisen kam, soweit wie möglich Einsparungen bei den Lehrerstellen durch Einsparungen bei Sachmitteln zu ersetzen, ist aufgenommen worden und wird Eingang finden in die Vorlage für die Senatsberatung zum Haushalt 1999. Damit haben wir — dieses glaube ich mit Fug und Recht sagen zu können — alles getan, was unter den Rahmenbedingungen der Haushaltskonsolidierung möglich war.

Wenn jemand in diesem Hause mehrheitsfähige Änderungsvorschläge hat, die die Sicherung der Unterrichtsqualität unter den gegebenen Rahmenbedingungen besser gewährleisten und nicht nur Schulformegoismen frönen, so ist er aufgefordert, sie im Rahmen der Bürgerchaftsberatungen zum Haushalt 1999 einzubringen. Vorerst bedanke ich mich bei all denjenigen hier im Hause, in den Schulen und in den schulübergreifenden Gremien, die zu dem jetzt vorliegenden Vorschlag beigetragen haben. — Danke.

C

D

(Senatorin Rosemarie Raab)

A (Beifall bei der SPD und der GAL — *Hartmut Engels CDU*: Das ist Zynismus!)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. de Lorent.

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute ist irgendwie alles anders. Die CDU ist euphorisiert über eine von der GEW angemeldete Großdemonstration in Hamburg,

(Beifall bei der GAL)

Günter Frank strahlt über eine Presseerklärung, die die GEW-Vorsitzende gemacht hat, und ich werde im Verlauf der fünf Minuten Rosemarie Raab loben.

(Heiterkeit bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Aber vor dem Lob steht eine differenzierte Auseinandersetzung. Viele Kritikpunkte, die zu der morgigen Demonstration führen, halte ich für absolut berechtigt. Man darf die Augen nicht davor verschließen, daß in den letzten Jahren auch Qualität von Bildung abgebaut worden ist und ein problematischer Sekundäreffekt auftritt, auf den ich immer wieder hingewiesen habe.

(*Günter Frank SPD*: Das wissen Sie ja gar nicht!)

Dadurch daß Lehrerstellen umgeschichtet werden, werden Einstellungsmöglichkeiten für ausgebildete junge Lehrerinnen und Lehrer minimiert, und das ist ein riesen-großes Problem. Da stimme ich auch Hartmut Engels zu. Es kann nicht gut sein, daß beispielsweise im Gymnasialbereich das durchschnittliche Alter der Lehrerschaft bei etwa 51 Jahren liegt und daß dies in den nächsten Jahren zunehmen wird. Das ist ein Problem, auf das man hinweisen muß. Und diejenigen, die darauf hinweisen, tun etwas Richtiges.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Natürlich ist es ein Problem, daß in Zeiten, in denen die Arbeitszeit verkürzt werden sollte, um mehr Einstellungsmöglichkeiten zu schaffen, die Arbeitszeit von Lehrern erhöht wird. Ich will nicht differenzierter darauf eingehen, weil das ja für Gymnasiallehrer einen realen Hintergrund hat.

Aber auch dieses hat einen negativen Effekt. Es kann in Verbindung mit der Streichung der Altersermäßigung dazu kommen, daß es Kolleginnen und Kollegen ab 55 Jahren gibt, die in Zukunft drei Unterrichtsstunden mehr arbeiten müssen, wenn sie 60 Jahre alt sind. Das ist ein Problem, vor dem man die Augen nicht verschließen kann. Deshalb ist es richtig, daß sich die SPD und die GAL gemeinsam dafür aussprechen, über Altersteilzeitmodelle nachzudenken. Herr Engels, davon werden auch Sie profitieren, wenn Sie das annehmen.

(*Günter Frank SPD*: So alt ist der noch gar nicht!)

Es ist richtig, über Arbeitszeitmodelle nachzudenken, weil die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern schon lange nicht mehr zeitgemäß berechnet wird. Da werden wir einen wesentlichen Schritt nach vorne gehen.

Ich sage Ihnen ganz offen — auch wenn es einige vielleicht überraschen wird —, daß ich mich morgen an dieser Demonstration beteiligen werde, weil ich es richtig finde, die

Öffentlichkeit auf Probleme hin zu sensibilisieren. Das ist der eine Punkt. C

Der zweite Punkt ist, Kritik anzumelden an dem, wie das Bündnis argumentiert, und auf Probleme hinzuweisen. Da sehe ich ein Defizit, auch bei der Argumentation der CDU. Es kann doch nicht wahr sein, daß man Haushaltsrealitäten so ausblendet, wie das bei der CDU gemacht worden ist und zum Teil auch bei dem Bündnis gemacht wird. Ich habe die Haushaltsdebatte miterlebt und gehört, daß die CDU-Fraktion praktisch in jedem politischen Bereich eine Ausnahmegenehmigung von Sparauflagen vorgeschlagen hat, also auch im Bildungsbereich.

(*Petra Brinkmann SPD*: Genau!)

Das ist eine zu billige Argumentation.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich übe auch Kritik — das sage ich ganz ehrlich als ehemaliger GEW-Vorsitzender — an der GEW. Die GEW hat vor drei Monaten auf dem Titelblatt ihrer Bundeszeitung auf den Generationenvertrag hingewiesen. Das finde ich sehr richtig. Zu dem Generationenvertrag gehört, daß wir der nachfolgenden Generation erstens eine lebenswerte Umwelt hinterlassen und zweitens keine erdrückende Schuldenlast überlassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das können wir auch der Kinder- und Enkelgeneration nicht überlassen. Das heißt, hierüber muß ernsthaft nachgedacht werden. Nur zu sagen, für alle notwendigen und begründbaren Forderungen, die man aufstellen kann und die berechtigt sind, müßten zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, kann nicht angehen. Ich habe die ganze Zeit überlegt, was eigentlich die Funktion der CDU sein kann. D

(*Heike Sudmann GAL*: Das frage ich mich auch!)

Ihre Funktion könnte beispielsweise sein, den Elternräten aus den Stadtteilen, die Frau Raab genannt hat, die Frage zu stellen, ob sie zur Realisierung von mehr Investition und mehr Geld im Bildungsbereich darauf verzichten könnten, Einkommen in dieser Art, wie sie es haben, entgegenzunehmen, und bereit sind, andere Steuergesetze anzuerkennen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Jetzt komme ich zu dem, was ich an Positivem in bezug auf Rosemarie Raab sagen möchte.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen — *Günter Frank SPD*: Nun wollte er doch etwas Positives sagen!)

Dr. Hans-Peter de Lorent (fortfahrend): Das ist tragisch, aber einen letzten Satz hat man ja. Ich finde es gut, daß Rosemarie Raab in dieser Legislaturperiode den Dialog angeboten hat. Ich fordere alle in diesem Haus und auch im Bildungsbündnis auf, sich an konzeptionellen Überlegungen zu beteiligen, um aus dieser schwierigen Situation herauszukommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete Drews.

Wolfgang Drews CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr de Lorent, da haben Sie sicherlich innerlich Glück gehabt, daß die Redezeit zu Ende war. Damit können Sie heute abend ohne Gewissensbisse einschlafen, weil Sie bei der Wahrheit geblieben sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Mit Ihren Einsparungsvorschlägen, Frau Senatorin, die irritierenderweise den Titel „Sicherung der Leistungsfähigkeit des Hamburger Schulwesens“ tragen und offiziell nur ein Diskussionspapier sind, verdeutlichen Sie, welche untergeordnete Rolle Schulpolitik für diesen Senat in dieser Stadt hat.

Von allen Seiten, von Schulen, Lehrerverband, GEW, Schüler-, Eltern- und Lehrerkammern, hagelt es berechtigte Kritik. Es drängt sich der Verdacht auf, meine Damen und Herren, daß zuerst bewußt vollkommen überzogene Sparvorschläge gemacht worden sind, um nun mit einem scheinbaren Nachgeben die Kritik, auch seitens des kleineren Koalitionspartners GAL, die geäußert wurde, zu entkräften. Das, meine Damen und Herren, ist aber ein billiges, taktisches Manöver, das für jedermann scheinbar und durchschaubar ist.

(Beifall bei der CDU — *Günter Frank SPD:* Mangelhaft!)

Die in manchen Presseberichten dem Drängen der GAL zugeordneten Mindereinsparungen stellen auf Dauer für das Hamburger Schulwesen nur einen Pyrrhussieg dar. Schlimm ist es, wenn sich die GAL auf Dauer tatsächlich damit zufriedengeben sollte.

B

Es klingt wie Hohn, meine Damen und Herren, wenn man im SPD-Parteiprogramm zur Bundestagswahl liest:

„Innovation, Bildung und neue Technologien. Das ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.“

(*Günter Frank SPD:* So ist es! Man muß es nur begreifen!)

— Jawohl, klasse, Herr Frank, Sie fühlen sich angesprochen.

„Eine SPD-geführte Bundesregierung wird die Zukunftsinvestitionen im Bereich der Bildung innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppeln.“

Meine Damen und Herren, Ihre ansatzweise korrigierten, aber immer noch brutalen Einsparungen auf Länderebene hier in Hamburg, Frau Senatorin Raab, stehen doch in diametralem Gegensatz zu dem, was Ihr zukünftiger Kanzlerkandidat machen will.

(Beifall bei der CDU — *Michael Dose SPD:* Der ist das schon!)

Nach wie vor bleibt festzustellen, daß Sie mit Ihren geänderten Sparvorschlägen die Leistungsfähigkeit des Hamburger Schulwesens nicht sichern. Mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Einführung der sechsjährigen Grundschule als einem weiteren der vielen Schulversuche in Hamburg ist die Reform der gymnasialen Oberstufe mit einem Abitur nach zwölf Jahren — wie es von uns mehrfach gefordert wurde und was zu echten, machbaren und mög-

lichen Einsparungen führen würde — in weite Ferne gerückt. Nach wie vor sind von Ihren einschneidenden Sparvorgaben die beruflichen Schulen am stärksten betroffen, an denen Lehrerstellen in erheblichem und immer noch unverträglichem Maße — vorher 580, jetzt 460 — weggestrichen werden sollen.

(*Günter Frank SPD:* Was? Falsche Zahlen!)

Wieviel sind es denn morgen? Zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten. Damit drängen Sie, Frau Senatorin Raab, die beruflichen Schulen in dieser Stadt in die Rolle eines schulpolitischen Steinbruchs, und das werden wir als CDU-Fraktion nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU — *Günter Frank SPD:* Donnerwetter!)

In einer Zeit zunehmender Globalisierung, meine Damen und Herren, wachsenden Wettbewerbs in einem vereinten Europa erkennen Sie die Veränderungen und gestiegenen Ansprüche der Arbeitswelt und die dadurch hervorgerufenen zusätzlichen Belastungen der Berufsschulen nicht. Gerade bei den Berufsschulen werden die Einsparungen weitreichende Konsequenzen haben. Zum einen wird die Qualität der Ausbildung sinken, zum anderen werden die Einsparungen gerade in diesem Bereich für den Arbeitsmarkt des Wirtschaftsstandortes Hamburg ein katastrophales Signal haben.

Das international anerkannte und bewährte duale Ausbildungssystem wird durch Ihre falsche Schulpolitik nachhaltig in Frage gestellt. Glauben Sie etwa, Frau Raab, daß die Demontage der Berufsschulen durch Sie ein Impulsgeber für Unternehmen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze in der Stadt ist?

(*Anja Hajduk GAL:* Jetzt kommt die Tour wieder!)

Ja, noch stöhnen Sie hier. Aber gerade Sie, meine Damen und Herren von der GAL, haben immer gesagt, sie hätten auch ein Herz für die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler.

1987 gab es in der Stadt 7,4 Prozent der Abgänger ohne Hauptschulabschluß. Im letzten Jahr ist die Zahl auf 11,3 Prozent gestiegen, gut 3 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

Meine Damen und Herren! Das ist auch kein Ruhmesblatt der Schulpolitik in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Sie, Frau Raab, halten aber nach wie vor — auch nach der gestrigen Äußerung — an den Kürzungen der Teilungsstunden — in abgeschwächter Form — an Haupt- und Realschulen fest, also in den Bereichen der schwächeren Schülerinnen und Schüler. Gerade bei Schulen, wo stärkere Leistung wichtig ist, wo Teilungsstunden wichtig sind, wo Förderstunden wichtig sind.

12,4 Prozent eines Jahrgangs insgesamt an Haupt- und Realschulen haben letztes Jahr die Schule ohne Abschluß in Hamburg verlassen, mit Sicherheit keine Tatsache, um hier Teilungs- und Förderstunden zu streichen. Gerade vor dem Hintergrund dieser Zahlen sind die Sparaufgaben auch bei der Hamburger Volkshochschule, deren Vorsitzende Sie sind, ebenfalls unvermeidbar. Hier wollen Sie sozial unverträglich einen gewachsenen, durch und durch klassischen und ureigenen Weiterbildungsbereich zusammenstreichen und somit nicht mehr die Möglichkeit nut-

C

D

(Wolfgang Drews CDU)

- A zen, durch den nachträglichen Erwerb von Haupt- und Realschulabschlüssen Ihre zweifelhafte Schulpolitik zu korrigieren.

Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat großes Verständnis für die Sorgen und Bedenken der Schüler, der Eltern und der Lehrer um die Bildungspolitik dieser Stadt in der Zukunft.

(Günter Frank SPD: Mitlaufen!)

Man sagt, daß zu Beginn einer Regierungsperiode die unangenehmen Entscheidungen getroffen werden. Deshalb wollen Sie jetzt die Lehrerstellen streichen, jetzt die Schulabschlußkurse streichen. Ihre Politik des unausgewogenen Streichens in dieser Stadt muß ein Ende haben. Wir fordern Sie zu einer Kurskorrektur auf.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rocksien.

Jens Rocksien SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf Herrn Drews möchte ich nicht weiter eingehen.

(Beifall bei der SPD)

Aber Herr Engels hat mich schon sehr enttäuscht, weil der Diskurs zwischen der CDU-Fraktion auf der einen Seite und der SPD-/GAL-Fraktion auf der anderen Seite bisher ganz anders abgelaufen ist. Ich glaube, Herr Engels, Sie sind auch in den Sog der Ereignisse geraten und versuchen, hier vor der Bürgerschaft auf den scheinbar untergehenden Bildungsdampfer „Titanic“ aufzuspringen. Sonst kann ich mir Ihre Panik gar nicht erklären.

- B Sie haben noch am 23. März erklärt, daß die zunehmend dramatisch werdende Haushaltssituation auch eine Beteiligung des Schulhaushaltes an den Sparmaßnahmen erfordert.

(Michael Dose SPD: Hört, hört!)

Sie haben auch in vielen öffentlichen Veranstaltungen erläutert und erklärt, daß Sie das in der angedachten Höhe mittragen werden. Der Streit unter uns ging eigentlich gar nicht um das Ob und um das Überhaupt — das ist ja der Streit, der draußen ausgetragen wird —, sondern der Streit unter uns ging allein um das Wie. Da haben Sie in der Tat ganz andere Vorschläge gemacht. Ich fand das gut, daß Sie von billigem Opportunismus und der üblichen polemischen Oppositionspolitik abgewichen waren und das sehr sachlich gemacht haben. Um so enttäuschter bin ich heute.

Ich möchte einige Anmerkungen zu dem, was sich in der Stadt tut, machen. Zu dem Vorschlag selbst und dem modifizierten Vorschlag ist, glaube ich, genug gesagt worden. Der Vorschlag ist — wen wundert es — nicht angekommen. Die Erwartung, denke ich, bestand auch gar nicht. Es wäre auch jede Variante nicht angekommen. Es wären auch CDU-Vorschläge nicht angekommen. Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung, die gestern beschlossen hat, Mehrarbeit für Lehrer einzuführen, wird einen Vorschlag nicht in Akzeptanz wiederfinden. Auch der modifizierte Vorschlag — wir haben schon kurzfristige Reaktionen bekommen — kommt nicht an, weil — ich glaube, ich kann das etwas deutlicher sagen als Herr de Lorent, weil ich kein ehemaliger Vorsitzender der GEW bin — der Vorschlag von den Wortführern der Lehrerschaft und den Schulleitungen in keiner Weise ernsthaft diskutiert und ge-

prüft wird. Und das, obwohl er auch Verbesserungsvorschläge enthielt. Nicht einmal damit wollte man sich beschäftigen. Es war keine Bereitschaft zur Diskussion da. Es wurde völlig in Abrede gestellt und gedanklich auch gar nicht erst angenommen, ob die Lehrerschaft vielleicht einen Solidarbeitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten könnte. Dieses auch nicht im Bewußtsein des sicheren Beamtenstatus sowie der Beschäftigungssituation, der Einbußen, Einschränkungen und Belastungen, die Beschäftigte in manchen Wirtschaftsbereichen hinnehmen müssen, und das sage ich ganz bewußt auch als Lehrer, der ich selbst bin.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

In den Diskussionen sind uns nicht alle mit dieser platten Formel und Parole, der Bildungsbereich darf nicht angetastet werden, begegnet. Leider gibt es von den Nachdenklichen aber doch sehr wenige. Da wird ganz deutlich — und das ist eigentlich bedauernswert —, daß wir erst am Anfang eines Prozesses stehen, der länderübergreifend abläuft, der, hoffe ich, durch das neue Schulgesetz befördert und durch Forschungsergebnisse einer veränderten Erziehungswissenschaft auch angefeuert wird. Am Ende dieses Prozesses muß einfach mehr Transparenz, mehr Autonomie und damit auch mehr Verantwortlichkeit und Rechenschaft stehen. Es ist dringend notwendig, auf diesem Weg entschieden und beschleunigt voranzukommen. Es ist im Moment — man merkt es in den Diskussionen ganz deutlich — einfach nicht möglich, etwas tiefer und sachorientierter Gespräche zu führen. Wenn Eltern in Schulkonferenzen gleichberechtigte Partner werden sollen, dann wird es noch sehr lange dauern.

Die bisherige, weit verbreitete Unkenntnis über die Faktoren, auch bei Lehrern, macht viele Diskussionen einfach unmöglich. Das haben wir alle zusammen in vielen Veranstaltungen bemerkt. Wer kennt sich denn aus mit dem komplizierten Bedingungsgefüge von Orientierungsfrequenzen, Ist-Frequenzen, Schüler-Grundstunden, Lehrer-Mehrstunden, Lehrer-Grundstunden, Lehrerwochenstunden, Pflichtstunden, Differenzierungsstunden, Teilungs-, Förder-, Koordinations- und Verwaltungs-, Sammlungs-, Beratungs- und Schulleiterentlastungsstunden. Ich könnte das noch weiterführen.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Nein!)

Ich denke, das ist eine gute Voraussetzung zum Manipulieren und Instrumentalisieren, denn auch dieses passiert in der Stadt. Mir tun viele Eltern leid, die in echter Sorge um die Zukunftschancen ihrer Kinder mit Unwahrheiten und Horrorszenarien gebriefft werden und das im Vertrauen und im guten Glauben auch weitergeben. Ich glaube, das muß neben allem Berechtigten, was man anzumerken hat, neben aller Demonstrationsfreude, neben aller Wehrhaftigkeit auch einmal ausgesprochen werden.

Mir tun auch Oberstufenschüler leid, die aus dem fünfzehnteiligen Papier von Frau Raab ein Konvolut von einer DIN-A4-Seite im GMK-Unterricht vorgelegt bekommen. Darin sind dann nur die vier schlimmsten Sachen vermerkt. Alles andere ist weggelassen. Mir tun auch Grundschüler leid, die Schweineohren und Schweineköpfe basteln müssen, vielleicht mit dem Hinweis auf das, was sie in der um zwei Schüler verstärkten Oberstufe erwartet, und damit durch den Stadtteil marschieren müssen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

C

D

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Ich stelle fest, daß wir nunmehr am Ende der Aktuellen Stunde angelangt sind.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf: Bericht des Rechnungshofes über die Schaffung von Vorsorgeplätzen für Alkoholabhängige.

**[Vorlage des Rechnungshofs:
Ergebnis der Prüfung
Schaffung von Vorsorgeplätzen
(Therapievorbereitung) für Alkoholabhängige
— Drucksache 16/821 —]**

Diese Vorlage möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuß überweisen.

Ich erteile das Wort Frau Blumenthal.

Antje Blumenthal CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf Bitten der Senatorin a. D. Fischer-Menzel und offensichtlich auch Ihnen bereits bekannter Unterlagen hat der Landesrechnungshof einen Bericht zu der umstrittenen Vergabe von Therapieplätzen an Alkoholabhängige an die Alida-Schmidt-Stiftung, deren Geschäftsführer der Ehemann der Exsenatorin ist, vorgelegt.

Für die CDU-Fraktion möchte ich mich für die schnelle Vorlage und vor allem über die fundierte Untersuchung beim Landesrechnungshof sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Dorothee Freudenberg* GAL)

Der Landesrechnungshof hat in wohlthuend deutlicher und klarer Sprache ebenso klare und deutliche Ergebnisse herausgearbeitet. Diese werden auch im Hinblick auf den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß sehr hilfreich für uns sein.

B

Nun kurz zum Sachverhalt. 1997 stand die Ausweitung von Vorsorgeplätzen für Alkoholabhängige in Hamburg an. Die zuständige Abteilung der BAGS ging dabei grundsätzlich von besseren Erfolgchancen aus, wenn eine szenenferne Unterbringung gegeben sei, also am besten außerhalb Hamburgs. Mit den in Frage kommenden drei Trägern — den Guttemplern, der Martha-Stiftung und der Alida-Schmidt-Stiftung — wurde dann über entsprechende Angebote gesprochen. Hier beginnt und setzt bereits die berechtigte Kritik des Rechnungshofes ein. Es wurden nämlich nicht alle drei Träger gleichzeitig mit bestimmten Vorgaben und einem Termin für eine Angebotsabgabe angesprochen. Nein, das wäre wahrscheinlich zu schlicht gedacht. Wie die BAGS selbst in ihrer Stellungnahme zugibt, wurde — und man höre — in ständiger Praxis jeder der drei Träger irgendwann mal irgendwo angesprochen, wahrscheinlich zwischen Stehempfang und Fachtagung.

Dementsprechend ging bereits in der ersten Runde das letzte Angebot — übrigens das der Alida-Schmidt-Stiftung — auch erst ein, als bereits die zuständige Abteilung erstmalig entschieden hatte, und zwar für die Guttempler. Der verspätete Eingang des Angebotes hätte auf die Entscheidung an sich wohl auch keinen Einfluß gehabt, da die Alida-Schmidt-Stiftung mit einem Pflegesatz von 157 DM deutlich höher über dem Angebot der Guttempler mit einem Angebot von 123 DM lag. Es ist aus meiner Sicht zwar schon kritisch anzumerken, daß es kein formales Verfahren gab, aber man kann doch wohl erwarten, daß die in Frage kommenden Träger erstens auf Basis einer einheit-

lichen Grundlage, zweitens zeitgleich und drittens mit einer Terminsetzung für die Angebotsabgabe und viertens schriftlich informiert werden. Es geht schließlich nur um ein Volumen von 1,3 Millionen DM.

C

Nachdem Frau Fischer-Menzel von der Entscheidung zugunsten der Guttempler durch ihren Mann erfahren hatte, wies sie in einer Amtsleiterbesprechung am 6. August 1997 an, daß die entsprechenden Planungen abzubrechen seien, weil der politischen Vorgabe, möglichst Hamburger Träger zu bevorzugen, nicht entsprochen worden sei.

Nach erneuter Prüfung blieb die zuständige Fachabteilung sowohl aus Kosten- als auch aus fachlichen Gründen, nämlich gerade der Unterbringung der betroffenen Personen außerhalb Hamburgs, bei ihrer Entscheidung für die Guttempler. Dies führte dann am 20. August zu dem bekannten Vermerk von Frau Fischer-Menzel — ich zitiere —:

„Ein deutliches Nein. So nicht.“

Das zog prompt eine Schadensersatzforderung der Guttempler nach sich. Ein kleiner Hinweis am Rande: Der Rechnungshof hat im Bericht auch mitgeteilt, daß über die 5000 DM, die der Guttempler in Rechnung gestellt hat, bis heute nicht entschieden ist. Das sind ja auch nur 5000 DM. Über 1,3 Millionen DM kann man ja beim Stehempfang oder bei der Fachtagung entscheiden.

(*Petra Brinkmann* SPD: Polemik!)

Die mit diesem Vermerk von Frau Fischer-Menzel veranlaßte Nachverhandlung mit der Alida-Schmidt-Stiftung und der Martha-Stiftung führte zwar zu Nachbesserungen der beiden Angebote; beide waren aber immer noch teurer als das der Guttempler. Deshalb blieb auch in einer dritten Stellungnahme die zuständige Abteilung bei ihrer Entscheidung für die Guttempler. Diese Position wurde in einer abschließenden Bewertung — jetzt zum vierten Mal — auch von der Amtsleiterin des Amtes für Soziales und Rehabilitation, Frau Lingner, unterstützt. Trotz eines mittlerweile wieder gestiegenen Kostensatzes der Alida-Schmidt-Stiftung entschieden sich dann der Staatsrat und Frau Lingner aufgrund der Vorgabe oder vielleicht besser der Weisung von Frau Fischer-Menzel für die Alida-Schmidt-Stiftung.

D

Ungeachtet des fachlichen Ermessensspielraumes, den der Rechnungshof in diesem Fall auch ausdrücklich gewürdigt hat, ist es schon auffällig, daß trotz insgesamt viermaliger positiver Stellungnahme für die Guttempler am Ende die Alida-Schmidt-Stiftung mit einem Konzept zum Zuge kommt, bei dem die Alkoholabhängigen entgegen der sonstigen Auffassung und vor allen Dingen der Praxis der BAGS wohnortnah betreut werden. Darüber hinaus hat der Rechnungshof ebenfalls eindeutig festgestellt, daß das Angebot der Alida-Schmidt-Stiftung in ihrem Preis immer noch deutlich höher war als das der Guttempler.

Abschließend hat der Landesrechnungshof eindeutig festgestellt, daß die Exsenatorin Fischer-Menzel im Sinne des Sozialgesetzbuches rechtswidrig Einfluß auf diese Vergabeentscheidung genommen hat, und zwar gleich zweimal, nämlich am 6. August und am 20. August 1997.

Diese Bewertung durch den Rechnungshof, meine Damen und Herren von der SPD, ist eindeutig. Frau Fischer-Menzel hat gegen das Gesetz verstoßen, und damit war ihr Rücktritt auch mehr als gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU)

(Antje Blumenthal CDU)

- A Die Einsicht zu diesem Verstoß scheint allerdings gering ausgeprägt. Auf Seite 49 des Rechnungshofsberichtes fordert Frau Fischer-Menzel in einer Stellungnahme, daß — ich zitiere —:

„... die Zusammenfassung und alle damit im Zusammenhang stehenden Passagen aus dem Bericht zu streichen seien. Es werde hierdurch der Eindruck erweckt, sie habe zu Unrecht Einfluß genommen.“

Frau Fischer-Menzel und meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie sollten es endlich zur Kenntnis nehmen: Frau Fischer-Menzel hat — und meines Erachtens sogar massiv — Einfluß genommen, und dieses ist und bleibt ein klarer Gesetzesverstoß.

(Beifall bei der CDU — Petra Brinkmann SPD: Sie ist ja auch zurückgetreten!)

Weiter ist noch auf die geschmacklose Forderung der Exsenatorin auf Streichung der entsprechenden Passagen aus dem Landesrechnungshofsbericht hinzuweisen. Dabei hat Frau Fischer-Menzel ausdrücklich in ihrer Rücktrittserklärung die Hoffnung geäußert, daß ihr in der Bewertung ihrer Amtszeit Gerechtigkeit widerfährt. So ist es ihr dann wohl auch zuzumuten, daß sie die getroffenen Feststellungen des Rechnungshofes nicht nur anerkennt und würdigt, sondern daß sie sie auch endlich akzeptiert.

(Beifall bei der CDU)

Der Rechnungshof bezieht sich ausdrücklich auf den Gesetzestext im Sozialgesetzbuch X. Lassen Sie mich deshalb noch einen Hinweis auf ein sauberes politisches Handeln geben. Es wäre in meinen Augen die beste und sauberste Lösung für alle Beteiligten gewesen, wenn alles das, was mit der Tätigkeit des Ehemannes von Frau Fischer-Menzel in die Zuständigkeit der BAGS gefallen wäre, deutlich am Tag der Amtsübernahme der Senatorin im Rahmen einer genauen Zuständigkeit und Aufgabenabgrenzung festgehalten worden wäre. Das hätte Verantwortung und, meine Damen und Herren, Stil in der BAGS und in der Amtsführung gezeigt.

- B Nach dem Ergebnis des Landesrechnungshofes könnte beziehungsweise müßte man vielleicht sagen, daß dieses Kapitel abgeschlossen ist. Aber die SPD und insbesondere Bürgermeister Runde sorgen für eine Fortsetzung. Wie der „Welt“ vom gestrigen Tage zu entnehmen war, wird derzeit in der Behörde geprüft, wer denn den Aktenvermerk von Frau Fischer-Menzel eigentlich an die Öffentlichkeit gegeben hat.

(Bernd Reinert CDU: Tja!)

Dies sei eine Dienstpflichtverletzung, ist zu hören. Herr Bürgermeister Runde hat dieses in einer Rede anlässlich der offensichtlich tränenreichen Verabschiedung von Frau Fischer-Menzel aus ihrem Amt öffentlich betont. Leider hat er dabei vergessen zu erwähnen, daß das Verhalten von Frau Fischer-Menzel nicht nur eine Dienstpflichtverletzung, sondern ein Gesetzesverstoß war.

(Beifall bei der CDU)

Aber wen jagt man? Den, der sich da unbotmäßig an die Presse gewandt hat.

Herr Bürgermeister Runde erweckt den Eindruck, als wollte er die Mitarbeiter der Behörde einschüchtern. Oder sollen künftig Beiträge von Mitarbeitern zur Aufdeckung von Gesetzesverstößen unter der Decke gehalten werden?

(Wolfgang Beuß CDU: Stil des Hauses!)

— Genau.

Der Hinweis der Behördensprecherin zum gewünschten Verhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BAGS bei Bedenken gegen dienstliche Anordnungen mutet meines Erachtens wie ein schlechter Witz an. Zitat:

„Sollten sie einem Vorgesetzten nicht genug trauen, können sie sich auch an die nächsthöhere Stelle wenden.“

(Heino Vahldieck CDU: Das wäre die Senatorin!)

Dieses wäre in diesem Fall Frau Fischer-Menzel gewesen, nämlich diejenige, die den Gesetzesverstoß zu verantworten hat. Das kann doch wohl nicht ernst gemeint sein.

(Beifall bei der CDU — Wolf-Dieter Scheurell SPD: Sie müssen auch weiterlesen!)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die SPD-Fraktion stellt fest, daß der Rechnungshof in kurzer Zeit eine sehr sachliche, ausführliche, emotionslose und weiterführende Vorlage vorgelegt hat, die uns ermöglichen kann, auf dieser Grundlage ebenso sachlich, rational und an der Sache orientiert zu diskutieren. Ich räume im übrigen ein, Frau Blumenthal, daß Sie sich zum Teil in Ihrer Rede auch darum bemüht haben.

In der aufgeheizten Atmosphäre, in der wir das ursprünglich diskutierten, halte ich insofern den Rechnungshofsbericht aus Sicht meiner Fraktion für verdienstvoll. Er ist eine Grundlage für den Untersuchungsausschuß. Deshalb spricht heute kein Mitglied der SPD, das sich im Untersuchungsausschuß befindet, dazu,

(Antje Blumenthal CDU: Sauber!)

weil die Mitglieder der SPD im Untersuchungsausschuß in ihrer Bewertung frei sein werden, wenn sie ein abschließendes Urteil über die Vorgänge in der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu fällen haben. Das ist der politische Stil, den wir in dieser Frage betreiben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern werde ich selbst auch nur teilweise auf diesen Bericht eingehen.

Zunächst einmal zur politischen Zielsetzung des Handelns der Senatorin. Frau Senatorin Fischer-Menzel hat damals interveniert mit der Zielsetzung, die Schaffung von Plätzen für verelendete Alkoholranke in Hamburg zu ermöglichen. Es ist ohne Zweifel unter uns, daß Therapieeinrichtungen in Hamburg in ihrer Existenz gefährdet sind. Aus Sicht der SPD-Fraktion und unserer Meinung nach eigentlich auch aus Sicht des gesamten Hauses kann die politische Zielsetzung, eine soziale Infrastruktur in Hamburg zu erhalten, nicht in Frage stehen. Ich füge ausdrücklich hinzu, daß dies nicht bedeutet, daß wir für politische Monopole bei sozialen Einrichtungen eintreten, und daß es auch nicht bedeutet, daß wir dafür eintreten, daß Hamburger Einrichtungen weniger kostengünstig zu sein hätten als Einrichtungen im Umland. Aber die Zielsetzung, eine Infrastruktur für soziale Dienstleistungen in der Stadt zu erhalten, halten wir für richtig, und wir vertreten sie auch weiterhin. Wir würden uns freuen, wenn dies auch die anderen Fraktionen unterstützen würden.

C

D

(Walter Zuckerer SPD)

- A Von dieser Zielsetzung her betrachtet hat die Senatorin unserer Meinung nach eine richtige Politik verfolgt. Der Rechnungshof stellt dies auch nicht in Frage, daß diese Zielsetzung zulässig und auch gegeben war. Das, denke ich, muß man festhalten.

Ein zweiter wesentlicher Punkt aus unserer Sicht. In jener aufgeheizten Atmosphäre vor und nach dem Rücktritt von Frau Fischer-Menzel ist ja sehr viel durch die Stadt verächtigt, unterstellt und auch geredet worden. Der Rechnungshofsbericht stellt auch eindeutig klar, daß letztendlich die Abwägung bei der Entscheidung, welcher Träger denn dann zum Schluß den Zuschlag erhielt, korrekt war, daß sie vertretbar war, auch wenn die Angebote nur in Teilen finanziell vergleichbar waren. Jedenfalls ist kein Vorwurf zu erheben, daß zum Schluß diese beiden Träger den Zuschlag erhielten. Es gab keine persönliche Begünstigung.

(*Antje Blumenthal CDU*: Hat auch nie einer behauptet!)

Es gab auch keine Begünstigung irgendeiner besonderen Stiftung, die nachweisbar wäre. Es gab in diesem Sinne — das möchte ich einmal ausdrücklich sagen — im Rechnungshofsbericht nichts zu finden, keinen Filz. Es gab in dieser Frage keinen Filz. Das haben Sie vielleicht auch einmal zur Kenntnis genommen.

(*Bernd Reinert CDU*: Nun sind wir aber beruhigt! Dann brauchen wir den Ausschuß ja nicht!)

— Nein, Sie hatten den Rechnungshofsbericht. In dieser Frage, habe ich Ihnen gesagt. Hören Sie doch zu. Ich bin sehr sachlich und sehr zurückgenommen.

- B Wir kommen also zu dem, was der Rechnungshof dann als Drittes feststellt. Der Rechnungshof stellt fest, daß der gesamte Verfahrensablauf in der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales erhebliche Mängel aufwirft und aufweist, daß es offensichtlich kein transparentes Verfahren gibt angesichts der Tatsache, daß wir — ich formuliere das einmal so — auf dem Markt der sozialen Dienstleistungen und der dortigen Anbieter in der Trägerstruktur auch Wettbewerb haben, daß es offensichtlich keine transparenten Ausschreibungsverfahren gegeben hat, daß auch der Gang in der Behörde selbst erhebliche Fragen aufwirft über den Zeitablauf, die Zuständigkeiten und so weiter. Dies ist aus Sicht der SPD-Fraktion nicht nur kritikwürdig, sondern so nicht tragfähig und muß abgestellt werden. Insofern war unsere erste Stellungnahme anläßlich des Berichts des Rechnungshofes, daß wir fordern, daß die Behörde ihre Verfahren überprüft und verändert. Wir werden dies, denke ich, gemeinsam mit anderen Fraktionen auch kontrollieren, ob es geschieht.

Nun zu dem vierten und letzten Punkt. Der Rechnungshof stellt fest, daß Frau Fischer-Menzel nach dem Sozialgesetzbuch befangen war und insofern nicht hätte intervenieren dürfen. Der Rechnungshof stellt aber auch fest, daß dies völlig unabhängig davon zu sehen ist, ob letztendlich die Zielrichtung ihres Handelns oder sogar das Ergebnis politisch gerechtfertigt war. Dies ist ein außergewöhnlicher Fall, der im Sozialgesetzbuch geregelt ist.

(*Antje Blumenthal CDU*: Das ist nicht neu! Seit ein paar Jahren ist das schon bekannt!)

— Ja, im Sozialgesetzbuch geregelt ist. Denn ohne daß ich das in irgendeiner Weise relativieren will, erlaube ich mir

aber die Bemerkung, daß wir gemeinhin das Handeln von Politikerinnen und Politikern am Ergebnis messen, wenn wir ihre politische Verantwortung beurteilen.

(*Antje Blumenthal CDU*: Das ist nicht außergewöhnlich, sondern selbstverständlich!)

Der besondere Zielkonflikt ist dann gegeben, wenn Befangenheit vorliegt. Das Sozialgesetzbuch schreibt fest, daß in diesem Zielkonflikt nicht mehr gehandelt werden darf. Überhaupt nicht. Ich räume Ihnen jetzt ein, Frau Blumenthal, und zwar völlig freimütig, daß ich dies nicht wußte. Ich glaube, viele hier auch nicht. Wir alle wissen, daß es Zielkonflikte zwischen Befangenheit und politischer Verantwortung gibt und daß man sie lösen muß. Daß er hier gesetzlich so gelöst ist, daß politisches Handeln ausgeschlossen ist, wußte ich nicht. Ich habe insofern einen Nachdenkens- und Umdenkensprozeß vollziehen müssen, zu dem ich mich auch bekenne. Ich denke, daß einige von uns weiter werden nachdenken müssen, weil dies möglicherweise auch für die Rolle des Abgeordneten, wenn man sie vergleicht, noch ganz andere Konsequenzen hat, als sie derzeit in unseren Geschäftsordnungen festgelegt sind. Insofern, glaube ich, daß es da auch unter uns einen gemeinsamen Nachdenkensprozeß über unsere eigene Rolle geben kann.

Ich stelle aber fest, daß auch die SPD-Fraktion diesen Vorwurf, den der Rechnungshof erhebt, nicht relativiert. Frau Senatorin Fischer-Menzel hat nicht nach den Buchstaben des Gesetzes gehandelt. Sie hat damit einen Fehler begangen. Wir bedauern ausdrücklich, daß sie diesen Fehler begangen hat, aus politischen, aber auch — das sei uns erlaubt — aus menschlichen Gründen.

Insofern haben wir festzuhalten, daß der Untersuchungsausschuß im weiteren Verfahren zu einer Gesamtwürdigung der Vorgänge kommen wird und muß. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich erteile das Wort Frau Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Rechnungshof stellte seinen Bericht zur Schaffung von Vorsorgeplätzen für Alkoholabhängige als Arbeitsgrundlage für den PUA auf. Ein Ergebnis scheint eindeutig. Frau Senatorin Fischer-Menzel hätte sich wegen der Geschäftsführertätigkeit ihres Ehemannes nicht an der Auswahlentscheidung zugunsten der Alida-Schmidt-Stiftung beteiligen dürfen, weil dies den Vorschriften des SGB X widerspricht. Ihr Rücktritt war damit konsequent.

Der gesamte Vorgang der Auswahlentscheidung ist nach Darstellung des Rechnungshofes fragwürdig. Wir werden uns damit im PUA noch sehr eingehend beschäftigen, so daß auch jetzt meine Darstellung erst vorläufig ist.

Irritierend ist zunächst die offensichtlich fehlende Bedarfsanalyse und das fehlende Konzept der Behörde. Unklar ist, für welche Zielgruppe die Vorsorgeplätze eigentlich geschaffen werden sollten. Zielgruppe für die zu schaffenden Vorsorgeplätze sollten nach Senatsbeschluß eigentlich die sogenannten verelendeten Alkoholiker sein, also Menschen, deren Alkoholabhängigkeit zum Verlust sozialer Bindungen geführt hat und die zumindest momentan we-

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

A der die Motivation noch die Fähigkeit zur Alkoholabstinenz haben.

Schaut man sich jetzt hingegen das seit Anfang Mai vorliegende Vorsorgekonzept der Alida-Schmidt-Stiftung für diese neu geschaffenen Plätze an, so werden gerade diese abstinentenzunfähigen Alkoholiker dort nicht aufgenommen. Die zweite Fragwürdigkeit, die mir aufgefallen ist, ist die fehlende Ausschreibung. Statt einer offenen, transparenten Ausschreibung wurden nach Darstellung des Rechnungshofes Verhandlungen dialogweise — Frau Blumenthal und auch Herr Zuckerer haben das auch schon gesagt — am Rande von Veranstaltungen geführt. Ich denke, man kennt sich halt, und danach ging das alles relativ rasch.

(Antje Blumenthal CDU: Man trifft sich!)

Brisant ist dies, weil die Vorsorge der einzige Teil der sogenannten Therapiekette in der Behandlung Alkoholkranker ist, die aus Sozialhilfemitteln bezahlt wird. Alle Therapieeinrichtungen leiden unter den Auswirkungen der erheblichen Einsparungen, vor allem der Rentenversicherungsträger in diesem Bereich, und alle hoffen auf die Staatsknete. Deren Vergabe muß, weil es eben auch um die Existenzsicherung von Einrichtungen geht, besonders sauber und nach objektiven Gesichtspunkten erfolgen, und sie wird auch besonders kritisch beäugt.

Des weiteren unklar sind die Entscheidungskriterien für die Auswahl der Alida-Schmidt-Stiftung für diese Aufgabe. Es ist natürlich schon durch das unklar, was ich vorher gesagt habe. Aber auffällig ist doch der unseriöse Umgang mit der fachlich entscheidenden Frage, ob die Vorsorgetherapie milieufern oder milieunah durchgeführt werden soll, und eine Bezugnahme auf ein mündliches Gutachten — vielleicht nur ein Telefongespräch mit einem Arzt im AKO — kann nicht Entscheidungsgrundlage sein.

B

Die Vermischung des Arbeitsplatzarguments, das schließlich ausschlaggebend war, mit den inhaltlichen Argumenten finde ich nicht in Ordnung und nicht ganz nachvollziehbar.

Die Frage der Milieuferne und der Milieunähe ist ganz entscheidend unter dem Gesichtspunkt der Zielgruppe zu beurteilen. Aber diese Zielgruppe ist auch nicht mehr klar; es scheint auch, daß sie im Laufe der Verhandlungen immer mehr aus dem Auge verloren wurde. Denn für die Zielgruppe dieser verelendeten Alkoholiker, die es eben nicht schaffen, ohne Alkohol zu leben, die diese Abstinenz nicht durchhalten, ist es sicher besser, von ihrem derzeitigen Trinkumfeld milieuferne Einrichtungsplätze zu finden.

Der Bericht macht vor allem klar — wir müssen uns jetzt nicht weiter über fachliche Fragen unterhalten —,

(Petra Brinkmann SPD: Es ist auch besser, wenn wir uns darüber nicht weiter unterhalten!)

wie notwendig es ist, daß wir uns als Parlament intensiv mit der Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg befassen, also wie notwendig dieser Parlamentarische Untersuchungsausschuß ist. Der PUA hat das Ziel, die vorhandenen Strukturen aufzuklären und Transparenz in die Entscheidungsvorgänge zu bringen. Es geht darum, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die sozialen Aufgaben dieser Stadt mit den immer knapper werdenden Mitteln weiterhin erfüllt werden können. Dies ist nur möglich, wenn ein offener Wettbewerb um die bereitgestellten Mit-

tel stattfindet und wenn gewährleistet ist, daß der beste Anbieter — also nicht nur der, den man kennt — den Zuschlag bekommt.

C

Bei diesen ganzen Fragen werden wir nur weiterkommen, wenn die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Behörde und die Behördenleitung kooperieren. Wir haben hier eine sehr große gemeinsame Aufgabe vor uns. Es geht wirklich nicht darum, einzelne Leute an den Pranger zu stellen und ansonsten alles beim alten zu lassen, sondern es geht um die Strukturen und um deren Versagen.

Die Zeitungsmeldung, daß Herr Bürgermeister Runde in der BAGS unter Androhung von arbeitsrechtlichen Konsequenzen nach dem Schuldigen sucht — schuldig ist nach seiner Meinung der, der die Informationen über den Vorgang weitergegeben hat —, finde ich erschreckend. Die Aufgabe des Bürgermeisters wäre nach meiner Ansicht vielmehr, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Behörde zur offenen Kooperation mit dem Parlament zu ermutigen. — Danke schön.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Thomas Böwer SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich erteile das Wort Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Stellungnahme der BAGS zum Rechnungshofsbericht konnten Sie entnehmen, daß sich die Behörde der Kritik des Rechnungshofs an dem Entscheidungsverfahren über den Träger der Versorgungseinrichtung für Alkoholkranke nicht verschlossen hat. Vielmehr stellen wir uns dieser Kritik und sind dabei, die Anforderungen des Rechnungshofs an die Vergabe von Aufträgen durch die BAGS einzulösen.

D

(Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Wir haben eine Projektgruppe eingerichtet, die sich genau mit den Fragen befassen soll, die in den letzten Monaten Gegenstand sowohl der parlamentarischen als auch der sonstigen öffentlichen Debatte waren. Auftrag der Projektgruppe ist die Analyse und Bewertung der bisherigen Entscheidungskriterien und Entscheidungsstrukturen bei der Gewährung von Zuwendungen, der Vereinbarung von Pflegesätzen, der Belegung von Einrichtungen und der Vergabe von Gutachten. Je nach Ergebnis dieser Bewertungen ist selbstverständlich auch die Vorlage von Veränderungsvorschlägen Aufgabe dieser Projektgruppe.

Darüber hinaus werden wir die Aufsichts-, Kontroll- und Steuerungsfunktionen der BAGS gegenüber freien Trägern, Stiftungen und öffentlichen Unternehmen beleuchten. Es geht hierbei insbesondere um die Schaffung von Transparenz und Chancengleichheit hinsichtlich behördlicher Entscheidungen über die Trägerschaft neuer Projekte und neuer Einrichtungen.

Bei der Schaffung neuer Einrichtungen müssen nicht nur die inhaltlichen und sonstigen Rahmenbedingungen der konzeptionellen Überlegungen schriftlich festgelegt werden, vielmehr geht es in Zukunft auch darum, diese konzeptionellen Eckpunkte so zu vermitteln, daß alle in Frage kommenden Bewerber in die Lage versetzt werden, Angebote gleichermaßen abzugeben.

Auch der Zielkonflikt zwischen der Vermeidung möglicher Interessenkollisionen einerseits und der notwendigen

(Senatorin Karin Roth)

A staatlichen Einflußnahme andererseits wird dabei eine Rolle spielen.

Die Frage lautet also: Wie kann die Stadt ihren *berechtigten* Einfluß auf städtische Unternehmen und andere Träger geltend machen, ohne daß es hierbei zu gesetzwidrigen Kollisionen zwischen den Interessen der Träger und der Stadt kommt?

Die BAGS hat hierzu mit Wirkung vom 1. Februar 1998 als erste Behörde eine detaillierte Dienstvorschrift erlassen, die nach einer Erprobungsphase gegebenenfalls der weiteren Präzisierung bedarf. Wenn der Bürgermeister im Rahmen meiner Amtseinführung auch darauf hinweist, daß bei Dienstpflichtverletzungen die vorhandenen Instrumente anzuwenden sind, dann ist das meiner Meinung nach selbstverständlich. Deswegen verstehe ich gar nicht die Aufregung bei der CDU und im übrigen auch nicht ganz bei der GAL.

(Johannes Mertens CDU: Der Anlaß ist verwunderlich!)

In der Stellungnahme der BAGS zum Bericht des Rechnungshofs wird auch darauf hingewiesen, daß das praktische Verfahren zur Auswahl eines Trägers für die Versorgungseinrichtung durchaus gängig und im Hinblick auf eine möglichst zügige Entscheidung und Umsetzung pragmatisch war.

Trotzdem entsteht ein Konflikt zwischen zwei politischen Zielen. Einerseits soll eine beschlossene Maßnahme möglichst schnell umgesetzt werden, um dem betroffenen Klienten die Hilfe frühestmöglich zukommen zu lassen, andererseits aber soll ein transparentes Auswahlverfahren stattfinden, in dem nach Erarbeitung eines Konzepts möglichst vielen Trägern die Chance zur Beteiligung gegeben wird, das Auswahlverfahren für eine längere Zeit in Anspruch zu nehmen.

B

Ich bin der Meinung, daß dieser Konflikt zugunsten von Transparenz, Chancengleichheit und Kostenbewußtsein aufgelöst werden muß. In diese Richtung weist auch die Neufassung des Paragraphen 93 des Bundessozialhilfegesetzes, an dessen Umsetzung die BAGS seit einigen Monaten intensiv arbeitet. Um Leistungen zum Beispiel im Bereich der Behindertenhilfe wirksam und zugleich wirtschaftlich zu erbringen, werden Elemente des Wettbewerbs im System der Sozialhilfe etabliert. Gemeinsam insbesondere mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege wollen wir hier Neues gestalten.

Grundsätzlich muß dabei in jedem Fall geprüft werden, ob nicht ein anderer Anbieter die Leistungen bei gleicher Qualität günstiger erbringen kann. Aber nicht immer ist das billigste Angebot auch volkswirtschaftlich — insbesondere, wenn man dabei die volkswirtschaftlichen Auswirkungen zum Beispiel für den Arbeitsmarkt in Hamburg mit einbezieht — das bessere. Die aus einem solchen übergeordneten Grund getroffene Entscheidung der BAGS, eine Hamburger Therapieeinrichtung einer solchen in Schleswig-Holstein vorzuziehen, wurde vom Rechnungshof nicht beanstandet. Am Ziel, Einrichtungen und damit auch Arbeitsplätze in Hamburg zu sichern, hält die BAGS auch weiterhin grundsätzlich fest.

Ich hoffe, daß im Rahmen der Diskussion im PUA vor allen Dingen deutlich wird, daß wir, die BAGS, an einer Aufklärung des Sachverhalts interessiert sind und daß wir nicht — wie Sie vielleicht vermuten — in der Behörde ein

Klima der Denunziation fördern — im Gegenteil: Wir setzen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aber es geht auch darum, deutlich zu machen, daß Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht die Dienstpflicht verletzen können, nur weil es gerade en vogue ist.

(Beifall bei der SPD, bei Dr. Martin Schmidt und Sonja Deuter, beide GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Senatorin, bis zum letzten Satz war alles gut. Aber jetzt sagen Sie wieder, daß jemand eine Dienstpflichtverletzung begeht. Jemand hat einen Gesetzesverstoß angezeigt, und genau das unterscheidet eine demokratische Behörde, in der es keinen Gehorsam um jeden Preis gibt, mit mündigen Demokraten von einem totalitären Staat.

(Beifall bei der CDU — Dr. Holger Christier SPD: Er ist nicht zum Staatsanwalt gegangen!)

Ich habe Verständnis dafür, daß Sie den Mitarbeiter kennenlernen wollen, dem Sie Ihr Amt zu verdanken haben. Aber die Frage wird sein, wie man mit dem Mitarbeiter oder der Mitarbeiterin umgeht.

Herr Zuckerer, Sie haben gesagt, die Abgeordneten aus dem PUA sollten schweigen. Ich denke, die Behörde hat lange geschwiegen mit Hinweis auf den Rechnungshofsbericht. Deswegen sollten wir Abgeordneten, die wir uns jetzt mit diesem Thema befassen, nicht wieder für eineinhalb Jahre schweigen, sondern wir können diesen Rechnungshofsbericht schon zur Kenntnis nehmen, offene Fragen stellen und dazu formulieren. Man muß nicht zu einer abschließenden Bewertung kommen.

Für mich ist ein Punkt völlig offen, und zwar die fachliche Frage. Ich habe im Rechnungshofsbericht zwei Äußerungen gelesen, in denen es einmal heißt, eine milieunahe Therapie komme in Betracht, dann wieder, sie sei „nicht grundsätzlich kontraindiziert“.

(Günter Frank SPD: Das ist ein Jahrhundertstreit!)

— Aus einer Äußerung, sie sei nicht grundsätzlich kontraindiziert, eine fachliche Zustimmung herauszulesen, bedarf schon einiges. Wenn man aus medizinischer Sicht sagt, daß eine Maßnahme nicht grundsätzlich kontraindiziert ist, dann will man einem anderen Kollegen nicht ans Bein pinkeln, obwohl es eigentlich nicht richtig war, was er gemacht hat.

(Günter Frank SPD: Es gibt 1000 Bücher dazu! — Petra Brinkmann SPD: Das ist wirklich toll!)

Eine Umdeutung in eine fachliche Zustimmung ist für mich noch nicht klar ersichtlich.

(Günter Frank SPD: Das haben Sie nicht zu untersuchen! Das machen wir im PUA!)

— Ich darf mich dem auch im PUA-Verfahren widmen. Ich glaube nicht, daß Sie als Vorsitzender des PUA mir sagen dürfen, was ich da zu klären habe oder was nicht, Herr Frank.

(Beifall bei der CDU)

Herr Zuckerer, Sie haben gesagt, der Rechnungshofsbericht habe keinen Filz erkannt. Leider gibt es kein Filz-Gesetz, und leider gibt es nicht den Auftrag an den Rech-

C

D

(Dietrich Wersich CDU)

- A nungshof, Filz nachzuweisen. Filz ist eine politische Stilfrage, die einen demokratisch pluralistischen Rechtsstaat von einer Einparteiendemokratie unterscheidet.

(Walter Zuckerer SPD: Ach!)

Da kann es keinen Filz geben. Aber das ist keine gesetzliche Frage, der sich der Rechnungshof widmen kann.

(Beifall bei der CDU — Dr. Holger Christier SPD: Also sind Sie für solche Staatsformen!)

Ich denke, daß eine solche Einwirkung gegen gesetzliche Regelungen ein Verstoß gegen rechtsstaatliche Regelungen ist.

(Tanja Bestmann SPD: Also sind wir kein Rechtsstaat!)

Selbst wenn es von ganz oben kommt, wird es dadurch nicht besser. Da setzt auch der entscheidende Punkt an, wenn man sagt, ich habe gute Motive. Aber genau das ist in der Demokratie wichtig, daß man auch aus guten Motiven nicht gegen Gesetze verstoßen darf. Wer das tut, der handelt willkürlich. Auch das muß die SPD begreifen: Selbst wenn man fachlich überzeugt ist,

(Walter Zuckerer SPD: Habe ich was anderes gesagt? — Petra Brinkmann SPD: Genau das hat er gesagt die ganze Zeit!)

muß man sich trotzdem an Gesetze halten.

(Petra Brinkmann SPD: Genau das hat er gesagt! — Dr. Holger Christier SPD: Dem Mitarbeiter haben Sie es gerade zugebilligt!)

Das gilt auch für die Zukunft.

- B Von der Senatorin ist gesagt worden, daß zukünftig ausgeschrieben werden soll. Ich habe gestern von einem Projekt im Bereich Drogen und Sucht gehört, für das einem Träger Leistungszusagen für Arbeit für Süchtige zu einem Zeitpunkt zugesagt worden sind, von dem andere Träger noch nicht einmal wußten, daß es dafür Mittel geben soll.

(Johannes Mertens CDU: Hört! Hört!)

Ich habe meine Zweifel, ob das, was Sie über das zukünftige Verfahren gesagt haben, wirklich schon in alle Abteilungen Ihres Hauses gedrungen ist. Im PUA werden wir weitersehen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Herr Abgeordneter Wersich, ich möchte Sie auffordern, Ihre Sprache noch gründlicher zu kontrollieren. Das war eine Formulierung am Rande zwischen Umgangssprache und einer anderen. Ich bitte Sie, dem noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Herr Zuckerer hat das Wort.

Walter Zuckerer SPD:* Ich will die Debatte nicht besonders verlängern, aber es scheint mir doch wichtig, auf eine Reihe von Punkten hinzuweisen.

Ich habe für die SPD-Fraktion erklärt, daß wir dem Rechnungshofsbericht entnehmen mußten, daß hier ein Gesetzesverstoß vorlag. Ich habe gesagt, daß es der politische Anspruch dieser SPD-Fraktion ist, daß politisch und gesetzlich korrekt gehandelt wird, daß wir dies als Fehler anerkennen und daß wir es bedauern. Ich glaube, dazu gibt es nichts mehr zu sagen.

C Ich habe zweitens gesagt, daß auch wir lernen mußten; jetzt sehe ich einmal in Ihre Richtung, meine Damen und Herren von der CDU. Wir hatten beim Rücktritt von Frau Senatorin Fischer-Menzel eine Debatte. Damals wurde auch der Tatbestand der Befangenheit erwähnt. Er wurde aber von Ihrem eigenen Fraktionschef — wenn ich es recht erinnere — zunächst als eine politische Stilfrage qualifiziert, allerdings als eine schwerwiegende, wobei ich die Meinung teile, daß Befangenheit in politischen Stilfragen immer sehr schwerwiegend ist. Daß im Sozialgesetzbuch jedoch nichts über politisches Ermessen in dieser Frage steht, habe ich nicht gewußt, und ich vermute, viele von Ihnen übrigens auch nicht. Ich glaube, es ist in vielen anderen Bereichen nicht geregelt, in denen es durchaus politische Befangenheit gibt. Deswegen war ich nachdenklich und habe gesagt, daß es vielleicht auch noch einer besonderen Diskussion in unserer und in anderen Fraktionen bedarf, wie man mit Befangenheitstatbeständen umgeht, wenn man diesen Maßstab dieses Rechnungshofs generell — zum Beispiel auch an uns, die wir als Abgeordnete häufig Interessenvertreter sind — anlegt. Mehr wollte ich damit nicht sagen.

(Glocke)

Präsidentin Ute Pape (unterbrechend): Herr Abgeordneter Zuckerer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Walter Zuckerer: Ja, natürlich!)

Bitte schön, Herr Wersich.

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: Gestehen Sie einen Unterschied zwischen Abgeordneten und jemandem, der ein Amt in einer Behörde antritt, ein? Sind Sie sich dessen bewußt? Gibt es in der BAGS Juristen, die möglicherweise, wenn jemand ein Amt antritt, ihn auch informieren können, in welchem rechtlichen Rahmen das zu sehen ist? Gerade bei einer so zentralen Vorschrift im Gesetzbuch müßte so etwas den Senatoren bekanntgegeben werden.

Walter Zuckerer (fortfahrend): Ich weiß jetzt nicht, wie ich auf Ihre Frage antworten soll. Ich bin mir dessen bewußt. Deswegen habe ich dazu einen nachdenklichen Satz gesagt, was auch die Abgeordneten betrifft. Ich habe ausdrücklich gesagt, ich relativiere nicht, was der Rechnungshof der Senatorin vorwirft. Wenn Sie mich so direkt fragen, kann ich Ihnen auch sagen, daß ein funktionierender Apparat natürlich eine Senatorin in dieser Hinsicht eindeutig beraten müßte,

(Antje Blumenthal CDU: Eben!)

wann sie nicht mehr entscheidungsfähig ist und wann nicht. Ich konnte dem Rechnungshofsbericht aber nicht entnehmen, daß es so etwas gegeben hat. Nun kann man darüber diskutieren, ob der Apparat in Eigeninitiative an die Senatorin herantreten mußte oder ob die Senatorin eher verpflichtet war, den Apparat abzufragen. Aber das führt auch nicht weiter. Jedenfalls ist das offensichtlich nicht geschehen.

Jetzt zu dem, was Sie gesagt haben. Ich habe mich nicht in die Debatte über milieuferne oder milieunahe Therapien einmischen wollen. Das kann man nur auf fachlicher Ebene machen. Ich glaube nicht, daß wir das lösen können. Ich habe mich nur auf den dünnen Satz des Rechnungshofs bezogen, der besagt, daß der Rechnungshof bei der Ab-

(Walter Zuckerer SPD)

- A wägung zugunsten der Alida-Schmidt-Stiftung keine Ermessensfehler feststellen konnte.

Er hat viele Verfahrensungereimtheiten festgestellt.

Wenn wir einen Bericht auswerten, den wir alle als eine sehr sachliche und fundierte Grundlage bezeichnen, dann ist es schon ein bißchen daneben, zwischen den Zeilen den Filz herauszulesen, der nicht vorhanden ist. Bei der rein sachlichen Aufklärung hat es keine persönlichen, parteilichen und sonstigen Verbindungen gegeben, die im Ergebnis zu einem kritikwürdigen Zustand geführt hätten, was die Alida-Schmidt-Stiftung betrifft. Trotzdem ist es Ihr gutes Recht, es zu vermuten, aber aus dem Rechnungshofsbericht können Sie das nicht ableiten.

Ansonsten gehe ich davon aus, daß wir alle gemeinsam daran arbeiten werden, die Verfahren dieser Behörde so transparent zu machen, damit es zu einem solchen Vorwurf nicht mehr kommen kann, besonders aus der Sicht der SPD. Wir wollen die Verfahren in dieser Behörde so transparent machen, daß Sie keinen Filzvorwurf mehr vortragen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer will die Vorlage an den Haushaltsausschuß überweisen? — Gegenprobe. — Das war einstimmig.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6: Große Anfrage der SPD mit dem Titel „Hamburg — eine familienfreundliche Stadt“.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Hamburg — eine familienfreundliche Stadt
— Drucksache 16/654 —]**

B

Diese Große Anfrage möchte die GAL-Fraktion zur federführenden Beratung an den Jugend- und Sportausschuß und mitberatend an den Gleichstellungsausschuß überweisen.

Wer wünscht das Wort? — Das Wort hat Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als im vergangenen Winter der zweite Armutsbericht für Hamburg vorgelegt wurde, konnten wir diesem entnehmen, daß das Armutsrisiko für Familien mit Kindern vor allem für die Kinder und Jugendlichen selbst in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat. Kinder stellen heute bundesweit die größte Gruppe der von Armut bedrohten Menschen. In der Bundesrepublik leben 800 000 Kinder in Armut; das ist die Bevölkerung einer Großstadt. Nicht selten können wir hören und lesen, daß die Entscheidung, eine Familie zu gründen, bereits ein Armutsrisiko darstellt. Diese Entwicklung ist fatal, die — darin sind wir uns sicherlich alle einig — von niemandem hier akzeptiert werden kann.

Die Ursachen sind vielfältig und nicht allein als Folge der gestiegenen Arbeitslosigkeit begründet. Wurden in den Jahren 1975 bis 1982 die Leistungen für Familien von der damals sozialdemokratisch geführten Bundesregierung noch um 70 Prozent gesteigert, sind sie seither von der konservativen Bundesregierung massiv beschnitten worden. Auch die Verbesserungen seit der Mitte der achtziger Jahre haben nicht dazu beitragen können, die vorher stattgefundenen Einschnitte zu kompensieren. Das heißt, die

Umverteilungspolitik von CDU und F.D.P. hat erfolgreich C
gegriffen.

Heute lebt in einem Drittel der Haushalte, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, mindestens ein Kind. Wir erinnern uns noch einmal zurück: Ohne den massiven Druck der SPD gäbe es bis heute weder einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung noch ein erhöhtes Kindergeld. Den Anstieg der Kinderarmut haben aber auch solche Initiativen nicht verhindern können. Die Länder allerdings müssen ihrerseits Ansätze entwickeln, um den von Armut bedrohten und betroffenen Familien geeignete Hilfen und Unterstützung anzubieten.

Die SPD-Fraktion hat eine Große Anfrage vorgelegt und Auskunft über die Lebenssituation der in Hamburg lebenden Familien und über die hier zur Verfügung stehenden Angebote und Hilfen verlangt.

Ich denke, wir können feststellen: Hamburg ist eine familienfreundliche Stadt, weil es eine qualifizierte Kinderbetreuung grundsätzlich für alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren gibt. Über die ganze Stadt gesehen beträgt der Versorgungsgrad im Elementarbereich rund 95 Prozent, im Krippenbereich 18 Prozent und im Hortbereich knapp 17 Prozent. Besonders hervorheben möchte ich, daß sich in den sozial benachteiligten Stadtteilen die Ganztags- oder Teiltagsangebote konzentrieren.

Hamburg ist eine familienfreundliche Stadt, weil das Angebot an familienentlastenden und -unterstützenden Leistungen umfangreich und vielfältig ist. Elternschulen, konfessionelle Familienbildungsstätten, selbstorganisierte Mütterzentren, Kinder- und Familienhilfezentren und viele weitere Einrichtungen im Bereich der freien Träger bieten hier ebenso Beratung und Hilfe an wie die über 29 in der D
Stadt verteilten Erziehungsberatungsstellen.

Hamburg ist eine familienfreundliche Stadt, weil darüber hinaus auch die Angebote im Bereich der akuten Krisenbewältigung umfangreich sind. Hier ist insbesondere die Betreuung junger Menschen außerhalb ihrer Familien in den betreuten Wohnformen zu erwähnen. Diese hat leider in den vergangenen Jahren aufgrund der zunehmenden Armut und der damit auch wachsenden innerfamiliären Konflikte zugenommen. Dabei setzt Hamburg eindeutig einen Schwerpunkt bei den ambulanten Betreuungsformen weg von stationären Hilfen.

Hamburg ist eine familienfreundliche Stadt, weil im Bereich der öffentlichen Arbeitgeber in den vergangenen Jahren durch Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Arbeitsformen viel für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung getan worden ist. Aber — das möchte ich auch kritisch anmerken — es reicht nicht aus, wenn beispielsweise die Teilzeitangebote als eine Möglichkeit, die Arbeitszeit zeitweise zu flexibilisieren oder zu verändern, im wesentlichen von den Frauen angenommen werden. Immer noch ist es so, daß Teilzeitbeschäftigung für viele Frauen eben doch den Karriereknick bedeutet. Deswegen kann man nicht davon ausgehen, daß diese Form der Beschäftigung die volle Gleichberechtigung für Frauen garantieren wird. Das heißt, in diesem Bereich ist noch viel zu tun, zumal diese Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsformen im wesentlichen bei den öffentlichen Arbeitgebern stattgefunden hat.

Hamburg unterstützte 1997 die Familien, Kinder und Jugendlichen durch über 2000 Veranstaltungen in den El-

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD)

A tertschulen, durch die 29 Erziehungsberatungsstellen in unterschiedlicher Trägerschaft und Ausrichtung, durch Zuschüsse für Familienerholung und Familienfreizeit in Höhe von über 600 000 DM, durch 7000 Krippenplätze, durch 44 000 Elementarplätze, davon über die Hälfte Ganztags- und Teiltagsangebote, durch über 16 000 Hortplätze, durch fast 1800 Plätze beim Pädagogischen Mittagstisch, durch 162 Einrichtungen mit offenen Angeboten im Bereich der Jugendarbeit für Jugendliche und junge Erwachsene.

Hamburg tut viel für Familien, für Kinder und für Jugendliche. So werden im Haushalt 1998 613 Millionen DM für die Kindertagesbetreuung ausgegeben, über 260 Millionen DM für Hilfen zur Erziehung, 70 Millionen DM für die offene Kinder- und Jugendarbeit und 82 Millionen DM für die Förderung der Erziehung in der Familie. Das alles sind mehr als 1 Milliarde DM aus dem Haushalt. Ich finde, das ist eine gute Grundlage für die Familien, für die Kinder und für die Jugendlichen in dieser Stadt.

Aber wie wir aus den für Hamburg vorliegenden Zahlen ersehen — die Kollegin von der CDU, die nach mir reden wird, hat in einer Kleinen Anfrage gerade gefragt, wie viele Kinder in Hamburg von Sozialhilfe abhängig sind —, reicht das nicht aus. Wenn unser Leitbild das einer modernen Teilhabegesellschaft ist, in der alle ihren gerechten Anteil am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand haben sollen, dann müssen wir den Familien wieder eine Zukunft geben. Das heißt, daß Familien zunächst spürbar materielle Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage erhalten müssen. Das heißt für uns unabdingbar, daß das Kindergeld angehoben werden muß. Das heißt für uns, daß es eine längst überfällige Steuerreform geben muß, in deren Mittelpunkt die dauerhafte Entlastung von Familien und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern steht, so daß es zu einer durchschnittlichen jährlichen Entlastung der Familien kommt.

B Wir brauchen auch insoweit Verbesserungen, als Kindererziehung und die Pflege in den Familien zukünftig bei der Altersversorgung mitberücksichtigt werden müssen. Wir wissen, wie viele Frauen im Alter in Armut leben, weil die Leistungen, die sie aufgrund der Kindererziehungszeiten für die Gesellschaft erbracht haben, bei der Altersversorgung nicht angemessen berücksichtigt werden.

Wir brauchen dahin gehende Verbesserungen, daß das Erziehungsgeld und der Erziehungsurlaub zu Elterngeld und Elternurlaub weiter entwickelt werden, so daß beide Elternteile eine Chance auf Teilzeitarbeit haben und damit die Voraussetzung für partnerschaftliche Kindererziehung geschaffen wird.

Außerdem müssen — darauf habe ich vorhin schon hingewiesen — die Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik familienfreundlicher werden. Dann werden auch Familien wieder eine Zukunft haben. — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Pawlowski.

Bettina Pawlowski CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hätte mich gefreut, wenn Sie Bonn außer acht gelassen hätten, denn ich wollte eigentlich darauf verzichten, hier anzubringen, was Bonn alles geleistet hat.

(Dr. Holger Christier SPD: Sich geleistet hat!)

— Geleistet hat, ganz klar. Wer hat denn überhaupt dafür C
gesorgt, daß die Kinder einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben? Das waren nicht Sie, sondern wir in Bonn.

(Beifall bei der CDU — Dr. Monika Schaal SPD:
Wer hat das alles bezahlt?)

Nicht zu vergessen sind das Erziehungsgeld, die Erhöhung des Kindergeldes, der Kinderfreibetrag zur Steuerfreistellung durch einen Grundfreibetrag. Ich könnte unendlich viel aufzählen.

(Jürgen Schmidt SPD: Das war das Bundesverfassungsgericht!)

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie damit nicht immer anfangen würden. Wir sind in Hamburg und wissen, daß es hier Familien gibt, die viel Hilfe und Unterstützung zur Bewältigung ihrer Aufgaben brauchen.

Daß sich die Situation in vielen Familien verändert hat, haben Sie schon angesprochen. Das hängt natürlich mit der Arbeitslosigkeit, der hohen Scheidungsquote, den beengten Wohnverhältnissen, der finanziellen Not, dem Alkohol- und Drogenproblem und mit Gewalt in der Familie zusammen. Das wissen wir alle aufgrund unserer täglichen Arbeit.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Und Ihrer Familienpolitik!)

Sie sagen in Ihrer Großen Anfrage:

„Ziel der Politik des Senats ist es, familienunterstützende und -fördernde Bedingungen und ein kindgerechtes soziales Umfeld zu gewährleisten.“

Ja, meine Damen und Herren, warum tun Sie es nicht? D

(Beifall bei der CDU)

Sie haben alles in der Hand. Ich kann es überhaupt nicht verstehen, wenn Sie sagen, Sie wollen ein kindgerechtes Umfeld gewährleisten, daß Sie dann Großsiedlungen wie Kirchdorf-Süd oder Neuwiedenthal bauen lassen, die für Familien und Alleinerziehende denkbar ungeeignet sind.

(Beifall bei der CDU — Wolffhard Rüdiger Ploog
CDU: Sehr richtig!)

Weiterhin sagen Sie, daß es das Ziel sei, zu einer Erleichterung der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf zu kommen. Was sagt der Rechnungshof dazu? Daß in allen drei Betreuungsformen erhebliche Versorgungsungleichgewichte vorhanden sind und zukunftsbezogen eine Umschichtung beziehungsweise eine Anpassung der Plätze gefordert werden muß.

Weiter heißt es, daß es wünschenswert wäre sicherzustellen, daß Familien und Kinder bei Planungen und Entscheidungsprozessen angemessen berücksichtigt werden. Nach unseren Erfahrungen findet das nur unzureichend statt.

In Ihrer Anfrage zersplittern sich Angebote und Hilfen, und das ist wenig sinnvoll. Familienpolitik in Hamburg muß eine Entlastung für die Familien und besonders auch für Alleinerziehende erbringen. Fragen Sie doch einmal Familien, ob sie es sich heutzutage noch leisten können, Museen zu besuchen, ins Theater, ins Schwimmbad oder in den Sportverein zu gehen. Auch das ist für viele Familien gar nicht mehr leistbar.

(Bettina Pawlowski CDU)

- A Beispielsweise sind die Eintrittspreise bei Bäderland prozentual für Familien höher als für Erwachsene. Vielen Familien ist es somit gar nicht möglich, ihre Freizeit zu gestalten.

(Dr. Holger Christier SPD: Es ist eine Frage des Einkommens!)

— Nein, sie nehmen eine Familienkarte. Gehen Sie einmal baden. Vielleicht wissen Sie es dann.

(Beifall bei der CDU — Ole von Beust CDU: Der geht nie baden!)

Wir müssen Modelle fördern, wie zum Beispiel die Ausstellung eines Familienpasses für Familien, für Alleinerziehende, um besondere Vergünstigungen bei Besuchen öffentlicher Einrichtungen zu gewährleisten. Das wäre eine Forderung von uns, und das werden wir demnächst hier anbringen. Vielleicht unterstützen Sie uns da.

In Zeiten zunehmender Individualisierung und Selbstverwirklichung kommt der Familienpolitik eine herausragende Bedeutung zu. Familienpolitik in Hamburg kann sich nicht auf Erziehungsberatung und Projekte begrenzen, so, wie ich es in Ihrer Anfrage sehe, da wird einem schon ganz anders.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja, Ihnen vielleicht!)

Wer nimmt das denn in Anspruch? Auch das ist mal eine Frage. Gehen Sie doch einmal hin und gucken Sie, wie stark die frequentiert werden. Das würde mich persönlich interessieren. Ich kenne viele, die dort nie hingehen würden, weil das von der Behörde ist, und die auch selber damit fertig werden wollen. Das wissen Sie ganz genau.

- B Die Forderung kann sich nicht in Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschöpfen. Die Bedeutung dieser beiden Aspekte der Familienpolitik soll nicht in Abrede gestellt werden. Aber darüber hinausgehende Ansätze sind dringend erforderlich. Ich möchte jetzt noch einmal etwas zu Ihrer Armut sagen. Ich mache selber Jugendpolitik.

(Ingrid Cords SPD: Was soll das denn heißen?)

— Weil Sie immer von Armut sprechen. Es ist richtig, daß es bestimmt vielen Familien nicht gut geht und die mit einem Existenzminimum auskommen müssen. Aber wir haben die Sozialhilfe, und die ist dazu da, daß es diese Armut, von der Sie immer sprechen, nicht gibt.

(Dr. Holger Christier SPD: Sie haben gut reden!)

Wenn Sie das mit anderen Ländern vergleichen, gibt es hier überhaupt keine Armut. Das möchte ich einmal ganz klar sagen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Deuter.

Sonja Deuter GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die beiden Großen Anfragen der SPD zur Situation von Familien in Hamburg werten wir als eine Art Bestandsaufnahme, die unbedingt wichtig ist, und zwar, um jetzt neue und weitergehende Schritte zu erarbeiten.

Viele Fragen, offene Punkte, die die GAL in ihren Gesprächen mit Frau Senatorin Raab hatte oder im Ausschuß problematisiert worden sind, sind beantwortet worden. Die Wogen schlagen jetzt hoch, denn die Antworten zeigen schwarz auf weiß, über welches Angebot Hamburg verfügt und welche Handlungsebene nun abzuleiten ist.

Schauen wir uns doch die Angebote an: Da finden wir Elternschulen, Familienbildungsstätten, Mütterzentren, Kinder- und Familienhilfezentren, Erziehungsberatungsstellen und vieles mehr. Im Vergleich zu anderen Städten steht Hamburg tatsächlich gut da. Aber wie vereinbart sich das damit, daß viele Gespräche und Umfragen ergeben, daß sich Familien *nicht* richtig vertreten fühlen?

Natürlich ist es ein Grund — wie es dem Vorspann der Drucksache zu entnehmen ist —, daß die Defizite auf Bundesebene im Bereich der Familienpolitik von den Ländern und Kommunen kompensiert werden müssen. Aber das allein ist es nicht. Bonn oder Hamburg, das Problem hat dieselbe, nämlich eine gesellschaftliche Ursache. Wenn wir uns heute fragen, ob Hamburg eine familienfreundliche Stadt ist, Frau Stapelfeldt, dann müssen wir uns erst einmal fragen, was familienfreundlich und — an die CDU gerichtet — was Familie heute überhaupt ist.

(Ole von Beust CDU: Das wissen wir genau!)

Wir haben doch alle völlig verschiedene Bilder im Kopf, und die bestimmen dann unser Handeln. Noch in den sechziger Jahren besaß der Begriff Familie eine gewisse Verbindlichkeit. Das kann keiner abstreiten. Heute finden wir uns wieder in einem Wirrwarr von Bezeichnungen, wie Alleinerziehende, Einelternfamilien, Patchwork-Familien, Lebensabschnittspartner oder — wie ich letztlich hörte — Teilzeitpartner. Wir haben Vollzeitmütter und Halbgeschwister mit zwei Wohnsitzen, wir haben Wochenendväter. Das alles sind Familien. Sie müssen, auch wenn nichts auf diese Veränderung von heute abgestimmt ist, ihre Lebensentwürfe mit der Versorgungssicherung, dem Beruf, der Karriere und allen Beteiligten irgendwie vereinbaren können. Die Vereinheitlichung des Begriffs Familie verdeckt und verschleiert doch nur die wachsende Vielfalt von Situationen und Entwürfen, die sich dahinter verbergen. Dabei — das möchte ich auch betonen — spitzen sich doch die Widersprüche zwischen weiblicher Gleichheitserwartung und der Realität immer weiter zu.

(Beifall bei der GAL)

So wird Familie nämlich zum Ort, an dem die historischen Konflikte zwischen Männern und Frauen aufbrechen. Sie ist aber nicht die Ursache des Geschehens. Vieles, was Familien privat um die Ohren schlägt, haben sie gar nicht persönlich zu verantworten. Was hier als Konflikt im Privaten ausbricht, hat eine gesellschaftliche, allgemeine Seite, und darauf muß ein Angebot für Familien in Hamburg abzielen. Da müssen wir Punkt für Punkt aufmachen und überprüfen. Maßstab muß immer der tatsächliche Bedarf von Familien sein, auch wenn der sich heute, morgen oder übermorgen wieder ändert. Dann müssen wir halt beweglich bleiben. Erst dann ist Hamburg familienfreundlich.

Gehen wir auf einige Punkte ein. Mit den vielfach herausragenden Projekten, wie Arbeitszeitkonten, Telearbeit, Stadtteilmanagement oder Familienmanagement für Existenzgründerinnen, übt Hamburg eine vorbildliche Funktion aus. Die Familien beanstanden jedoch, daß die unterschiedlichen Behörden nicht ausreichend informiert sind oder nicht koordiniert zusammenarbeiten und daß Sachbearbeiter mit unqualifizierten Worten abblocken — ich zitiere —:

„Von Maatwerk halten wir hier nichts. Sie sollten sich eine richtige Arbeit suchen.“

Derlei Beispiele gibt es mehr. Doch lassen Sie uns weitere Punkte beleuchten. Zum Thema Wohnen finden wir leider

(Sonja Deuter GAL)

A nur Fragen zur drohenden Obdachlosigkeit und nicht zum familienfreundlichen Wohnen allgemein. Bei der Studie „Kinderfreundlichkeit der Großstädte“ von „Focus“ sehen wir, daß Hamburg beim Komplex städtisches Umfeld und Zukunftschancen in puncto fertiggestellte Wohnungen weit vorn liegt. Doch problematisiert wird, daß Wohnungen nicht nur kinderfreundlich, sondern auch familienfreundlich sein müssen und damit das Mietpreisniveau einhergeht. Für Hamburg gibt es an diesem Punkt noch viel zu tun, denn von 84 befragten Städten sind nur noch München und Köln schlechter bewertet worden.

Das Bestehen von 29 Erziehungsberatungsstellen ist gut. Aber in einer Konfliktsituation reicht eine an bestimmten Tagen stundenweise Öffnungszeit mancher Einrichtungen nicht aus. Auch ein längerer Anfahrtsweg mit Umsteigen ist dann absolut hinderlich. In der Drucksache finden wir die Aussage — ich zitiere —:

„Ziel der Politik des Senats ist es, familienunterstützende und -fördernde Bedingungen und ein kindgerechtes soziales Umfeld zu gewährleisten.“

Das ist ein Versprechen. Das werden SPD und GAL sehr ernst nehmen, davon gehe ich aus. Aber „gewährleisten“ alleine reicht doch heute nicht mehr aus. Wir müssen in den Dialog mit den Familien treten. Es geht um Teilnahme und Teilhabe an der Gestaltung der Angebote sowie der Problemdefinition. Die eigentlichen Experten sind doch die Familien.

In Anbetracht der Haushaltslage setzt sich die GAL dafür ein, daß die Qualität betrachtet wird und nicht vordergründig nur die Quantität. Dreh- und Angelpunkt scheint doch zuvorderst die Schnittstelle zwischen Angebot und Nachfrage zu sein. Dabei sei vermerkt, daß ich mich nach der Lektüre der Drucksache 16/654 vergeblich bemüht habe, die Erziehungsberatungsstellen in den „Gelben Seiten“ zu finden. Weder zwischen „Erste-Hilfe-Ausbildung“ und „Esoterik“ fand ich sie, noch unter „E wie Eltern“, denn dort folgen nach „Eloxierungen“ gleich die „Endlosformulare“. Also probierte ich es unter „F wie Familie“. Doch nach „Falttüren“ folgt hier gleich „Fantasy“. Bei „M“ gibt es zwar „Mützen“ und „Mutterboden“, aber keine Mütter. Endlich bei „K wie Kinder“ fand ich sie, die Kinder, allerdings von „Kinderfesten“ bis „Kinderschminke“ alles, nur keine Beratung. So ergeht es den Familien, wenn sie auf der Suche sind.

Familien müssen wissen, wo sie anrufen können, wenn es brennt. Sie müssen wissen, daß sie in einer Konfliktsituation eine Beratungsstelle in ihrem Stadtteil aufsuchen können, wo sie sich aufgefangen fühlen und Informationen erhalten, daß ihnen der nächste Schritt, also ein Ausweg, deutlich gemacht wird. Dies muß an allen Stellen in Hamburg Ausdruck finden, nämlich dort, wo die Familien unterstützt, beraten und informiert werden.

Es ist so einfach, immer nur gegen alles zu sein, und so mühevoll, sich hinzusetzen und sich konstruktive Vorschläge zu überlegen. Die GAL erarbeitet hierzu gerade ein Konzept, das für die übernächste Bürgerschaftssitzung als Antrag vorliegen soll. Wir brauchen eine Umstrukturierung der Anlaufstellen für Familien und Eltern. Nennen Sie es Modernisierung. Es wird auch eine Form der Erfolgskontrolle bedeuten müssen, denn es darf nicht mehr kosten. Aber es wird familienfreundlich sein, denn es wird eine Anpassung des Angebots an den tatsächlichen Bedarf nach sich ziehen.

Erst, wenn Eltern die Information wirklich zugänglich gemacht wird, ist Hamburg familienfreundlich. Sie sehen also, welches Handlungspotential in dieser Bestandsaufnahme schlummert. Deswegen möchte die GAL diese Drucksache auch an verschiedene Ausschüsse überweisen, damit wir uns alle möglichst ausführlich mit den unterschiedlichen Aspekten befassen können. Insgesamt dürfen wir auf künftige Bestandsaufnahmen künftiger Legislaturperioden gespannt sein, denn für eines steht die GAL bestimmt nicht: für Stillstand. Es wird sich viel bewegen. — Danke.

(Beifall bei der GAL und bei *Holger Kahlbohm SPD*)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat jetzt Frau Senatorin Raab.

Senatorin Rosemarie Raab: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Defizite auf Bundesebene im Bereich der Familienpolitik müssen im wesentlichen von den Ländern und Kommunen kompensiert werden. So heißt es in der Einleitung zur Großen Anfrage der SPD-Fraktion. Dies ist, wie ich finde, eine sehr maßvolle Umschreibung des familienpolitischen Desasters, mit dem die Bonner Regierungskoalition die Familien förmlich in die Armut treibt.

Die finanz- und steuerpolitische Inkompetenz der Bundesregierung

(Beifall bei der SPD — Unmutsäußerungen bei der CDU)

trifft die Familien härter als alle anderen gesellschaftlichen Gruppen. Familien werden fahrlässig an den Rand der Gesellschaft gedrängt, denn mit jedem neu entdeckten Steuerloch verschlechtert sich auch und insbesondere die materielle Lage der Familien.

(*Ole von Beust CDU:* So ein Schwachsinn! Sie haben einen neuen Redenschreiber! Den sollten Sie auswechseln!)

Länder und Kommunen — so die Bonner Regierungsmoral — sollen sehen, wie sie mit dem familienpolitischen Versagen des Bundes zurechtkommen.

Wir haben die Folgen dieser Moral im Zusammenhang mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz noch in schlechter Erinnerung. Die Bundesregierung hat es stolz verkündet und sich dann aus der eigenen Verantwortung schlicht weggedrückt. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat mit einer immensen Kraftanstrengung die vermeintliche Bonner Wohltat Wirklichkeit werden lassen.

Wie eng der Rahmen für Familienpolitik auf Landesebene geworden ist, dokumentiert eindrucksvoll der gerade bekanntgewordene bayrische Sozialbericht, der übrigens von der SPD veröffentlicht werden mußte, offenbar, weil der Landesregierung die Daten nicht so recht ins Wahlkampfkonzept paßten.

(Glocke)

Präsidentin Ute Pape (unterbrechend): Frau Senatorin, würden Sie dem Abgeordneten Harlinghausen eine Zwischenfrage gestatten? — (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Harlinghausen.

(Senatorin Rosemarie Raab)

- A **Zwischenfrage von Rolf Harlinghausen** CDU: Frau Senatorin, ist Ihnen bekannt, daß bei der Umsetzung des Rechtsanspruches auch die SPD-Länder diesem zugestimmt haben und daß 6 Prozent des Umsatzsteueraufkommens den Ländern zugewiesen worden ist? Insofern trifft Ihre Äußerung, daß die Länder alles allein tragen müssen, offensichtlich nicht zu.

(Michael Dose SPD: Das ist keine Frage!)

Senatorin Rosemarie Raab (fortfahrend): Herr Harlinghausen, abgesehen davon, daß es keine Frage ist, die Sie hier formuliert haben,

(Rolf Harlinghausen CDU: Ich habe gefragt: Ist Ihnen bekannt, daß . . . ? Das ist eine Frage!)

ist mir selbstverständlich bekannt, daß es eine Verteilung von Einnahmen auf Bund und Länder gibt, aber das enthebt die Bundesregierung nicht von der Pflicht, wenn sie die Länder verpflichtet, einen Rechtsanspruch umzusetzen, sich auch in der finanziellen Verantwortung zu sehen.

(Antje Blumenthal CDU: 6 Prozent Umsatzsteuer!)

Hier sind sich alle Länder einig gewesen, Herr Harlinghausen, die CDU-regierten wie die SPD-regierten Länder.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich komme auf den bayrischen Sozialbericht zurück. Dem Bericht zufolge ist in Bayern, wie anderswo, insbesondere Kinderreichtum ein zentrales Armutsrisiko. Alleinerziehende und kinderreiche Familien verfügen in Bayern wie anderswo über die niedrigsten Einkommen. Da nützt es nichts, wenn die bayrische Familienministerin darauf hinweist, daß Bayern seit Jahren die günstigste Arbeitsmarktbilanz hat und daß sie bei den Wirtschaftsdaten an der Spitze der Republik liegen. Bei den Familien kommt dabei offensichtlich nichts an.

B

Die Entscheidung für Kinder ist in der gegenwärtigen Lage für viele zugleich die Entscheidung, auf eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verzichten. Die Versorgung und Erziehung von Kindern ist ein kostspieliges Unterfangen, auf das steuerpolitisch völlig unzulänglich Rücksicht genommen wird. Das, meine Damen und Herren, hat auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt.

Die Folge ist, daß sich Familien vieles von dem, was für andere selbstverständlich ist, nicht leisten können. Sie werden materiell ausgebremst. Die aus der materiellen Benachteiligung der Familie resultierende gesellschaftliche Benachteiligung erhöht zugleich die Anforderungen, die heute an Eltern gestellt werden. Auf der anderen Seite aber werden gerade die sozialen Netzwerke aus Nachbarschaft, Verwandtschaft und Freundschaft, die früher die Familien bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt haben, immer löchriger. Für das, was die Gesellschaft, das soziale Umfeld der Familien nicht mehr leistet, muß immer häufiger der Staat einspringen. Eltern sind zunehmend darauf angewiesen, staatliche Entlastungs- und Unterstützungsfunktionen in Anspruch zu nehmen, um ihre Erziehungsaufgabe bewältigen zu können. Erst recht, wenn Kindererziehung und Erwerbstätigkeit aufeinander abzustimmen sind.

Privathaushalte mit Kindern, meine Damen und Herren, stellen heute eine Minderheit dar. Seit 1990 ist anhaltend

zunehmend knapp jeder vierte Haushalt ein Haushalt mit Kindern. Das macht sich bei der Wohnungssuche ebenso bemerkbar wie bei der Berücksichtigung familienbeziehungsweise kinderrelevanter Bedürfnisse, beispielsweise bei der Gestaltung öffentlicher Flächen. Allzu oft ziehen die Familien in Konkurrenz zu anderen Lebensformen den kürzeren. Diese Tendenz führt zu einer nachhaltigen Schwächung der Familien. Hier liegt auch die zentrale Ursache für die insbesondere in den Schulen beobachtete nachlassende Erziehungsleistung der Familien.

C

Es wird häufig von einer Pluralisierung der Familienform geredet, vom Wandel der Familie. Die Statistiken weisen demgegenüber sehr viel stärker auf einen Wandel der gesellschaftlichen Einstellung zur Familie hin. Zwar ist der Anteil der Kinder, die mit beiden Eltern aufwachsen, in den zurückliegenden Jahrzehnten kontinuierlich gesunken, und entsprechend ist der Anteil der Kinder, die bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen, kontinuierlich gestiegen. Doch sind es immer noch deutlich über Dreiviertel aller Kinder, die mit beiden Eltern aufwachsen. Etwa jedes fünfte Kind wächst mit einem Elternteil auf, wobei in dieser Zahl auch diejenigen enthalten sind, die in nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit beiden Elternteilen zusammenleben.

Der Anteil der Einelternfamilien, der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern und der Stieffamilien hat also bei weitem nicht das Ausmaß, das es rechtfertigte, die klassische Familie zu einem Auslaufmodell zu erklären. Knapp zwei Drittel der Kinder wachsen mit Geschwistern auf. 37 Prozent waren im Jahr 1995 Einzelkinder. Jedes fünfte Kind hat zwei und mehr Geschwister. Im Vergleich zu 1961 hat der Anteil der Einzelkinder sogar leicht abgenommen, während der Anteil der Familien mit zwei Kindern mit 45 Prozent deutlich über dem Anteil im Jahre 1961 liegt.

D

Die Zahl der von Scheidung betroffenen Kinder wächst zwar seit einigen Jahren wieder, doch liegt sie deutlich unter dem Niveau der siebziger Jahre. Der markanteste Wandel der Familie besteht demgegenüber in der Rolle der Frau und dem Wandel der Frauen- und Mutterrolle. So war 1995 rund die Hälfte aller Mütter mit Kindern unter 18 Jahren erwerbstätig. Der hohe Anteil darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Müttern alles andere als leichtgemacht wird, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Daß nach wie vor eher das Gegenteil zutrifft, belegen unter anderem folgende Zahlen: Erziehungsurlaub wird fast ausschließlich von Frauen wahrgenommen. Der Anteil der Väter liegt unter 2 Prozent.

Frau Dr. Stapelfeldt wies bereits darauf hin: Weitaus mehr Frauen als Männer gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Väter in Familien mit zwei und mehr Kindern beteiligen sich nicht einmal mit der Hälfte der von Müttern aufgebrauchten Zeit an der Kinderbetreuung. Noch schlechter steht es mit ihrer Beteiligung an der Hausarbeit. Hier ist nicht mal mehr ein Drittel der von Müttern aufgebrauchten Zeit.

Diese einseitige Belastung der Mütter schlägt sich auch in der Erziehungsberatungsstatistik nieder. So ging 1995 nur in knapp 8 Prozent der Fälle die Initiative von Vätern aus. Dagegen waren es in über 61 Prozent der Fälle die Mütter, die sich an die Beratungsstelle wandten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist also immer noch in erster Linie Aufgabe der Mütter.

(Senatorin Rosemarie Raab)

- A Es ist also festzuhalten, daß nicht der Wandel der Familie, sondern ein Wandel der gesellschaftlichen Einstellung zur Familie die gegenwärtige Lage prägt. Die zunehmenden Belastungen der Familien sind Folge fehlender gesellschaftlicher Unterstützung und einer materiellen Schlechterstellung. Die wichtige Aufgabe der Unterstützung und Entlastung der Familien wird in einem immer größeren Ausmaß an den Staat abgetreten.

Vor diesem Hintergrund ist der gigantische Ausbau zu sehen, den die Freie und Hansestadt Hamburg in den zurückliegenden Jahren, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe, zugunsten der Familien geleistet hat. Der Senat hat in seiner Antwort auf die Große Anfrage ausführlich dargelegt, wie dicht das Netzwerk familienentlastender und unterstützender Einrichtungen und Maßnahmen mittlerweile geknüpft ist: Seien es Elternschulen, Familienbildungsstätten, Kinder- und Jugendhilfezentren oder die zahlreichen weiteren Einrichtungen in freier Trägerschaft, vom Frauenberatungszentrum bis zum Kinderschutzzentrum, seien es die Erziehungsberatungsstellen oder auch die vielfältigen Einrichtungen und Angebote im Bereich der Kindertagesbetreuung.

Doch nicht nur im Bereich der familienentlastenden und unterstützenden Maßnahmen ist der Staat gefragt. Auch hinsichtlich einer familienfreundlichen Gestaltung der Arbeits- und Berufswelt sowie des öffentlichen Lebens hat der Staat eine Vorreiterrolle übernommen. Dazu gehören beispielsweise die Maßnahmen zur Verzahnung von Familien- und Berufsphase durch eine Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitsorganisationen und Arbeitszeitstrukturen. Die getroffenen Maßnahmen machen erst mit den Erfahrungen, die im Rahmen der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes gewonnen wurden. Dazu gehört auch die Erprobung neuer Dienstzeitmodelle, so die Erprobung eines Gleitzeitmodells mit erweitertem Gleitraumen, verringerte Kernzeiten und flexible Ausgleichsmöglichkeiten.

B

Neue Chancen eröffnet vor allem auch die Telearbeit, wie erste Modellprojekte zeigen. Schließlich läßt das Projekt „Zeiten der Stadt“ erkennen, welche Chancen in einer Flexibilisierung der zeitlichen Strukturen in den verschiedensten Lebensbereichen gerade auch für Familien liegen, um den vielfältigen Formen der Benachteiligung entgegenzuwirken und eine gleichberechtigte Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen.

Auch hier gilt, der Staat, der Senat kann die notwendigen Entwicklungen zur familienfreundlichen Stadt anstoßen und fördern. Die Zukunft der Familie aber wird entscheidend davon abhängen, in welchem Maße es gelingt, der Armutsentwicklung Einhalt zu gebieten. Das aber setzt eine steuerliche Familienentlastung voraus, die ihren Namen auch verdient.

Meine Damen und Herren! Was wir brauchen, ist eine Wende in der Einstellung zur Familie in unserer Gesellschaft, ist eine Wende in der Berücksichtigung von Frauen- und Familieninteressen in der Privatwirtschaft, und was wir vor allem brauchen, ist eine Wende in der Steuerpolitik.

(Beifall bei *Thomas Böwer SPD — Karl-Heinz Ehlers CDU*: Das habe ich schon mal gehört!)

Dies aber wird — da kann ich der CDU-Fraktion das Wort Bonn nicht ersparen — nur mit einer Wende in Bonn gehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Dr. Hilgers.

C

Dr. Andrea Hilgers SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Pawlowski, die Antwort auf die Große Anfrage der SPD dokumentiert in eindringlicher Weise — das ist hier auch dargestellt worden — die vielfältigen Anstrengungen, die in Hamburg in diesem zentralen Politikbereich unternommen werden. Ihr Beitrag, Frau Pawlowski, hat in unseren Reihen Zorn erregt. Was Sie zum Punkt Kinderbetreuung und Kindergeld ausgeführt haben, kann man, gelinde gesagt, nur als Geschichtsklitterung auffassen.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Das kann die CDU nun wirklich nicht für sich in Anspruch nehmen.

Auch Ihre Ausführungen, daß Sozialhilfe Armut bewältigt und auf der anderen Seite zu hohe Bäderpreise die Ursache dafür seien, daß bestimmte sozial benachteiligte Schichten nicht ins Schwimmbad gehen können, scheinen mir etwas rätselhaft in ihrer Sinnhaftigkeit, vor allen Dingen, wenn ich das mit den immer wieder angekündigten und zum Teil auch durchgeführten CDU-Forderungen nach Kürzungen im Sozialhilfebereich vergleiche. Was Sie dazu ausgeführt haben, ist sowohl unlogisch als auch auf dem Rücken derjenigen ausgetragen, die Sozialhilfe beziehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Frau Pawlowski, daß Sie auch mit einem Handstreich sämtliche Dinge abqualifizieren, die schon von Frau Dr. Stapelfeldt und Frau Senatorin Raab an modellhaften Projekten ausgeführt worden sind, Projekten, die bundesweit richtungweisend sind, die in Hamburg zur Zeit ausprobiert werden zu neuen Arbeitszeitregelungen, zur Anpassung von Dienstleistungszeiten an Kinderbetreuungszeiten, ist dem Thema nicht angemessen.

D

Ich möchte auf eines hinweisen. Ich denke, auch wenn Sie es nicht gerne hören, dieser Satz, der auch in der Präambel steht:

„Defizite auf Bundesebene im Bereich der Familienpolitik müssen im wesentlichen von den Ländern und Kommunen kompensiert werden“,

hat seine Berechtigung. Frau Pawlowski, der Bereich ist austauschbar. Der Satz bleibt dennoch gültig. Insofern werden Sie das auch noch öfter hören.

(Beifall bei der SPD)

Daß Kompetenz und Parteinahme für die Belange der Familie in dieser Republik eindeutig zuzuordnen sind, hat sich mittlerweile auch herumgesprochen. — Besten Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer möchte, wie vorhin vorgetragen, in die beiden Ausschüsse überweisen? — Gegenprobe. — Das war einstimmig.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 17. Das ist eine Senatsmitteilung zum koordinierten Handlungskonzept am Hauptbahnhof.

(Präsidentin Ute Pape)

A **[Senatsmitteilung:
Koordiniertes Handlungskonzept am Hauptbahnhof
— Drucksache 16/769 —]**

Diese Vorlage möchte die SPD-Fraktion mehreren Ausschüssen überweisen, und zwar zur federführenden Beratung an den Stadtentwicklungsausschuß sowie mitberatend an den Sozialausschuß, den Innenausschuß und den Gesundheitsausschuß.

Wer wünscht das Wort? — Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidenten, meine Damen und Herren! Die Drucksache 16/769, das koordinierte Handlungskonzept am Hauptbahnhof, hat mit viel Getöse, mit schmerzhaften Geburtswehen das Licht zumindest des hamburgischen Teils der Welt erblickt.

Große Teile der GAL-Fraktion haben sich einen inhaltlichen Streit mit ihrem Stadtentwicklungssenator geleistet. Das ist für die politische Landschaft hier bei uns, für die Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Senator etwas ungewöhnlich oder, um es andersherum zu formulieren, eindeutig unüblich. Für uns als Grüne ist es weniger unüblich und durchaus immer wichtig.

(Beifall bei der GAL)

Ehe wir uns eine Politik des ausschließlichen Verwaltens angewöhnen, leisten wir uns lieber den öffentlichen Streit. Man sagt pseudowissenschaftlich, Gewitter reinigen die Luft; in diesem Fall haben sie zumindest zu einer inhaltlichen Überarbeitung der besagten Drucksache geführt.

Um es einmal ohne Metapher richtig ernsthaft zu formulieren: Die GAL hat natürlich bitter dafür bezahlen müssen, daß wir in ein sehr enges Konzept der Drogenpolitik gezwängt sind und uns in einer durch einen grünen Senator koordinierten Drucksache mit sehr wenig grünen Elementen wiederfinden.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

Die persönliche Konsequenz von Anna Bruns, ihr Mandat zurückzugeben, ist uns viel mehr als ein Fingerzeig, daß die Umsetzung grüner Elemente sozialer Stadtteilentwicklung der Drogen- und Sozialpolitik ein steiniger Weg ist. Wir werden ihn aber gehen und sehen diese Auseinandersetzung, die es um die Drucksache gab, darum schon gar nicht als eine Probe der Regierungsfähigkeit der GAL, wie es in einigen Zeitungen zu lesen war.

Was ist denn der Maßstab von Regierungsfähigkeit? Ist es die Vorgabe der Innenbehörde, deren repressives Konzept nicht weitergeholfen hat? Ich zitiere aus der Drucksache:

„Trotz dieser Maßnahmen des polizeilichen Handlungskonzeptes konnte die Drogenszene in St. Georg weder beseitigt noch unsichtbar gemacht werden.“

Oder zeigt sich Regierungsfähigkeit möglicherweise in der Zustimmung zu einer weiteren Privatisierung öffentlicher Räume als Ersatz für eine integrierte Stadtteilentwicklung? Nach unserem Verständnis jedenfalls nicht, eher schon an der Fähigkeit, die bekanntermaßen störrischen Behörden zu einem übergreifenden Konzept zu bewegen, sie unter Koordinierung der STEB zu einer gemeinsamen Drucksache zu bewegen, die den ersten Schritt zur Entwicklung eines gemeinsamen Konzepts darstellt; und dieser Schritt ist gelungen.

Die Drucksache ist insgesamt als Antwort auf ein umfangreiches Ersuchen der Bürgerschaft aus dem November letzten Jahres nicht zufriedenstellend, und sie erhebt selbst nicht den Anspruch, eine umfassende Information zur integrierten Stadtteilentwicklung zu sein. Neben der Beschreibung der Entwicklung bis zum heutigen Status quo enthält die Drucksache natürlich sehr viele Ansätze, die für eine weiterführende Politik aufgegriffen werden. An erster Stelle steht dabei das vorgesehene Mediationsverfahren, welches so schnell wie möglich beginnen wird.

Der Bedarf und die Notwendigkeit des Ausbaus von niedrigschwelligen Einrichtungen — übrigens nicht nur im Drogenbereich, sondern auch im Bereich von Alkoholabhängigkeit — muß nicht erst noch lange erfaßt werden; wir reden schon lange genug darüber. Der Bedarf ist offensichtlich, und es gilt, die Abstimmung zwischen Behördeninitiativen, Bürgerinnen und Bürgern umgehend zu beginnen mit dem Ziel einer kurzfristigen schnellen Lösung, die nicht nur zur Entspannung in der Szene am Hauptbahnhof führt und ein langfristig tragbares Konzept entwickelt.

(Beifall bei der GAL)

Zu dem — geht man zumindest von der Anzahl der Seiten aus — doch etwas übergewichtigen Teil der Beschreibung der repressiven Maßnahmen muß angemerkt werden, daß zum Beispiel in der Aussage — wieder Zitat —

„Selbst zur Begrenzung von Drogenszenen sind neben polizeilichen Maßnahmen Hilfsangebote an die Süchtigen unverzichtbar.“

und dem Wunsch nach mehr Kommunikation vor Ort und der Förderung von Kooperation deutlich wird, daß andere Ansätze gesucht werden sollen.

Neben der vor allem auch fachlichen Kritik an den Platzverweisen als neuem Sanktionsmittel neben dem Ordnungswidrigkeitenrecht macht die Bilanz, die in der Drucksache ausgeführt wird, klar, daß es nichts genützt hat. Das hat Anna Bruns schon in der letzten Legislaturperiode prophezeit, und nun haben wir es schwarz auf weiß.

(Beifall bei der GAL)

Die Drucksache verdeutlicht im übrigen Handlungsmöglichkeiten der Polizei im Einzelfall. Sie bietet keine Ermächtigungsgrundlage für die systematische Vertreibung von Menschen mit geringer Beschwerdemacht, wie Manfred Mahr immer sagt; ich erlaube mir, den Begriff zu übernehmen. Darüber sind sich Senat und Fraktion einig. Ziel sollte sein — das wird auch deutlich —, die Polizei nicht immer wieder in aussichtslose Aufgaben zu schicken und die Probleme auf sie abzuwälzen. Im übrigen sind das Agieren und der Handlungsrahmen vor allem der privaten Sicherheitsdienste dabei mehr als sorgfältig im Auge zu behalten.

Weiterhin steht in der Drucksache — Zitat —:

„Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Situation geleistet.“

Es ist natürlich richtig, daß die für die unterschiedlichen Zielgruppen zur Verfügung stehenden Sozialarbeiterinnen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Situation leisten. Es wird sich aber im Rahmen der gesamten Konzeptentwicklung des Mediationsverfahrens herausstellen müssen, ob die Zahl wirklich ausreichend ist.

Die Drucksache ist kein großer Aufbruch, sie bietet den Ansatz durch Kooperation und Kommunikation. Hier müs-

C

D

(Antje Möller GAL)

- A sen im übrigen vor allem die Bezirke endlich lernen, miteinander zu reden,

(Beifall bei der GAL)

von Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsprozessen wegzukommen und zu einer integrierten sozialverträglichen Stadtteilentwicklung zu gelangen.

Der Hauptbahnhof ist wie überall in den Großstädten ein Zentrum und damit ein Treffpunkt und vor allem ein Spiegelbild der Gesellschaft in den Großstädten. Damit ist der Wunsch nach einer Visitenkarte, wie er so oft auch in dieser Stadt formuliert wird, vor allem dann, wenn sie blütenweiß sein soll, falsch. Eine bunte Visitenkarte, auch mit angeknabberten Ecken, sind wir gerne bereit mitzudrucken.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich erteile das Wort der Abgeordneten Duden.

Barbara Duden SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe eben in meinem Horoskop gelesen, daß ich heute sehr diplomatisch sein soll; das will ich mit dieser Rede schon einmal tun.

Diese Diskussion ist aufgrund eines bürgerschaftlichen Ersuchens der Fraktion an den Senat entstanden. Der Senat legt heute seine Hausaufgaben, wenn auch mit leichter Verspätung, vor; aber er hat sie immerhin gemacht.

Herausgekommen ist fast zum ersten Mal — ich sage das deshalb so einschränkend, weil ich heute morgen überlegt habe, ob es so etwas schon einmal gegeben hat — ein integrierter Ansatz, das heißt, im Idealfall wird es eine Koordination der Zusammenarbeit verschiedener Fachbehörden im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, im Bereich der Hilfe für Prostituierte, im Bereich der Drogenarbeit und auch im Bereich der städtebaulichen Komponente geben. Diesen integrierten Handlungsansatz begrüßen wir ausdrücklich.

- B Politik hat hier auch die Aufgabe — das hat Frau Möller schon gesagt —, aufzuzeigen, daß die Handlungen, die wir im Bereich St. Georg und östlich des Hauptbahnhofs fordern, von uns unterstützt werden. Es ist insbesondere für die Arbeit der Polizei, aber auch für die Arbeit der Sozialarbeiter vor Ort wichtig, deutlich zu machen, daß dies ein Ansatz ist, bei dem wir die Leute, die vor Ort arbeiten, auch unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Neue Einrichtungen für St. Georg kann es aufgrund der finanziellen Situation der Stadt nicht geben; auch das muß man deutlich machen. Aber man muß auch darauf hinweisen, daß St. Georg als ein Pilotprojekt des Armutsbekämpfungsprogramms in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Maßnahmen in vielen Bereichen erhalten hat und man jetzt auch darangehen muß, diese Maßnahmen miteinander zu vernetzen, wenn es nicht schon passiert ist, und man sehen muß, daß vorhandene Ressourcen vor Ort besser und zusammen genutzt werden.

Was die jeweiligen Handlungsvorschläge betrifft, so werden wir sie in einigen betroffenen Fachausschüssen beraten. Doch jetzt möchte ich noch auf drei Punkte eingehen, bevor Frau Brinkmann etwas zum Bereich der Drogenarbeit in St. Georg sagen wird. Diese drei Punkte sind ein

bißchen kritisch, und das sollte man in aller Diplomatie hier noch einmal deutlich machen. C

Der erste Punkt, der von uns kritisch gesehen wird, ist die Schließung des Tunnels am Hauptbahnhof. Es ist für Leute, die sich mit diesem Problem nicht beschäftigt haben, eine Art von Schildbürgerstreich. Wenn man diesen Tunnel schließen muß — die Situation am Hauptbahnhof macht es erforderlich —, so muß das so billig wie möglich passieren.

(Beifall bei *Werner Dobritz SPD*)

Es darf nicht dazu kommen, daß man sechsstellige Zahlen in einem defizitären Haushalt erzeugt und eine Situation nur verschlimmbessert. Da muß die billigste Lösung natürlich auch die beste sein.

Die von uns gewünschte Bewohnerbeteiligung und auch die Rolle des Stadtteilmanagements für St. Georg, die einst ein Eckpfeiler grüner Politik war, kommt in dieser Drucksache viel zu kurz. Darüber muß die STEB noch einmal nachdenken und sollte dies auch möglichst bald tun. Sie muß auch über die Idee nachdenken, im Stadtteil einen eigenen Fonds oder auch Stadtteilbudgets einzurichten. Als ich in Diskussionen vor Ort war, hatte ich den Eindruck, daß das nicht nur in St. Georg, sondern auch in vielen anderen Bereichen dieser Stadt eine Forderung ist, die immer wieder an uns gestellt wird, und da ist der Hinweis auf noch folgendes Senatshandeln in dieser Drucksache ein bißchen mager. Auch das war zumindest in der vergangenen Legislaturperiode eine Eckidee grüner Politik in diesem Stadtteil; da muß noch ein bißchen nachgebessert werden. Da hilft es auch nicht, darauf zu verweisen, daß es irgendwann noch einmal kommt. Es war ein Teil des bürgerschaftlichen Ersuchens und hätte in dieser Drucksache mit beantwortet werden können; das sollte die Stadtentwicklungsbehörde nicht vergessen. Dies sind zwei wichtige Punkte, die für den Erfolg der Arbeit in St. Georg unabdingbar notwendig sind. — Danke. D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich rufe den Abgeordneten Dr. Schulz auf.

Dr. Stefan Schulz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Drucksache ist auf den ersten Blick gar nicht so schlecht, und wenn wir das Jahr 1993 oder 1994 hätten, würde sie sogar ein bißchen nach vorne blicken. Für 1998 finde ich es ein bißchen zu wenig. Es ist mehr eine Zustandsbeschreibung als ein auf die Zukunft gerichtetes Handlungskonzept. Einige Punkte sind von Frau Duden angesprochen worden, denen ich zustimme.

Lassen Sie mich zu den einzelnen Elementen einiges ausführen. Dem Polizeieinsatz, der sehr ausführlich geschildert wird, steht die CDU rückhaltlos positiv gegenüber, was natürlich nicht die kritische Beurteilung von Einzelmaßnahmen ausschließt.

Frau Möller, zumindest Ihre Rede war bei mir mit großen Erwartungen verknüpft.

(*Antje Möller GAL:* Das ist nie gut!)

— Das ist bei Ihnen nie gut, na gut, aber man darf ja hoffen. In der Presse stand immer eine ganze Menge, aber für mich war das Resultat mehr oder weniger gleich Null.

(*Heike Sudmann GAL:* Das haben Sie mal wieder nicht verstanden!)

(Dr. Stefan Schulz CDU)

- A Ich habe versucht, das geistig nachzuvollziehen, das waren mehr oder weniger Sprüche.

Zum Polizeieinsatz heißt es, wir möchten die Polizei nicht in aussichtslose Aufgaben schicken und behalten die privaten Sicherheitsdienste im Auge. Beides kann grundsätzlich jeder unterstützen, nur was heißt das eigentlich konkret?

(Heike Sudmann GAL: Habe ich vorher gesagt! — Manfred Mahr GAL: Sie müssen das auch mal durchlesen!)

— Ich habe versucht, das mitzuschreiben. Sie haben gesagt, wieviel Seiten über den repressiven Einsatz in der Drucksache geschrieben sind. Dann müssen Sie schon — das ist auch für die Öffentlichkeit ganz interessant — die Befindlichkeit der Fraktion und des Senators ausführlich schildern. Sie regieren hier, und Sie müssen auch nach außen etwas für den Bürger tun und einmal sagen, was die GAL will.

(Beifall bei der CDU)

Da reichen die semantisch schönen Formulierungen nicht aus, wo jeder einmal ja sagt, die aber jeden Bezug zur konkreten Drucksache vermissen lassen. Und wenn Sie sagen, wir wollen die Polizei nicht in eine aussichtslose Lage schicken, dann sagen Sie doch, was Sie meinen. Wollen Sie den Einsatz vor Ort stoppen, halten Sie den Einsatz gegen die Dealer für aussichtslos, dann sagen Sie das oder schweigen Sie. Aber immer nur Sprüche wie „wir bedienen jede Klientel“, „wir sind auf der einen Seite kritisch, konkret sagen wir aber nichts“ bringen es auch nicht.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der GAL)

- B Die Position der CDU zum Einsatz der Polizei gegen Dealer ist bekannt. Ich darf Ihnen versichern, daß wir in Zukunft weiterhin sehr intolerant sein werden, indem wir den Einsatz gegen die Dealer unbedingt fordern.

(Beifall bei der CDU)

Der nächste Punkt ist, daß man natürlich die in der Drucksache geschilderte soziale Situation sehen muß. Der Senat teilt mit, daß der Einsatz weiterer Sozialarbeiter bei der Betreuung der Drogensüchtigen angesichts der leeren Kassen nicht erfolgen könne; Frau Duden hat das auch dargestellt. Dem wird man wohl folgen müssen.

(Antje Möller GAL: Dazu habe ich auch etwas gesagt! — Wolfgang Baar SPD: Es darf nur richtig sein, was er meint, daß es richtig ist!)

Dem stimmen wir sicherlich zu. Die CDU hat schon in einem Antrag vor einem halben Jahr Positionen dargestellt, über die man zumindest einmal hätte reden können, wie zum Beispiel das Angebot der Bundesbahn zur Übernahme einiger Grundstücke und die Forderung der CDU, die Institutionen im Stadtteil aufrechtzuerhalten; dazu wurde nichts gesagt.

Was mich unter der Rubrik Stadtteilentwicklung etwas stört, ist das Kleinteilige. Wir besprechen jetzt die Drucksache Hauptbahnhof/St. Georg, und auf der anderen Seite fehlen mitten im Stadtteil im Haus der Jugend St. Georg die Stellen. Man hat den Eindruck, es wird ein Loch gestopft, aber die Mittel werden aus der anderen Tasche genommen. Wir können lang- oder mittelfristig den Stadtteil nicht am Leben erhalten, wenn man am Hauptbahnhof etwas macht und drei Meter dahinter dem Haus der Jugend

die Stellen streicht. Das Kindertagesheim hat eine halbe Stelle verloren, und die Schule, die einen hohen Ausländeranteil hat, hat ein erhebliches Defizit an Lehrerstellen.

(Heike Sudmann GAL: Sollen die Mittel etwa aus dem Polizeibereich kommen?)

Das ist die Aufgabe des Stadtentwicklungssenators. Wollen Sie Kleinklein, oder soll man sich wirklich ernsthaft um die Stadtteile kümmern? Das bedeutet aber, daß man St. Georg als Ganzes sehen muß.

Wir werden die Drucksache im einzelnen — auch mit den Anregungen von Frau Duden und den Anregungen der CDU — im Stadtentwicklungsausschuß in aller Ruhe erörtern. Ich denke, wir haben ein gemeinsames Interesse daran, eine optimale Lösung zu finden. Politisch erscheint mir die Drucksache nicht als der große Wurf, sondern als Ergebnis eines Koalition-Kleinkleins jede Behörde gegen jede,

(Beifall bei Elke Thomas und Ralf Niedmers, beide CDU)

SPD gegen GAL, der eine Flügel der GAL gegen den anderen und der Senator mittendrin. Das sieht man an der Drucksache, wo semantisch noch einmal etwas geändert wurde. Nun hat man mit Gottes Hilfe gewissermaßen das Werk erstellt; das reicht aber nicht aus. Wir wollen als CDU eine Stadtentwicklungspolitik, die sich um die Stadtteile kümmert. Und man braucht keine große Intelligenz, um zu erkennen, daß wir St. Georg nicht helfen können, wenn wir im Haus der Jugend die Stellen streichen.

Das ist der Punkt, wie insgesamt Stadtteilentwicklungspolitik gemacht wird. Hier muß der Schwerpunkt — das ist meistens billiger — auf Prophylaxe gelegt werden. In den Zeitungen konnten wir lesen, daß in Dulsberg das Defizit des Freibads bei läppischen 600 000 DM liegt, wenn wir es einmal mit dem gesamten Haushalt der Wasserwerke vergleichen. Wir haben alle Informationen, daß Dulsberg der nächste Stadtteil ist, dem es schlechtgeht. Und wenn wir jetzt unter der Rubrik Schwimmbäder den einzigen Ort der Freizeitkultur dichtmachen, dann erwarte ich vom Senator, daß er sagt, hier nicht, wir müssen den Stadtteil ganzheitlich sehen, und dann muß vielleicht woanders bei den Schwimmbädern gestrichen werden.

Die Stadt braucht prophylaktische Stadtteilentwicklungsarbeit, und wir können nicht immer Jahre später, wenn die Probleme da sind, sagen, nun haben wir da etwas und nun ist es gut, sondern wir müssen den Blick auf die Stadtteile richten, denen es schlechtgeht; das sind neben St. Georg noch andere. Man kann mit der CDU auch darüber reden, Mittel von Stadtteilen, denen es besser geht, umzuschichten.

(Antje Möller GAL: Das ist jetzt aber ein Rundumschlag!)

Wir erwarten, daß in Zukunft auch prophylaktisch gehandelt wird, damit solche Probleme nicht entstehen.

(Beifall bei der CDU)

Die Drucksache St. Georg werden wir im Ausschuß konstruktiv kritisch begleiten. — Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Dr. Maier.

A **Senator Dr. Willfried Maier:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Schulz, Frau Duden, eines muß ich vorweg sagen. Wir haben mit dieser Drucksache ein Ersuchen beantwortet, das die Bürgerschaft an uns gestellt hat. Dieses Ersuchen lautete, die Situation am Hauptbahnhof durch ein koordiniertes Handlungskonzept zu verbessern,

(Petra Brinkmann SPD: So ist es!)

das alle betroffenen Politikbereiche einbezieht. In Ihrem Ersuchen war nicht verlangt, eine Drucksache zur sozialen Stadtentwicklung im Hinblick auf Hamburg zu machen. Wenn Sie das Thema, Herr Schulz, an anderer Stelle gerne wieder aufgreifen wollen, kommen wir mit der nächsten Drucksache dazu.

(Beifall bei der GAL)

Zunächst aber zu diesem Thema. 10 000 Menschen sind schätzungsweise in Hamburg von illegalen Drogen abhängig. Von diesen 10 000 Menschen dürfte der größere, der wohlhabendere Teil seinen Konsum in Privaträumen vollziehen und nicht auffällig sein; der wird hier auch nicht thematisiert. Hier wird der Teil von Drogenabhängigen thematisiert, der im öffentlichen Raum konsumiert. Und diesen Teil von Drogenabhängigen verbinden meistens zwei Eigenschaften, nämlich drogenabhängig und arm zu sein, wobei die Armut häufig Konsequenz der Drogenabhängigkeit ist, aber mindestens genauso häufig ein Ausgangspunkt, von dem her man in Drogen gerät. Wir haben es mit einem Teil der Hamburger Armutsbevölkerung zu tun, der drogenabhängig geworden ist und naturgemäß den Ort aufsucht, wo er Drogen bekommen kann. Die Dealer konzentrieren sich am Hauptbahnhof, weil dort ein großer Verkehrsknotenpunkt ist und eine anonyme Situation herrscht.

B

Wenn sich die Situation dahin gehend entwickelt, daß diese Drogenabhängigen, die zugleich arm sind, dort eine Szene bilden und den öffentlichen Raum sozusagen als ihr Wohnzimmer, als ihren Szenepark benutzen, dann ergibt sich natürlich eine Konfliktlage, die für die Stadt schwierig wird, weil gleichzeitig der Hauptbahnhof von seiner Funktion her jeden Tag 200 000 Passanten verkraften muß, weil er ein Stück weit das Erscheinungsbild der Stadt prägt und auch vom übrigen Teil der Hamburger Öffentlichkeit als ein Teil ihres öffentlichen Raumes genommen wird. Insofern ist das Aufeinandertreffen dieses armen und abhängigen Teils der Bevölkerung, der sich dort aufhält, und des Restes der Bevölkerung immer hochdramatisierbar und steht für beliebige Law-and-order-Kampagnen gerne zur Verfügung.

Dieses Thema taucht besonders gerne in Wahlkämpfen auf als besonders plastisches Beispiel, das jedem Hamburger Bürger und jeder Hamburger Bürgerin vor Augen steht, wird der Hauptbahnhof genommen. Deshalb haben wir uns in den Koalitionsvereinbarungen darauf verständigt, die Situation am Hauptbahnhof zu verbessern, und zwar um dieses dramatisierbare Aufeinanderklatschen zu verändern, weil dies den größeren Teil der Bevölkerung in die Aggression treibt und den kleineren Teil, der dort armutabhängig sitzt, nicht in die Aggression, sondern in die Rolle des Opfers von Aggressionen treibt. Diese Entwicklung kann man nicht laufen lassen, sondern muß sie entzerren.

Jetzt fragt man sich also, wie man das überhaupt hinkriegen kann. Wir haben in der Drucksache gesagt, daß die Stadt verschiedene Angebote zur Verfügung stellt. Die

Stadt hat das Drob Inn vergrößert und an eine andere Stelle gebracht. Sie beschäftigt am Hauptbahnhof 17 Sozialarbeiter und hat vom Lokus bis zur Zaunerstellung die Situation verändert. Sie läßt verstärkte Polizeistreifen laufen — bis zu 110 Beamte —, die insgesamt die wahnsinnige Zahl von 80 000 Platzverweisen in einem Jahr ausgesprochen haben. Obwohl all dieser Einsatz passiert, ist die Situation nicht wirklich bereinigt. Sie ist ein bißchen entspannter geworden, vielleicht aber auch nur, weil der Wahlkampf vorbei ist. Ich glaube, sie ist auch objektiv etwas entspannter. Aber gleichzeitig passierte, was wir immer befürchtet hatten und was auch in der Drucksache steht, daß massierte polizeiliche Maßnahmen am Hauptbahnhof zu Beeinträchtigungen in anderen Stadtteilen führen und umgekehrt, wenn sie nicht durch konkrete und passende Hilfsangebote begleitet werden.

C

Das ist passiert, wie jeder von uns weiß. Die Szene ist am Hauptbahnhof nicht mehr so stark, wie sie es vor zwei, drei Jahren noch war. Aber der Schanzenpark ist ins Gerede gekommen, die Rote Flora, Stadthausbrücke, Bahnhof Altona sind ins Gerede gekommen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Fahren Sie mal S-Bahn von meinem Dienst bis hierher!)

— Meinetwegen auch die S-Bahn von Ihrem Dienst hierher. — Das heißt, das einfache Draufhauen oder das In-Bewegung-Halten der Szene bringt offenbar nicht die Lösung unseres Problems,

(Beifall bei der GAL)

sondern führt dazu, daß Herr Salchow sich in seiner S-Bahn aufregt; das kann ja nicht Sinn der Angelegenheit sein. Also stehen wir offenkundig vor einem Problem, das wir als Stadt in der gegebenen Gesetzeslage nur extrem schwer lösen können. Die Stadt versucht, die Situation dadurch zu verbessern, daß sie die Drogenszene dezentralisiert, nicht bündelt, aber lenkt, indem sie in bestimmten Stadtvierteln Konsumräume oder — profaner gesprochen — Fixerräume anbietet. Es ist eine völlig offene Wette, ob das gelingt, denn die Wahrscheinlichkeit ist eher, daß der Drogenabhängige nicht dahin geht, wo er den Gesundheitsraum findet, sondern wo er den Stoff bekommt; das ist sein oder ihr Primärbedürfnis.

D

Insofern ist der Versuch schwierig, zu dezentralisieren und das über Gesundheitsräume hinzubekommen. Soweit ich das aus der Schweiz beurteilen kann, ist dort der Versuch ein bißchen anders, ein Weg, den wir hier nicht hinkriegen, nämlich zu sagen, man muß an der Dezentralisierung der Dealerszene ansetzen. Wenn es denn so ist, daß die Junkies hinter den Dealern herlaufen und man diesen Umstand nicht aus der Welt schaffen kann, muß man überlegen, ob man Räume verminderter Aufmerksamkeit schafft und die Szene dahin vertreibt, wenn die Stadt die Verträglichkeit an prominenten Stellen nicht aushält.

Nur haben wir da das Problem, daß unsere Gesetzeslage das nicht zuläßt. Ein so weitgehendes Opportunitätsprinzip ist in unserem Polizeirecht nicht drin. Man kann einen so großen Apparat wie die Polizei nicht mit Augenzwinkern leiten. Also verhalten wir uns gesetzestreu, aber wir machen da einen Fehler. Die Polizei wird in eine aussichtslose Aufgabe geschickt, und ich glaube noch nicht einmal, daß zusätzliche Fixerräume das lösen können. Sie können vielleicht die Situation etwas verbessern, aber eine Entzernung der Nutzung im öffentlichen Raum erreicht man darüber nicht.

(Senator Dr. Willfried Maier)

A Trotzdem können wir nicht einfach sagen, weil es so schwierig ist, lassen wir alles laufen. Darum muß die Situation politisch so geregelt werden, daß wir an Orten, an denen sich eine Szene bildet, die eine öffentliche Wut auf sich zieht und die zugleich dazu führt, daß sie so konzentriert wird, daß sie zur Lebensgefährdung der an der Szene Beteiligten führt, zur Zerstreuung dieser Szene beitragen; die Szene zerstreuen kann naturgemäß nur die Polizei.

Wir müssen schnell und gut erreichbare Punkte schaffen, wo die Leute eine Chance haben hinzugehen. Meiner persönlichen Meinung nach ist wahrscheinlich nicht zu erwarten, daß sie sich, nachdem sie den Stoff bekommen haben, in die S-Bahn setzen und nach Altona oder sonstwohin fahren, sondern es ist plausibler, daß die Leute dann das Angebot am Hauptbahnhof suchen. Es ist aber durchaus eine offene Wette, ob ich eher recht habe, ob der Dezentralisierungsversuch hinkommt oder nicht. Das muß getestet werden, und das wollen wir auch testen und beobachten. Wir wollen in einem Mediationsverfahren sowohl die Frage des Bedarfs als auch die des richtigen Umgangs damit klären.

Ich finde es völlig unangemessen, diese extrem schwierige Frage zu moralisieren oder zu funktionalisieren in dem Sinne, daß man sich auf das Polizeipferd setzt und sagt, hineinreiten und dann ist das Problem aus der Welt, wo wir doch alle wissen, daß das Problem nirgendwo aus der Welt ist. In allen großen Städten gibt es eine wachsende Zahl von Drogenabhängigen und Süchtigen, und wir wissen nicht, wie wir diesen Prozeß stoppen können. Bisher weiß keine Großstadt auf der Welt, wie dieser Prozeß wachsender Drogenabhängigkeit wirklich gestoppt werden kann, aber wir müssen einen Modus vivendi zwischen diesen

B Widersprüchen und Unverträglichkeiten finden.

Und da kommt — da renne ich bei Ihnen ja offene Tore ein — die Bundesregierung ins Spiel. Sie von der CDU sind zum Teil als Partei in Hamburg auch anderer Meinung, denn Sie sind in Hamburg zumindest Großstadtverband einer Partei und nicht Königtum der Provinzfürsten.

(Antje Möller GAL: Ist das ein Lob?)

Wir müssen eine andere Drogenpolitik machen, und da geht es mir auch darum, Sie für eine solche Öffnung zu gewinnen. Wir müssen es in dieser Stadt hinkriegen, daß Abhängige und Schwerstabhängige, die in ihrem Leben gefährdet sind, und der Rest der Stadt ein Leben verträglich nebeneinander führen können. Das bekommen wir nicht hin, indem wir nur die Polizei ansetzen — darüber ruinieren wir die Polizei —, sondern wir müssen erst Hilfsangebote schaffen und dann weiter überlegen, ob wir nicht durchgreifendere Mittel brauchen, um die Entzerrung der Orte dadurch zu lenken, daß wir die Dealerei lenken.

Um einmal etwas Schmutteliges zu sagen: In Zeiten, als die Prostitution verboten war — solche Zeiten gab es in Deutschland —, hat die Polizei sich immer so verhalten, daß sie sie in bestimmten Zonen eher geduldet hat als in anderen. Wieso das möglich war, in bezug auf Drogenabhängige aber nicht möglich ist, kann ich Ihnen ganz leicht erklären. Prostitution war eine Sache, an der ein bedeutender Anteil der Männer der Gesellschaft ein lebhaftes Interesse hatte.

(Beifall bei der GAL)

Die Junkies, der abgeschriebene Rest, stören das Bild, und darum darf dieses Problem nicht gelöst und nicht mit

polizeilicher Opportunität gearbeitet werden; das wäre aber gerade hier nötig. — Danke. C

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat Herr Zamory.

Peter Zamory GAL: Herr Schulz, aus drogenpolitischer Sicht haben Sie einen fulminanten Rückfall gebaut, wenn man ernst nimmt, was bisher drogenpolitisch an neuen Vorstellungen von Ihrem Fraktionsvorsitzenden und anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion geäußert wurde. Sie haben insofern Beikonsum gehabt, indem Sie wieder an den alten ordnungspolitischen Vorstellungen genascht und diese in den Vordergrund gestellt haben, als ob das eine Problemlösung wäre. Als substituierender Arzt kann ich nur sagen, daß man eine gewisse Zeit bei jemandem, der neu im Programm ist, Beikonsum toleriert, aber nicht für immer. Deswegen lassen Sie uns lieber in dieser Stadt gemeinsam auf den Vorschlägen „kontrollierte Heroinabgabe“ und „Gesundheitsräume“ weitergehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wenn wir den Hauptbahnhof als Brennglas sehen, wo sich die Probleme der Drogenabhängigen, der süchtigen und der nicht süchtigen Bürger im Umgang miteinander fokussieren — ich kann nur unterstützen, was Herr Maier gesagt hat —, dann muß es eine Gratwanderung zwischen Hilfsangeboten und staatlichen, polizeilichen, regulierenden Maßnahmen geben. Daß wir dazu stehen, haben wir bewiesen, indem wir den Koalitionsvertrag unterschrieben haben, in welchem das definiert ist. Deswegen stehen wir zu dieser Drucksache, die nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann, weil das Suchtproblem nicht aus der Welt zu schaffen ist. Sie ist eine Arbeitsgrundlage und stellt einen Anfang eines Prozesses dar, den wir als GAL-Fraktion kritisch begleiten. D

Es ist schon sinnvoll, auch auf die gesellschaftlichen wie auch auf die juristischen Rahmenbedingungen einzugehen, in denen sich das Hauptbahnhofproblem und das Drogenproblem dieser Stadt darstellt. Dieser Staat verdient — wie andere Staaten auch — am Verkauf und Konsum legaler Drogen wie Alkohol und Nikotin, die — abgesehen vom Suchtpotential — gesundheitlich schädlicher sind als reine Opiate oder Cannabis. Gleichzeitig werden die Konsumenten illegaler harter Drogen in die Kriminalisierung und Verelendung getrieben. In dieser Situation kann es nicht darum gehen, 10 000 Abhängige illegaler Drogen wegzuzaubern oder unsichtbar zu machen, sondern es geht um die soziale Verträglichkeit und um die Nutzung des Hauptbahnhofs für alle Bürger: nicht süchtig und süchtig.

(Beifall bei der GAL)

Das Problem ist damit nicht der oder die Süchtige, es ist sicher auch nicht die Polizei, die regulierend eingreifen muß, wenn Belastungen oder Belästigungen für die nicht süchtigen Bürger zu groß werden. Das Problem sind die internationalen Drogenkartelle, die am Elend der Süchtigen verdienen. Und ihre Hauptlobby ist in der Bundesrepublik nämlich die Bundesregierung, die wider besseres Wissen an veralteten reaktionären BTM-Gesetzen festhält und die niedrigschwellige Substitution und die kontrollierte Heroinabgabe bisher verhindert hat.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

(Peter Zamory GAL)

- A Dies zu ändern, ist eine Stoßrichtung des Senats, die auch in der Drucksache ihren Ausdruck findet. Das unterstützen wir, auch wenn wir dazu sagen müssen, daß selbst diese Maßnahmen das Problem insgesamt letztlich auch nur lindern werden. Trotzdem wäre die Möglichkeit, über die Drogenambulanzen, die dafür allerdings konzeptionell, personell und finanziell ausgestattet werden müssen, kontrolliert Heroin abzugeben, ein riesiger Fortschritt. Eine niedrigschwellige Substitution heißt, daß über die bisher 3300 Substituierten hinaus weitere Drogenabhängige in das Methadon-Programm aufgenommen werden, wenn sie es wollen, und nicht, wenn eine Kommission bei der Kasenärztlichen Vereinigung darüber entscheidet.

Wenn wir die drogenpolitischen Maßnahmen ansehen, die jetzt zu ergreifen sind, dann geht es einmal darum, im Stadtteil über Ragazza einen Gesundheitsraum für Frauen zu schaffen. Es wird jetzt der Versuch unternommen, über dezentrale Gesundheitsräume in St. Pauli, in Ottensen und in Eimsbüttel Entlastung zu schaffen. Ich sage ganz deutlich, daß ich durch die Zuspitzung in St. Georg und im Schanzenviertel meine Zweifel habe, ob diese Gesundheitsräume den Zweck erfüllen werden, die Szene — sei es in der Schanze oder St. Georg — zu entlasten. Trotzdem müssen wir den Versuch machen, und die Träger der Einrichtungen, die bisher eher höherschwellig gearbeitet haben, müssen verpflichtet werden, ein wirklich niedrigschwelliges Angebot vorzuhalten. Es ist die Frage, ob sich die Drogenabhängigen im Stadtteil ihren Druck setzen oder ob sie es zu Hause tun. Ob Drogenabhängige aus St. Georg oder aus dem Schanzenviertel diese dezentralen Druckräume wirklich aufsuchen werden, werden wir kritisch begleiten und evaluieren müssen.

- B (Ole von Beust CDU: Überprüfen!)

Wir begrüßen, daß es möglich gewesen ist, daß mit den Geldern, die bisher für die noch nicht realisierten Gesundheitsräume im ersten halben Jahr nicht abgerufen wurden, eine Stellenaufstockung im FixStern und damit eine Verlängerung der Öffnungszeiten erreicht werden konnte. Nichtsdestotrotz ist es eine Bringepflicht der Bezirke und auch des Senats, endlich — zum Beispiel auch für das Schanzenviertel — die drei beteiligten Bezirke Eimsbüttel, Mitte und Altona zusammenzuholen, um zu diskutieren, wie die Situation im Schanzenviertel entlastet werden kann. Wir begrüßen, daß Senatorin Roth gestern im Gesundheitsausschuß gesagt hat, daß sie dafür einen gemeinsamen Termin mit den Bezirksamtsleitern finden will.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Martin Schäfer SPD)

Wenn es um die Zukunft Hamburger Drogenpolitik geht, müssen wir neue Wege finden, sei es in akupunkturgestütztem ambulanten Entzug oder in der akupunkturgestützten Reduktion von Beikonsum. Wir brauchen eine absolut niedrigschwellige Substitution mit ausreichender psychosozialer Betreuung. Wir brauchen eine interdisziplinäre Suchtforschung, und wir brauchen endlich eine interbehördliche Koordinierung für die drogenpolitischen Brennpunkte in der Stadt, die wirklich diesen Namen verdient. Das heißt, dort müssen sich Innenbehörde, Sozialbehörde, Stadtentwicklungsbehörde, die Staatsanwaltschaft, die Polizei und auch die Träger vor Ort gemeinsam — wie in Frankfurt — regelmäßig treffen, um schnell auf aktuelle Situationen reagieren zu können und um wirklich Probleme vor Ort schnell angehen zu können. Das ist eine Bringeschuld, und wir erwarten, daß die eingelöst wird.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Mathias Petersen SPD) C

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Schulz.

(Ole von Beust CDU: Guter Mann!)

— Ich werde Ihnen gleich sagen, wie gut er ist, hören Sie hin.

Sie haben dargestellt, was Ihnen in der Drucksache nicht ausreicht und was der Senat nicht gesagt hat. Ich kann Ihnen nur darauf entgegenen, daß es nicht ausreicht, eine Drucksache locker zu überfliegen und dann weite allgemeine Ausführungen über irgendwelche sozialen Brennpunkte in dieser Stadt zu machen, die in diesem Moment absolut nichts mit dem Thema zu tun hatten.

(Beifall bei der SPD und der GAL — Hans-Detlef Rook CDU: Die Bemerkungen waren aber stichfest!)

Allerdings kann ich auch Sie, Herr Dr. Maier, nicht ohne weiteres aus dieser Kritik entlassen. Sie haben gesagt, daß die Drucksache im November auf ein Ersuchen der SPD-Fraktion zustande gekommen ist — das ist richtig —, und haben einen Ersuchenspunkt genannt. In Wahrheit sind dort aber sieben Punkte genannt, und es ist ein Gesamtkonzept zu St. Georg abgefragt worden. Sie sind allerdings in Ihrer Drucksache darauf eingegangen und haben gesagt, Sie geben zunächst ein Koordiniertes Handlungskonzept zum Hauptbahnhof. Später wird eine Drucksache folgen, die zum Beispiel Ausführungen zu den Budgetvorschlägen machen wird, die wir in dieser Drucksache zum 31. März angefordert haben. Insofern würde ich das auch nochmals beim Senat anfordern wollen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Sonst entlassen Sie Herrn Maier!)

Die Drucksache ist ein Bericht und eine Auswertung zu bisherigen Maßnahmen, die wir am Hauptbahnhof vorgeschlagen haben, zeigt aber auch noch Lücken auf, die möglichst bald durch konkrete Vorschläge gelöst werden sollten.

Die Situation am Hauptbahnhof — in diesem Punkt bin ich anderer Meinung als Sie, Frau Möller — hat sich, wie Herr Maier gesagt hat, in den letzten Monaten eindeutig verbessert und entspannt. Allerdings ist die Situation nach wie vor labil — das sehen wir ähnlich —, und wir würden davon abraten, dort auch nur irgendeine Hilfsmaßnahme abzuziehen oder zu verringern, denn schon beim Einsetzen der wärmeren Jahreszeit kann es zu der ehemaligen Situation zurückkommen. Das wollen wir alle nicht.

Die Verstärkung durch aufsuchende Sozialarbeiter am Hauptbahnhof mit dem Projekt Laufwerk hat einige Erfolge gebracht. Diese Mitarbeiter kümmern sich allerdings nur um Drogenabhängige illegaler Drogen.

Das Bild am Hauptbahnhof — konkret im Bereich des Fischerturms — zeigt aber auch besonders viele Alkoholabhängige. Der Sozialarbeiter des Park In, der diese Menschen aufsuchend beraten und sich um sie kümmern soll, hat Verstärkung um eine Person bekommen. Die Beratungsstelle ist jedoch nicht erweitert worden. Hier erhebt

(Petra Brinkmann SPD)

A sich für die SPD-Fraktion die Frage, ob die Einrichtung personell verstärkt werden muß oder ob eventuell die Möglichkeit besteht, daß die Sozialarbeiter des Projektes Laufwerk ihre Unterstützung anbieten können. Wir werden die Entwicklung am Hauptbahnhof in dieser Richtung sehr genau beobachten und werden dort unsere weiteren Schlüsse ziehen. Wenn die Situation dort entspannter ist und die Anzahl der Sozialarbeiter noch vorhanden ist, gehen wir aber auch davon aus, daß die Sozialarbeiter, wenn sie zur Kenntnis nehmen, daß sich die Drogenabhängigen in die Wohngebiete zurückgezogen haben, auch diese Nischen werden aufsuchen müssen.

Ein Streitpunkt im Parlament ist nach wie vor die Frage, ob in St. Georg ein weiterer Gesundheitsraum eingerichtet werden sollte. Richtig ist, daß sich die Drogensituation verbessert hat, aber allen hier ist klar, daß es sich eigentlich nur um eine Verlagerung der Szene in die umliegenden Wohngebiete und zum Teil in andere Stadtteile handelt.

Die SPD-Fraktion setzt zunächst auf das Konzept der dezentralen Einrichtung der Gesundheitsräume. Erst wenn diese eingerichtet sind und eine gewisse Zeit gearbeitet haben, kann man sagen, ob das Konzept richtig oder falsch war. Es ist allerdings für uns äußerst bedauerlich, daß heute — sechs Monate nach Verabschiedung des Konzepts — immer noch kein weiterer Gesundheitsraum eröffnet wurde. Wir sehen auch mit großer Sorge die interessengeleitete Diskussion in Eimsbüttel, die dort den Gesundheitsraum verhindern will, und daß es dadurch — das bedauern wir sehr — zu einer zeitlichen Verzögerung kommt. Wir hoffen, daß in der frauenspezifischen Einrichtung im Ragazza bald die Türen geöffnet werden. Für uns ist nach wie vor klar, daß alle diese Maßnahmen zu einer Entlastung am Hauptbahnhof führen müssen.

B Schon heute sollte allerdings auch noch einmal diskutiert werden — ich bedauere, Herr Zamory, daß Sie das nicht ausgeführt haben —, daß im Drob Inn die Öffnungszeiten erweitert und eventuell die Konsumplätze vermehrt werden. Das ist, wie Sie am Beispiel des FixStern positiv vermerkt haben, auch dem Drob Inn angeboten worden. Leider scheitert es hier an den Mitarbeitern, die bis jetzt die Öffnungszeiten nicht erweitern wollen, obwohl ihnen zusätzliches Personal angeboten worden ist. Dieses wird die SPD-Fraktion so nicht akzeptieren, weil wir nach wie vor davon ausgehen, daß zunächst bei den bestehenden Gesundheitsräumen sowohl die Öffnungszeiten verlängert werden müssen als auch versucht werden muß, mehr Plätze einzurichten, alles natürlich unter den finanziellen Gegebenheiten, die die Stadt zur Zeit hat.

Repressive Maßnahmen sind für die SPD-Fraktion immer nachrangig gewesen, aber nicht verzichtbar. Polizeipräsenz vor Ort soll die Dealer verunsichern, die Verfestigung der Szenen verhindern und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger verstärken. Präventive Polizeistreifen sind zum Beispiel eine hilfreiche Maßnahme, auf die auch dort nicht verzichtet werden darf, wo sich die Situation anscheinend verbessert hat. Nur zu schnell kehren Dealer und Abhängige zurück, und der Erfolg trägt, die Lebensqualität hätte sich dort verbessert.

Die Polizeipräsenz muß flexibel bleiben und schnell auf neue Szenebildung reagieren. So wichtig die Polizei in diesem Zusammenspiel der verschiedenen Behörden und des Bezirksamtes ist, für die SPD-Fraktion hat nach wie vor das Hilfsangebot an die Abhängigen Vorrang. Erst wenn wir erreicht haben, daß jeder Abhängige, der Zugang

zu einem niederschweligen Methadon-Programm haben möchte, diesen bekommt, daß jeder, der in das Programm der medizinisch betreuten kontrollierten Heroinabgabe hinein möchte, hinein kann, daß die Gesundheitsräume gesetzlich gesichert und mit geringeren Standards als heute und damit billiger angeboten werden können, wird die SPD-Fraktion stärker auf repressivere Maßnahmen setzen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Heide Simon GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich erteile das Wort Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Drucksache könnte ein Glücksfall für unsere Stadt werden, wenn wir bereit sind, aus den Erfahrungen, die wir im Bereich St. Georg gemacht haben, zu lernen. Solche Lernprozesse hat es in anderen Städten auch gegeben, wie zum Beispiel in Zürich. Es wäre sehr viel gewonnen, wenn wir uns bewußt machen, daß ein solch akutes Problem, wie wir es nach wie vor in St. Georg haben, nur durch einen kombinierten Ansatz gelöst werden kann. Herr Schulz hat zu meiner Überraschung gesagt, daß die CDU zu dem Polizeikonzept steht. Nun habe ich noch sehr wohl die Schelte in Erinnerung, die ich als Innensenator erfahren habe, als man von mir im Herbst letzten Jahres verlangt hatte, den Bahnhofsvorplatz leerzufegen und mit polizeilichen Maßnahmen Ordnung zu schaffen. Ich habe mich damals geweigert, mich auf diese Art von Polizeipolitik einzulassen. Frau Möller, es gehört auch zur historischen Wahrheit festzustellen, daß das Konzept St. Georg niemals ein reines Polizeikonzept war, sondern von vornherein in ganz andere Komponenten — medizinischer, sozialpolitischer, gesundheitspolitischer Art — eingebunden war. Wir haben beispielsweise von Anfang an gefordert, daß der Bundesgesetzgeber die notwendigen Schritte unternimmt, die für die Existenz unserer großen Städte erforderlich sind, und darauf hingewirkt, daß die Sozialarbeit — insbesondere die Straßensozialarbeit — gestärkt wird.

(Antje Möller GAL: Aber die Drucksache hebt den Teil hervor!)

Wir sollten allerdings aus den eigenen Erfahrungen genauso lernen wie aus den Erfahrungen anderer Städte, beispielsweise in Zürich, das für mich maßgeblich ist. Einige von uns sind dort gewesen und haben sich informiert. Die Maßnahmen der Überlebenshilfe, der Hilfsangebote, der Therapieeinrichtungen, der Prävention, die notwendig und — wie Frau Brinkmann gesagt hat — vorrangig sind, funktionieren nur, wenn parallel dazu die notwendige Repression geleistet wird. Es geht nicht anders. Das zu erkennen und ohne Aufregung als Lebens Tatsache zu akzeptieren und darauf eine wohldurchdachte Politik zu stützen, ist der Lerneffekt, der auch erfolgen muß. Wenn wir das in diesem Falle erreichen, haben wir die Chance, auch in anderen Teilen unserer Stadt Lösungen zu bekommen, die konsensual zwischen den beiden Koalitionspartnern sind und die dann gegebenenfalls auch die CDU einbeziehen. Ich gebe Herrn Dr. Maier recht, uns kommt es auch darauf an, die CDU auf Bundesebene zu gewinnen. Sie haben wir auf unserer Seite, Sie sind ja für die Gesundheitsräume, aber wir haben nicht die bundesgesetzlichen Regelungen, die wir brauchen. Deshalb von mir noch einmal der Appell an die Opposition, uns auf Bundesebene zu helfen. Wir können

(Senator Hartmuth Wrocklage)

- A solche Probleme nur über ressortübergreifende, kleinräumige, vernetzte Ansätze lösen. Die Vernetzung übersteigt die Länderkompetenz, wir brauchen den Bundesgesetzgeber. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Sonja Deuter GAL* — *Dr. Roland Salchow CDU*: Was heißt ressortübergreifend und kleinräumig?)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Sie haben vorhin gehört, daß die Überweisung an vier Ausschüsse gewünscht wird. Gehe ich davon aus, daß ich diese Ausschußüberweisungen in einem Gang abstimmen lassen kann? — Das ist der Fall.

Dann rufe ich die Überweisungsanträge auf. Wer die Vorlage zur federführenden Beratung an den Stadtentwicklungsausschuß sowie mitberatend an den Sozialausschuß, den Innenausschuß und den Gesundheitsausschuß überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Dann ist dem einstimmig so entsprochen.

Ich rufe Punkt 32 auf: Antrag der CDU zur Holzhafen-Bebauung.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Holzhafen-Bebauung — Drucksache 16/776 —]**

Wer wünscht das Wort? — Der Abgeordnete Rook hat es.

Hans-Detlef Rook CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat ist dabei, einer weiteren städtebaulichen Sünde — in diesem Fall am Altonaer Hafenanrand — Vorschub zu leisten. Er ist dabei, einem liebenswerten, attraktiven und lebendigen Stadtteil durch die Genehmigung von überdimensionalen Baukörpern die Luft zum Atmen zu nehmen. Hier soll eine Brutal-Architektur nach dem Muster der sechziger Jahre entstehen.

(*Dr. Martin Schmidt GAL*: Nein, der dreißiger!)

Meine Damen und Herren, was ist in der Vergangenheit passiert? Kurz vor der Bürgerschaftswahl im September 1997 wies der damalige Stadtentwicklungssenator Mirow den Bezirksamtsleiter in Altona an, einen Vorbescheidsantrag für die politisch und baurechtlich sehr umstrittene Holzhafen-Bebauung zu erteilen. Alle Parteien im Bezirk Altona — zum damaligen Zeitpunkt auch die GAL-Bürgerschaftsfraktion —

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Aha!)

sprachen sich gegen diese massive Bebauung aus. Der für das Gebiet aufgestellte Bebauungsplan Altona 21 ist bis heute weder von der Bezirksversammlung Altona noch von der Bürgerschaft beschlossen worden. Es liegen auch keine Zustimmungen der Bürgerschaftsfraktionen für eine Vorweggenehmigungsreife vor. Hinzu kommt, daß Flächen in diesem Gebiet immer noch im Geltungsbereich des Hafententwicklungsgesetzes liegen und eine Änderung der Zustimmung der Bürgerschaft bedarf.

Warum nun kurz vor der Wahl im September 1997 die Genehmigungsanweisung vom Senat? Herr Rechtsanwalt Dr. Wollenteit hat dies mit seinen mittlerweile durch die Presse bestens bekannten Gutachten unmißverständlich zum Ausdruck gebracht:

„Nach Durchsicht der Verwaltungsvorgänge hege ich keine Zweifel daran, daß die offenkundig rechtswidri-

gen Vorbescheide aufgrund höherer Weisung allein zu dem Zweck erteilt worden sind, noch vor einem möglichen Regierungswechsel vollendete Tatsachen zu schaffen.“

Herr Dr. Wollenteit hat es, so meine ich, auf den Punkt gebracht. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion sollten sämtliche parlamentarische Gremien ausgeschaltet werden. Herr Dr. Wollenteit geht sogar noch weiter; ich zitiere:

„... daß Bauantragsteller und Stadtentwicklungsbehörde kollusiv daran mitgewirkt haben, durch einen rechtswidrigen Bauvorbescheid vollendete Tatsachen mit Wirkung für die Zukunft zu Lasten der zukünftigen Stadtregierung zu schaffen.“

Ich gehe davon aus, daß nicht jedem das von Dr. Wollenteit gebrauchte Wort „kollusiv“ geläufig ist und es daher einer Erläuterung bedarf. Der deutsche Duden beschreibt Kollusion wie folgt:

„Verschleierung einer Straftat; unerlaubte Verabredung“.

Im Brockhaus wird der Begriff noch deutlicher definiert:

„... im Strafrecht das unerlaubte geheime Einverständnis mehrerer zum Nachteil eines Dritten oder des Staates ...“

(*Dr. Martin Schmidt GAL*: Und im alten Meyer, was steht da?)

Bezugnehmend, Herr Dr. Schmidt, auf die eben vorgetragenen Zitate möchte ich an dieser Stelle besonders deutlich herausstellen, daß aus unserer Sicht — und das steht im Gegensatz zur Meinung von Dr. Wollenteit — dem Investor nichts vorzuwerfen ist, denn dieser muß seine Entscheidung nach den Vorgaben des Senats und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten treffen. Im übrigen ist auch er — nach meiner Kenntnis — mit dieser „kossakschen“ Brutal-Architektur sehr unzufrieden. Die Verantwortung, meine Damen und Herren, dieser städtebaulichen Veranstaltung trägt alleine der Senat.

(Beifall bei der CDU)

Er läßt seinen Oberbaudirektor gewähren und sanktioniert letztlich die Auswüchse dieser schlimmen Architektur.

Der Interessengemeinschaft Große Elbstraße kann man nur dankbar sein, daß sie sich formiert und öffentlich Druck gegen dieses Bauvorhaben gemacht hat. Ihre Mitglieder sind Anwohner, Anleger und Unternehmen, die dort zum Teil seit Generationen ansässig sind und für die Erhaltung dieses lebendigen, interessanten und mit eigenem Flair ausgestatteten Stadtteils kämpfen. Über 20 000 Unterschriften richten sich mittlerweile gegen das Projekt. Ein von der Interessengemeinschaft ausgeschriebener Ideenwettbewerb von Architekturstudenten zeigt, daß es auch anders geht. Ich meine, daß man auf dieser Basis auch weiterentwickeln kann.

Der Interessengemeinschaft und der CDU geht es nicht nur um die Erhaltung der Elb- und Hafensicht, sondern darum, daß diesem Stadtteil eine organische Entwicklung nicht genommen wird. Es geht aber insbesondere auch darum, daß die Anlieger, die Hamburger insgesamt und die Touristen aufgrund der vielfachen Mischung zwischen Gewerbe, Gastronomie und Kultur diesen Stadtteil weiterhin gerne annehmen. Damit bleibt für alle ein Stück Lebensqualität erhalten.

(Hans-Detlef Roock CDU)

- A Was ist also zu tun? Der Investor hat offensichtlich Ansprüche gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg, die noch aus dem Mercado-Projekt in Altona hergeleitet werden. Weitere Ansprüche bestehen nach dem Wollent-Gutachten zumindest für Planungskosten, die nach Erteilung des Vorbescheids angefallen sind. Insofern muß dem Investor von Senatsseite die notwendige Unterstützung für etwaige Ansprüche an die Freie und Hansestadt Hamburg gegeben werden. Ein Lösungsweg könnte sein, diese Ansprüche in der Hafency zu verwirklichen.

(Heike Sudmann GAL: Wann denn?)

Voraussetzung dafür ist aber die Rückgabe des Vorbescheides für die Holzhafen-Bebauung. Ich habe gesagt, es ist ein Lösungsweg, Frau Sudmann.

(Heike Sudmann GAL: Ich frage nur, wann?)

— Ich habe einen weiteren aufgezeigt.

Wir fordern deshalb den Senat auf, schnellstens mit dem Investor in Verhandlungen zu treten. Zustimmung erhoffen wir uns für unseren Antrag insbesondere von der GAL, weil sie sich vor der Wahl sehr weit aus dem Fenster gelehnt und das Holzhafenprojekt für gescheitert erklärt hat.

(Heike Sudmann GAL: Wir sind aber nicht herausgefallen!)

Stehen Sie zu Ihrem Wort, meine Damen und Herren von der GAL, und lassen Sie uns gemeinsam eine bessere Lösung für die Hafenrandbebauung suchen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- B **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Geschichte um die Neubebauung des Altonaer Holzhafens kann auf viele Weisen erzählt werden. Herr Roock von der CDU-Fraktion hat eben eine Geschichte erzählt; ich will eine andere erzählen.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Jetzt kommt ein Märchen!)

Meine Geschichte handelt davon, wie in Hamburg von vielen politischen Handlungsträgern Investitionsentscheidungen blockiert werden und wie eine CDU, die im Bürger-schaftswahlkampf die Langatmigkeit und die Langsamkeit von Investitionsentscheidungen der Verwaltung kritisiert hat, sich hier als ein riesiges Investitionshindernis entpuppt.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir auch als Sozialdemokratin eine Bemerkung. Die Geschichte um die Bebauung hat mich — wie sonst selten — fast Mitleid mit diesem Unternehmer empfinden lassen, der jahrelang mit ständig neuen, zum Teil sehr widersprüchlichen Anforderungen konfrontiert wurde und sich bis heute um kooperative Lösungen bemüht. 1987 bereits hat der Hamburger Senat Leitlinien zur Entwicklung des nördlichen Elbufers beschlossen. Dies war der Grundstein für eine neue städtebauliche Entwicklung in diesem wichtigen Hamburger Gebiet. 1988 wurde dann ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt.

1994 wurde für den Holzhafen — ein Hinweis an die unternehmerfreundliche CDU sei erlaubt — auf Kosten der Inve-

storen ein internationaler Realisierungswettbewerb durchgeführt. Dieser Wettbewerb ist im übrigen nicht ohne Bedeutung geblieben, denn auch die jetzigen Bebauungsvorschläge für dieses Gebiet greifen immer noch weitreichende Ideen aus dem ersten Preis dieses Wettbewerbs auf.

Noch einmal an die CDU gerichtet: Wenn ich mich richtig erinnere, hat auch der Vertreter der CDU im Preisgericht diesem Entwurf zugestimmt.

Da wir bei der Geschichte sind. Für dieses Gebiet des nördlichen Hafenrandes wurde im Mai 1993 durch die Bürgerschaft die Vorgabe eines dreißigprozentigen Anteils von Wohnungen bei allen Neu- und Umbauten beschlossen. Damit wollte die Bürgerschaft sicherstellen, daß hier keine Monostruktur entsteht.

Einer der großen Konflikte mit dem Investor Büll & Liedtke ist immer die Durchsetzung dieses bürgerschaftlichen Beschlusses gewesen. Der Investor hat sich auf den Bau von Wohnungen eingelassen.

(Heike Sudmann GAL: Da hat die GAL auch hart für gekämpft!)

Dann wurde im Rahmen einer heftigen Auseinandersetzung, die internationales Aufsehen erregte, beim Bau des Mercado in Ottensen auf dem Gelände des ehemaligen jüdischen Friedhofs ein in der Geschichte unseres Landes angemessener Kompromiß erzielt. Die Firma Büll & Liedtke erhielt für den Verzicht auf Ausschachtungen und den Bau einer Tiefgarage auf diesem Grundstück einen Verlustausgleich. Dieser Verlustausgleich bestand in dem Verkauf der Grundstücke, die hier heute als Holzhafen-Bebauung diskutiert werden, und der Aussicht, dort rund 40 000 Quadratmeter Bruttogeschoßfläche zu bebauen. Dem stimmte die Bürgerschaft im August 1993 — soweit ich weiß, mit den Stimmen der CDU — zu.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Aber nicht die GAL!)

Schon damals hat man diesem Investor zugemutet, Wünschen der Politik zu folgen. Liebe Standortfreunde von der CDU, meinen Sie ernsthaft, daß man in dieser Größenordnung einem Investor mehrfach hintereinander so etwas zumuten kann?

Zur Geschichte gehört auch, daß es zunächst so schien, daß im Dezember 1995 alles klar war. SPD und GAL im Bezirk Altona, die dort über eine Mehrheit verfügen, haben sich auf einen Bebauungsplan geeinigt, der von dem jetzigen fast nicht abweicht. Seit diesem Zeitpunkt ist es im wesentlichen nur noch um eine Frage gegangen, nämlich ob der von der Altonaer SPD und von der Altonaer GAL vehement geforderte Wohnungsanteil in dieser Bebauung problematisch ist, weil möglicherweise in unserer heutigen gnadenlos verrechtlichten Welt kaum eingezogene neue Wohnungsmieter wegen der Lärmemission des Hafens den Betrieb der HHLA auf der anderen Elbseite stilllegen könnten. Wer wollte sich in einer solchen Schicksalsfrage in die Hände des OVG legen? Nach langer Prüfung dieser Frage hat der Senat, nachdem alle Gutachten vorlagen, im September 1997 grünes Licht für die Bebauung gegeben und damit die Voraussetzung für die Erteilung der Vorweg-genehmigung geschaffen.

Die einzige substantielle Änderung zu der vorigen Fassung des Bebauungsplans von SPD und GAL in Altona ist — in vielen Fragen waren sich SPD und GAL durchaus nahe —,

C

D

(Britta Ernst SPD)

A daß wegen der rechtlichen Probleme mit den Lärmemissionen eine Glasfassade vor den Wohnungsbau vorge­setzt werden muß. Endlich war das, was 1997 begonnen hat, realisierungsreif und knüpft auch an die Geschichte dieses Hafen- und Gewerbegebietes in Altona an, das der Holzhafen mit fensterlosen Speicherbauten bis vor dem Zweiten Weltkrieg auch war. Was am Holzhafen gebaut werden soll, ist ein Zitat der historischen Gewerbearchitektur Altonas. Es wird dazu führen, daß an dem historischen Wirtschaftsstandort der Stadt Altona statt betonierter Uferflächen auch wieder Arbeitsplätze entstehen können.

Nun wollen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, alles zurücknehmen, wieder von vorn anfangen und die Firma Büll & Liedtke, die in diesem Jahr mit dem Bau beginnen will, auf die Hafencity und damit auf ein Zukunftsprojekt Hamburgs, das für die Nutzung von künftigen Generationen geplant wird, vertrösten. Dem werden wir nicht folgen, und daher wird Ihr Antrag heute auch keine Mehrheit finden.

Das Mitleid, von dem ich zu Beginn sprach, läßt sich auch auf das Geld übertragen. Noch bis vor kurzer Zeit haben die Vorlaufinvestitionen von Büll & Liedtke mehr als 5 Millionen DM betragen. Nicht für jeden Unternehmer handelt es sich dabei um Peanuts, ich glaube, auch nicht für dieses Unternehmen, im übrigen auch nicht für die Freie und Hansestadt Hamburg, wenn wir zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe dieses Betrages gezwungen werden.

B In den letzten Tagen und Wochen hat die Firma Büll & Liedtke ein neues Projekt entwickelt: ein eigener Baukomplex für die Wohnungen statt der bisherigen Verbindung mit dem westlichen Baukörper. Dies ist ein Angebot, die Wohnungen trotz der großen Lärmschutzaufgaben in einer wirtschaftlichen Weise zu bauen. Damit können wir auch gut leben. Wir wollen, daß diese Angelegenheit einmal endet.

Klar ist jedoch — dazu haben wir uns auch im Koalitionsvertrag verpflichtet —, daß die den Investoren gewährten Rechte zur Durchführung der Bebauung nicht gegen ihren Willen wieder zurückgenommen werden. Der neue Vorschlag bietet aus unserer Sicht jedoch einen guten Ansatzpunkt, um dem Bebauungsplan auch parlamentarische Mehrheiten zu verschaffen. Ihren Antrag werden wir aber heute gemeinsam mit der GAL ablehnen.

Ich habe eine Geschichte über Investitionen, über den Holzhafen und damit über den Wirtschaftsstandort Hamburg erzählt und daß diese Großstadt für eine kommunalpolitisch motivierte CDU wohl zu groß ist. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält nunmehr die Abgeordnete Sudmann.

Heike Sudmann GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren und besonders Herr Roock von der CDU! Sie haben gesagt, wir sollen zu unserem Wort stehen. Die GAL steht zu ihrem Wort wie eine Frau, darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei *Carmen Walther SPD* und *Dr. Roland Salchow CDU* — Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

— Ich danke, besonders für den Applaus der Männer.

C Ich werde nur einen kurzen geschichtlichen Rückblick machen, denn das meiste ist schon von meinen beiden Vordnerinnen erzählt worden.

Sehr wichtig bei diesem Rückblick ist, noch einmal zu betonen, daß der Bebauungsplan, über den wir heute nicht reden, der aber immer Grundlage für alle Verhandlungen in Altona war, nicht nur die strittigen Bürokomplexe am Hafen, sondern ein wesentlich größeres Gebiet betrifft, auf dem heute teilweise Wohnnutzung, teilweise gewerbliche Nutzung vorhanden ist. Die Anwohnerinitiative, die es mittlerweile leider nicht mehr gibt, und auch die Interessengemeinschaft Große Elbstraße, die heute abend teilweise anwesend ist, weiß ein Lied davon zu singen.

Die GAL hat in all den Jahren immer gesagt: Uns ist es wichtig, in diesem Bereich die Wohnnutzung zu stärken — also dort wesentlich mehr Wohnnutzung zu schaffen — und soweit zu kommen, daß wir uns dort eine Infrastruktur leisten können. Die Bürobauten haben wir nie bejubelt, haben sie jedoch als notwendige Crux hingenommen, um das Wohnen zu verbessern. Aber 1997 haben wir festgestellt, daß das ganze Verfahren für uns gescheitert ist. Insofern hat Herr Roock auch recht, daß die GAL es abgelehnt hat, daß dort so gebaut wird, wie es 1997 vorgestellt worden ist.

Wir haben im Wahlkampf gesagt und sagen es heute noch: Wir wollen eine Bebauung, die weniger massiv ist, wir wollen eine öffentliche Nutzung des Elbufers — ein ganz wichtiger Punkt —, wir wollen — das haben Sie auch gesagt — eine lebendige Mischung in diesem Stadtteil und natürlich auch die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Anliegerinnen und Anlieger beteiligen.

D Kurz vor der Bürgerschaftswahl gab es eine Vorweggenehmigung. Es ist ein sehr ungewöhnlicher Vorgang bei einer so hochstrittigen Sache, wenn eineinhalb Wochen vor der Bürgerschaftswahl der Senat schnell Fakten schafft. Ich will das — in relativ gemäßigten Worten — einen unfreundlichen Akt des damaligen Stadtentwicklungssenators nennen. Aber glücklicherweise gab es nach der Wahl Koalitionsverhandlungen.

In diesen Verhandlungen hat sich die GAL ausbedungen, daß der Handlungsspielraum, der in dieser Frage vorhanden ist, von uns genutzt und gegebenenfalls erweitert werden kann. Vor allen Dingen haben wir festgehalten, daß der Ausgang des Bebauungsplanverfahrens offen bleibt und daß wir natürlich auch die Möglichkeit haben, etwas zu verändern. Ich gebe zu, daß es sehr kompliziert ist, das alles zu verstehen. Das sage ich besonders in Richtung von Herrn Dobritz. Es gab sehr viele Fakten, aber das, Herr Dobritz, was Sie hierzu in der „Welt am Sonntag“ gesagt haben, nämlich daß die GAL jetzt zur Koalitionstreue gezwungen werden muß, ist leider nicht richtig.

(*Werner Dobritz SPD:* Das habe ich nicht gesagt!)

Ich sage Ihnen einmal, wie es richtig heißen muß, dann können wir es gemeinsam zitieren. Wir als GAL gehen davon aus, daß die SPD koalitionstreu und wohlwollend die neuen Vorschläge, die wir einbringen, prüfen wird.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* Welch eine heile Welt!)

— Nein, nein, die heile Welt beschreibe ich Ihnen, Sie kommen gleich dran. — Herr Dobritz, vielleicht sollten Sie doch noch einmal Ihren Vorschlag aus der vorletzten Bürgerschaftsdebatte aufnehmen und sich überlegen, ob ab und

(Heike Sudmann GAL)

A zu ein koalitionstreues Schweigen doch besser ist als zu viel zu reden.

(Ingrid Cords SPD: Wo ist der Unterschied!)

Was ist seit den Verhandlungen passiert? Die GAL hat sehr viele Gespräche geführt, zum Beispiel mit der Interessengemeinschaft, mit Büll & Liedtke und mit der SPD. Ich denke, der erste sichtbare Erfolg ist — nicht mehr die schöne, heile Welt, sondern die reale, schöne Welt —, daß die Studios von „Hafen-Klang“ nicht abgerissen werden; „Hafen-Klang“ wird weiterhin dort seinen Standort haben.

Viele weitere Anregungen kamen von seiten der Interessengemeinschaft Große Elbstraße. Die Interessengemeinschaft hat neben vielen Aktionen auch den besagten Wettbewerb mit sehr interessanten Ergebnissen ausgelobt, die wir uns vor zwei Wochen angucken konnten. Dafür möchte ich der Interessengemeinschaft auch im Namen der GAL danken, daß sie diesen Schritt getan hat.

Interessant an den Ergebnissen ist nicht nur das, was wir bildlich gesehen haben, sondern auch die Reaktion der Handelskammer, ein für mich bisher kaum vorstellbarer Vorgang. Die Handelskammer hat sich jetzt auch in die Entwicklung am Holzhafen öffentlich eingemischt und hat in einem Brief, der an die Interessengemeinschaft zur Kenntnis gegangen ist, dem Stadtentwicklungssenator mitgeteilt, sie begrüße es, daß neue Entwicklungen und neue Spielräume in die Holzhafen-Bebauung eingeflossen sind. Das heißt, es gibt weitere Verbündete.

Neben den Entwürfen, die von der Interessengemeinschaft diskutiert wurden, gibt es eine weitere neue Entwicklung, über die wir besonders froh sind. In Gesprächen mit uns hat Büll & Liedtke das schon angekündigt: Sie haben jetzt einen neuen Entwurf vorgestellt, der — das ist ganz wichtig — viel mehr Platz und Zugang zum Wasser ausweist und vor allen Dingen auch die notwendigen Durchblicke, Einblicke und Ausblicke in Richtung Hafen ermöglicht.

Dieser neue Entwurf sieht vor, daß das westliche Bürogebäude noch weiter in Richtung Westen verlegt wird, so daß dadurch ein größerer freier Platz entsteht. Es soll ein Wohnungsbau mit 6000 — oder vielleicht noch mehr — Quadratmetern Bruttogeschoßfläche entstehen. Dieser Wohnungsbau hat zur Zeit eine Höhe von vielleicht zehn, zwölf Stockwerken. Das, denke ich, ist eine Bewegung, die eine ganz gute Richtung anzeigt.

Für das östliche Bürogebäude — Richtung Greenpeace — wird es jetzt wesentlich bessere Blickmöglichkeiten Richtung Elbe geben. Man wird nicht auf eine Wand und ein drüber liegendes Loch gucken, sondern in Richtung Wasser. Ich denke, das ist ganz interessant. Festzustellen ist: Es gibt viele neue, interessante Vorschläge und auch Bewegungen in dieser Sache.

Die GAL wird vorschlagen, daß wir uns im Stadtentwicklungsausschuß im Rahmen der Selbstbefassung vom Senat die neuen Vorschläge und auch deren Auswirkungen finanzieller, städtebaulicher und anderer Art vorstellen lassen. Insofern hat sich der CDU-Antrag durch die Zeitabläufe erledigt. Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder sagt die CDU, okay, wir sehen, es ist ganz viel passiert, wir werden es im Stadtentwicklungsausschuß machen, deswegen ziehen wir unseren Antrag zurück, oder wir sagen: Wir lehnen Ihren Antrag ab, aber wir freuen uns darauf, mit Ihnen gemeinsam im Ausschuß die Diskussion zu führen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

C

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Rook.

Hans-Detlef Rook CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Sudmann, Ihre Rede hat mich sehr erfreut, weil mir viele Gemeinsamkeiten deutlich geworden sind, auch wenn unser Antrag abgelehnt werden sollte. Ich überlege, ob ich ihn jetzt zurückziehen soll oder nicht.

Mich hat nicht verwundert, daß die SPD stur bei ihrem Kurs bleibt und, obwohl jetzt eine neue Situation entstanden ist, nicht reagieren will. Wir nehmen Ihre Vorschläge dankbar auf und werden uns im Stadtentwicklungsausschuß aufgrund der neuen Lage mit den Vorschlägen zu beschäftigen haben. Vielleicht kommen wir dort — das habe ich vorhin schon angedeutet — zu einer gemeinsamen Lösung.

Wir werden unseren Antrag heute zurückziehen und ihn nicht zur Abstimmung stellen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der GAL und bei *Dr. Holger Christier* SPD)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich habe vernommen, daß Herr Rook für die CDU-Fraktion erklärt hat, daß der Antrag zurückgezogen worden ist. Damit entfällt eine Abstimmung.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7: Große Anfrage der SPD über Familien und Gesundheit.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Familien und Gesundheit — Drucksache 16/655 —]

D

Hierzu beantragt die GAL-Fraktion die Überweisung an drei Ausschüsse, und zwar zur federführenden Beratung an den Jugend- und Sportausschuß und mitberatend an den Gesundheitsausschuß sowie an den Gleichstellungsausschuß.

Wer wünscht das Wort? — Das Wort hat Herr Dr. Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Großen Anfrage zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wollte die SPD-Fraktion vom Senat Auskunft darüber erlangen ...

(Der Redner hört Tongeräusche von einer Zeituhr)

— Darf ich nicht mehr reden?

(*Heike Sudmann* GAL: Entschuldigung! Das Piepsen galt nicht Ihnen! Soweit geht die Koalition noch nicht! — Glocke)

Präsidentin Ute Pape (unterbrechend): Herr Abgeordneter Dr. Petersen, Sie brauchen nur auf mein Kommando zu hören.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen und Beifall bei *Thomas Böwer* SPD und *Karen Koop* CDU)

Dr. Mathias Petersen (fortfahrend): Gut, das habe ich jetzt verstanden.

Wir wollten Auskunft darüber erlangen, wie weit die Fortschritte in der gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen im Verlauf der letzten Jahre gediehen sind. Ich zähle einige auf:

(Dr. Mathias Petersen SPD)

A Bei der Säuglingssterblichkeit liegt Hamburg unter dem Bundesdurchschnitt. Dies ist sicherlich auf die hohe Konzentration der Hochleistungsmedizin und die gute Koordination der Hilfen, zum Beispiel des Baby-Notarztwagens, zurückzuführen. Sorgen machen muß der relativ stabile Anteil am Plötzlichen Kindstod als Todesursache. Ursachen, wie Rauchen während der Schwangerschaft, Passivrauchen der Säuglinge, Bauchlage als Schlafposition, Überwärmung der Säuglinge oder Stillen unter sechs Monaten, sind als beeinflussbare Größen dargestellt worden. Besorgniserregend ist die Tatsache, daß eine Häufung von Todesfällen in Stadtteilen besteht, in denen überwiegend sozial benachteiligte Menschen leben.

Die Anzahl der untergewichtigen Neugeborenen zeigt auch deutlich regionale Unterschiede. So liegt die Rate im Bereich Oberalster unter 50 pro 1000 Geburten und im Bereich Altona-Altstadt und Jenfeld bei 80 pro 1000 Geburten.

Trotz intensiver Maßnahmen des Senats im Bereich des Impfwesens besteht für Erkrankungen wie zum Beispiel Masern und Mumps nur eine Durchimpfungsrate von unter 25 Prozent. Hier besteht ein erhebliches Koordinationsproblem. Aus eigener Praxis weiß ich, daß es nur allzu häufig passiert, daß man sich darauf verläßt, daß die kleinen Patienten durch Kinderärzte und das öffentliche Impfwesen genügend versorgt sind.

Erfreulich ist das Ergebnis der Aktivitäten des Senats im Bereich der Zahngesundheit. Hier besteht eine funktionierende Koordination der intensiven Präventionsarbeit. Leider haben immer noch mehr als 50 Prozent der Hamburger Kinder kein naturgesundes Gebiß. Eine intensive Fortsetzung der Prävention ist notwendig.

B Als weiteres gesundheitsgefährdendes Ergebnis stellt sich dar, daß nahezu 20 Prozent der Schulanfänger überge-
wichtig sind.

Unter Berücksichtigung der gerade beschriebenen Defizite des gesundheitlichen Zustandes unserer Kinder ist es erfreulich, daß der Senat plant, die Tätigkeiten des Schulärztlichen Dienstes in einem Dialog von Schulärzten und Lehrern zu verstärken. Wir müssen aber davon ausgehen, daß die Gesundheitsdefizite der Kinder sehr lange vor der Schulzeit beginnen. Ursächlich — und dies bestätigt die Antwort des Senats — ist die soziale Benachteiligung der Familien.

Für mich stellt sich die Frage, ob es die Politik ist, die hier Lösungen schaffen kann. Wenn wir sie mit Ja beantworten, dann behaupte ich, daß wir — also die Politik — in dieser Frage kläglich versagt haben. In Bonn hat die Regierungskoalition die Möglichkeiten der Prävention gestrichen. In Hamburg können zum Beispiel Anstrengungen im Bereich der Gesundheitsaufklärung noch deutlich verstärkt werden. Ich gehe aber davon aus, daß die Politik die Problematik nicht allein lösen kann; sie kann nur Ansätze bieten.

Die Gesellschaft ist hier besonders gefragt. Die soziale Lage beziehungsweise Armut vieler Menschen hat dazu geführt, daß die Familie als Schutzverband praktisch nicht mehr besteht. Fernseher und Computer ersetzen Eltern oder Großeltern bei der Betreuung der Kinder, wobei die ältere Generation häufig in die Obhut eines Seniorenheims gegeben worden ist.

In Hamburg leben circa 20 Prozent der Kinder von Sozial-

hilfe. Frau Pawlowski, diese Kinder werden bestimmt nicht in der Lage sein, sich in Sportvereinen zu engagieren oder gar eine Ernährung mit gesunden Biolebensmitteln zu bekommen. C

Die Kinder von vielen tausend Alleinerziehenden — in den überwiegenden Fällen sind es die Frauen, wir haben es schon gehört — sind noch schlechter dran. Nicht nur, daß ein Elternteil fehlt, der Staat benachteiligt die Alleinerziehenden auch steuerpolitisch.

Die heile Kinderwelt gibt es für die Mehrzahl der Kinder nicht mehr. Die soziale Bindung zwischen Eltern und Kindern geht verloren. Der Wunsch der Kinder nach Zuneigung geht allzu häufig ins Leere. Nicht nur aufgrund von Armut entstehen Defizite, auch in sogenannten Wohlfamilien können Fernseher, Kuscheltiere und Taschengeld Liebe nicht ersetzen. Und fehlende Liebe ist eine der Hauptursachen für Eßstörungen, psychisches Fehlverhalten und viele andere Erkrankungen.

Neben der Forderung an die Gesellschaft, sich der Sorgen und Nöte der Kinder anzunehmen, sie ernst zu nehmen und die Kinder als unsere Zukunft, unser höchstes Gut zu behandeln, geht die Forderung an die Politik, dafür zu sorgen, daß sich die wirtschaftliche Lage der Familien spürbar verbessert.

Frau Stapelfeldt hat schon einige unserer Forderungen genannt. Ich möchte noch einmal zusammenfassen:

Wir fordern:

- die finanzielle Umverteilung zugunsten der Kinder steuerlich zu bewirken,
- die steuerliche Benachteiligung von Alleinerziehenden zu beenden,
- die Ängste gegen jede Form von Ganztagsbetreuung abzulegen und die Ganztagschule mit Mittagstisch auszubauen,
- die Gesundheitserziehung in den Schulen als Pflichtfach einzuführen,
- die Änderung des Erziehungsgeldgesetzes, so daß das Arbeitsmarktrisiko Kind nicht fast ausschließlich von Frauen getragen werden muß,
- die Erhöhung des Kindergeldes,
- die Zeit der Kindererziehung auch bei der Altersversorgung der Eltern angemessen zu berücksichtigen.

Ich hoffe, daß diese Forderungen im Herbst erfüllt werden. Wenn nicht, werde ich darauf zurückkommen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Ach ja, dazu werden Sie Gelegenheit kriegen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies sind nur einige Möglichkeiten, die wir Politiker und Politikerinnen haben, unseren Kindern das Aufwachsen in einer Gesellschaft zu erleichtern. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, daß unsere Kinder und damit auch wir eine gesunde Zukunft haben. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Beuß.

Wolfgang Beuß CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Petersen, hinter vielen inhaltlichen Forderungen, die Sie eben deutlich gemacht haben, stehe ich hundertprozentig. Nur, einen entscheidenden Punkt haben Sie vergessen. Wie wollen Sie das alles finanzieren? Das

(Wolfgang Beuß CDU)

- A alles klingt hübsch, aber auf der anderen Seite ist es populistisch, weil von Ihnen nicht dargelegt worden ist, wie Sie so etwas finanzieren wollen.

Es geht hierbei um eine Große Anfrage, die die SPD eingebracht hat. Der Senat hat dazu ein ausführliches Konvolut mit vielen interessanten Angaben geliefert. Das zeigt das Bemühen um die Kinder und um ihre Gesundheit in dieser Stadt. Aber es verschweigt sicherlich auch an vielen Stellen Defizite. Oder ist es ein Einzelfall, wenn ich mir die Antwort zur Frage B 2 e) angucke?

„Ist gewährleistet, daß Kinder in allen Bezirken in gleichem Maße vom Schulärztlichen und Schulzahnärztlichen Dienst betreut werden?“

Darauf antwortet der Senat:

„Die gleiche Betreuung ist in allen Bezirken gewährleistet. Eine vorübergehende Ausnahme ergab sich 1997 durch einen längeren krankheitsbedingten Ausfall einer Schulärztin in Bergedorf.“

Frau Senatorin, es fällt nicht in Ihre Amtszeit, aber Ihre Senatskollegin Frau Nümann-Seidewinkel hat, als sie noch Bezirksamtsleiterin war, die gesamte Schulzahnarztstelle im Bezirk Eimsbüttel gestrichen. Diese Stelle ist auch nicht wieder besetzt worden. Es ist nur der CDU-Initiative im Bezirk zu verdanken, daß diese Stelle vor wenigen Monaten neu besetzt werden konnte. Das gehört aber auch in die Antwort. Es ist unredlich, wenn man verschweigt, daß die schulzahnärztliche Versorgung nicht mehr stattgefunden hat.

(Beifall bei der CDU)

- B Ich hoffe aber, daß es sich hier um einen bedauerlichen Ausnahmefall handelt.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Büroversehen!)

Die SPD räumt der Familie an diesem heutigen Mittwoch einen großen Stellenwert ein.

(Petra Brinkmann SPD: Immer, nicht nur heute!)

Das freut die CDU ganz besonders. Denn Sie wissen, daß wir immer schon eine Partei der Familie gewesen sind. Ich glaube, die Hamburger Politik bringt in den hier dargelegten Antworten die vielen guten Dinge, die in den letzten Jahren auf Bonner Ebene auf den Weg gebracht worden sind, zum Ausdruck.

(Tanja Bestmann SPD: Super!)

Grundsätzlich geht es allen Kindern in unserem Land gesundheitlich sehr gut. Noch nie hatten wir so viele gesunde Kinder, und darauf können wir stolz sein. 95 Prozent aller Kinder waren bei den Vorsorgeuntersuchungen kerngesund.

Die Säuglingssterblichkeit — Herr Petersen ist eben schon auf die Hamburger Situation eingegangen — konnte in den letzten 15 Jahren in der Bundesrepublik um 50 Prozent gesenkt werden.

Die Sterblichkeit von Frühchen mit einem Geburtsgewicht von 1000 bis 1500 Gramm lag 1980 im Bundesgebiet bei 37 Prozent, 1995 nur noch bei 7 Prozent. Das sind gigantische Erfolge, die hier erreicht worden sind. Deutschland belegt damit eine Spitzenposition.

Deutschland ist 1980 auch das erste Land gewesen, das die Einführung der Ultraschalluntersuchungen in die Vor-

sorgeuntersuchungen aufgenommen hat. Ich denke, es ist viel gemacht worden. C

Die Krankheiten, die noch vor wenigen Jahren eine große Rolle gespielt haben, spielen heute, Gott sei Dank, keine Rolle mehr, nämlich die Infektionskrankheiten wie Wundstarrkrampf, Diphtherie, Tuberkulose, weil wir inzwischen einen sehr umfassenden Impfschutz haben.

Lebensmittelvergiftungen, die früher sehr häufig vorgekommen sind, sind durch ein strengeres Lebensmittelgesetz in den Griff bekommen worden.

Bei den Zwölfjährigen ist seit 1980 der Kariesbefall um 65 Prozent zurückgegangen. Das ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können. In den achtziger Jahren haben wir noch sehr stark über Trinkwasserfluoridierung und ähnliche Dinge nachgedacht, und jetzt haben die präventiven Maßnahmen gegriffen.

Auch die Versorgung im kindermedizinischen Bereich ist in der Bundesrepublik weitaus besser geworden. Waren 1980 noch durchschnittlich 5000 Kinder von einem Arzt zu versorgen, sind es heute nur noch 2600.

Aber diesen positiven Tendenzen müssen wir auch einen Wandel in den Krankheitsarten gegenüberstellen. Die klassische Infektionskrankheit spielt heute keine große Rolle mehr. Statt dessen nehmen die psychosomatischen und chronischen Erkrankungen sowie die Entwicklungsstörungen zu. Darauf müssen wir — Herr Petersen, ich denke, das ist auch eine Aufgabe der Politik — unser Hauptaugenmerk lenken.

Die Anfrage und die Antworten dazu haben deutlich werden lassen — Sie haben hier schon erwähnt, wie es zum Beispiel mit dem Plötzlichen Kindstod oder auch mit der Durchimpfungsrate aussieht —, daß eigentliches Handeln in den sogenannten sozial benachteiligten Gebieten stattfinden muß. D

Ich möchte noch einmal aus der Anfrage zitieren. Der Senat hat in bezug auf eine Initiative der Gesundheitsministerkonferenz gesagt:

„Die vorhandenen gesundheitlichen Versorgungsleistungen müssen auf ihre Nutzbarkeit, Wirksamkeit und Vernetzung zur Erreichung sozial benachteiligter Gruppen überprüft werden, um die vorhandenen Ressourcen effizient einzusetzen.“

Zukünftig müssen noch stärker als bisher Einrichtungen, die von vielen Kindern und Jugendlichen besucht werden, und deren Leistungen einbezogen werden.“

Das sind zwar schöne Reden — Sonntagsreden nennt man so etwas in der Politik —, aber mir fehlt die Konkretisierung, wie dies in den Kindertagesheimen, in den Schulen stattfinden und wie es mit der Verbesserung der aufsuchenden Arbeit zum Beispiel durch Mütterberatungsstellen aussehen soll.

Ich vermisste in der Senatsantwort auch konkrete Angaben als Konsequenz aus Ihrer Zwischenbilanz „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hamburg“, die Sie 1994 auf den Markt gebracht haben. Dort sind als Stichworte, die unbedingt angegangen werden müssen, Mädchen und Medikamentenabusus, Alkoholsucht bei Jugendlichen, motorische Unruhe und die Vernachlässigungsproblematik, die Sie eben auch schon angesprochen haben, genannt worden. In der Senatsantwort vermisste ich Priorität-

(Wolfgang Beuß CDU)

- A ten, zumindest kann ich sie nicht erkennen. Hier müssen politisch Prioritäten gesetzt werden.

Frau Senatorin, vielleicht sagen Sie gleich noch etwas zu diesem Problem. Zusammenfassend sind wir in dieser Frage zwar auf einem ganz guten Weg, aber unsere Konzentration muß jetzt den Problemgebieten gelten, weniger den gutsituierten Regionen Hamburgs.

Fazit: Der Staat und die Gesellschaft können nicht alles regeln, das ist völlig klar. Gesundheit, gerade die unserer Kinder, ist ein ganz hohes Gut. Das Problem ist jedoch der private Bereich. Hier haben wir als Politiker und die Gesellschaft kaum oder gar keine Einflußmöglichkeiten. Im privaten Bereich können wir nur an die Einsicht der Eltern appellieren, alles für die Gesunderhaltung der Kinder zu tun. Diese Einsicht müssen wir in Kindertagesheimen und Schulen fördern. Die Doktores vor Ort müssen es tun, genauso wie die zahlreichen Beratungsstellen. Nur über die Förderung dieser Einsicht, der Hilfe an die Eltern in den sozial benachteiligten Vierteln wird es uns gelingen, die in dieser Anfrage beschriebenen negativen Daten, die zweifelsohne zu verzeichnen sind, zu verbessern. Das muß im Interesse der Gesundheitsförderung unserer Kinder in Hamburg unser aller Ziel sein.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Deuter.

- B **Sonja Deuter GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Familienressort der GAL stützt sich in seinen Ansätzen zur Gesundheit von Familien auf die WHO-Definition zur Gesundheit. Diese umfaßt die sozialen und individuellen Ressourcen ebenso wie die körperlichen. Direkte Zusammenhänge mit Gesundheit bestehen deshalb in angemessenen Wohnbedingungen, in der Ernährungs- und Einkommenssituation, in einem stabilen Ökosystem als auch in sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

Spätestens seit der Ottawa-Konferenz der WHO 1986 ist auf der Tagesordnung, daß Sorgen um gesundheitsfördernde Lebenswelten mindestens ebenso wichtig sind wie eine unmittelbare medizinische Betreuung. Trotz der Sparmaßnahmen aus Bonn muß Hamburg sich hier ein eigenes Profil schaffen, wenn die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Eltern ernst genommen wird. Die gesetzlichen Grundlagen sind völlig veraltet. Für den Öffentlichen Gesundheitsdienst ist immer noch ein Gesetz aus dem Jahre 1934 gültig. Daß sich seitdem vieles verändert hat, liegt auf der Hand.

Wir hatten heute schon eine Debatte über die Lebenswelt der Familien in ihrer Gesamtheit. Zusammenhänge müssen klarer beleuchtet werden, denn dann wird deutlich, daß zum Beispiel die Zahngesundheit oder der Ernährungszustand von Kindern unter den Einflüssen der veränderten Bedingungen von Familien gesehen werden müssen, daß sich materielle Unsicherheit auf die Qualität der Ernährung auswirkt, daß eine fehlende Infrastruktur im Stadtteil dazu führt, daß im ersten, aber oft nicht im besten Geschäft eingekauft wird, daß gemeinsame Mahlzeiten in den Familien immer seltener werden, daß fehlende oder kinderfeindliche Verkehrsausstattungen für Familien eine weitere Hemmschwelle bedeuten, um sich medizinische oder soziale Beratung zu holen.

Die Drucksache macht deutlich, daß es immer mehr mangelernährte Kinder gibt. Hier sehe ich einen Ansatz für die

Schulen, über die Qualität des Essens aufzuklären. Das allein wird aber nicht reichen, denn die regelmäßige Essensversorgung innerhalb der Familie muß gewährleistet werden. Eine Umgestaltung des Schulärztlichen Dienstes kann die GAL nur begrüßen, denn Zusammenarbeit mit den Schulen und Stadtteilorientierung sind ein guter Ersatz für die obligatorischen Reihenuntersuchungen. Schon 1989 war in einer Großen Anfrage der SPD nachzulesen, daß das Erstellen von gesundheitspolitischen Zielen und Prioritäten eine vernünftige Gesundheitsberichterstattung voraussetzt. Auch der Koalitionsvertrag sieht hierzu eine regelmäßige und differenzierte Gesundheitsberichterstattung einschließlich einer Frauenberichterstattung vor.

(Beifall bei Heide Simon und Sabine Steffen, beide GAL)

Berücksichtigen müssen wir dabei aber, daß der moderne Gesundheitsbegriff und insbesondere die Forschung zur Gesundheitsförderung aufzeigen, von welcher herausragender Bedeutung die kommunale Ebene in ihrer Funktion als Sozialgemeinde für den Gesundheitszustand der Bevölkerung ist. Thema bei der BAGS im Armutsbericht — gerade auch in Verbindung mit derzeitigen Gesundheitsstudien — ist immer wieder die Verminderung der Auswirkung von sozialer Benachteiligung auf die Gesundheit bei Kindern.

Gerade die Situation der rund 45 000 Alleinerziehenden in Hamburg ist gefährdet. Das diesjährige Motto der WHO lautet: Gesunde Mütter, gesunde Kinder. Daraus wird oft vorschnell nur eine Verantwortung herausgelesen. So war unlängst der „taz“ richtig zu entnehmen, daß die Anforderungen der Krankenkassen an die Mütter geradezu zynisch sind — ich zitiere —:

„Sie haben die Gesundheit ihrer Familien in der Hand.“

Aber leider haben sie nicht die dazugehörige volle Brieftasche in der Hand.

Im Zwischenbericht der Gesundheitsbehörde ist eines der 14 wichtigsten formulierten Ziele, die gesundheitliche Auswirkung einer unsicheren sozialen Lage zu vermindern. Bereits im „Stadtdiagnose — Gesundheitsbericht Hamburg“ von 1992 wird auf die Notwendigkeit regionaler Stadtteilanalysen und im zweiten Armutsbericht auf eine unzureichende Datenlage hingewiesen. Das wird auch bei der Lektüre der Drucksache 16/655 überdeutlich. Folgerichtig ist auch ihr zu entnehmen, daß es aufgrund der Daten, die es heute gibt, gar nicht möglich ist, den Bezug von gesundheitlicher Lage und sozialer Benachteiligung herzustellen; Zusammenhänge werden nur vermutet.

Daher setzt sich die GAL dafür ein, daß fortan in Hamburg eine kleinräumige Sozial- und Gesundheitsberichterstattung erstellt werden soll,

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Jeder Arzt macht einen Bericht! Und jede Sprechstundenhilfe auch!)

die räumlich begrenzt über die Erfordernisse eines Bezirks, Stadtteils oder Quartiers berichtet, so wie es Senator Wrocklage eben zu TOP 17 auch ausgeführt hat.

Durch ein solches Berichtswesen wird und würde sichtbar werden, welche Faktoren und Zusammenhänge für die Bewältigungsstrategien in einem Stadtteil relevant sind; das ist absolut wichtig; eine qualitative Aufzählung allein reicht nicht. Wir müssen heute mehrdimensional denken und nicht immer nur eindimensional.

C

D

(Sonja Deuter GAL)

- A Die GAL geht weiter davon aus, daß sich in der Praxis immer mehr die Notwendigkeit ergibt, sich über die Ressorts hinaus zu vernetzen. So kann zum Beispiel die Unterstützung von Familien nach der Geburt eines Kindes weder nur aus dem medizinischen noch ausschließlich aus dem sozialen Bereich erfolgen. Aus dem Zwischenbericht über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen geht hervor, daß seit 1994 eine Verschiebung stattgefunden hat, und zwar eine Verschiebung bei der Säuglingssterblichkeit. Nun muß uns doch interessieren, durch welche Faktoren sich die Veränderung der Säuglingssterblichkeit in welchem Stadtteil ergibt. Wie kann darauf reagiert werden — das erfahren wir nur dadurch —, und welche Maßnahmen sind erforderlich? Hier sieht die GAL die Notwendigkeit, innovative Maßnahmen zu unterstützen, wie zum Beispiel das Familienhebammenmodell in Barmbek, das die verschiedenen Arbeitsbereiche vorbildlich integriert und sowohl medizinische als auch soziale Aspekte vernetzt. Hier wird es nicht nur darum gehen, begonnene Projekte in der Finanzierung zu sichern, sondern auch zu prüfen, ob diese Maßnahmen für ganz Hamburg anwendbar sind.

Weil die Gesundheit von Familien mit dem sozialen Status einhergeht, muß in erster Linie bereichsübergreifend gearbeitet werden. In den Kinder- und Familienhilfezentren ist dafür bereits ein Ansatz geschaffen, nämlich Gesundheit und Jugendhilfe zu verbinden. In den Mütterberatungsstellen dürfen personalmäßig keine weiteren Schwächungen geduldet werden. Vielmehr muß die Arbeit intensiver qualifiziert und den neuen Bedarfen angepaßt werden, also auch hier weniger Meßlatte und Waage und mehr Dialog mit den Besucherinnen, wie das heute schon in der Debatte deutlich wurde.

- B Insgesamt muß der präventive Teil der Arbeit weiter ausgebaut werden. Statt der alltäglich gewordenen Krisenintervention müssen wir wieder handlungsfähig werden, und zwar durch planerische Vorausschau nach einer gründlichen Lebensweltanalyse und einer Vernetzung der verschiedenen Politikfelder. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Beantwortung der Großen Anfrage „Familien und Gesundheit“ hat der Senat Ihnen zum Thema Gesundheit von Kindern und Jugendlichen berichtet, wie sich in ausgewählten Zielbereichen die gesundheitliche Situation von Hamburger Kindern entwickelt hat und welche Maßnahmen zu ihrer Verbesserung ergriffen wurden. Bei der Lektüre und Analyse der Daten wird vor allem deutlich — das haben auch die Diskussionsbeiträge noch einmal bestätigt —, daß es nur durch das Zusammenwirken vieler verschiedener Akteure möglich ist, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Gesundheitsförderung ist in diesem Sinne eine Querschnittsaufgabe, das heißt, isolierte Ansätze haben hier keine Chance.

(Beifall bei Sonja Deuter GAL)

So ist der Erfolg bei der Senkung der Säuglingssterblichkeit der guten Kooperation mit den Kinderärzten und den bezirklichen Mütterberatungsstellen zu verdanken; Frau Deuter hat es gerade ausgeführt. Die Verbesserung der

Zahngesundheit bei Kindern konnte nur erreicht werden, weil der Öffentliche Gesundheitsdienst und die in der Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendzahnpflege zusammengeschlossenen Hauptakteure, nämlich die Ärzte und Krankenkassen, an einem Strang ziehen.

Eine gesunde Ernährung von Kindern ist nur zu bewirken durch die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Bezirken, Schul- und Jugendbehörde sowie der hamburgischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung; Herr Beuß, das haben Sie auch bestätigt. An dem Punkt sind wir uns also einig über die Fraktionen hinweg, und das ist gut so.

Hervorheben möchte ich neben der Betonung von guter Kooperation und Vernetzung zwischen allen Beteiligten die besondere Wirksamkeit der präventiven Ansätze. Gesunde Kinder werden wir in Hamburg nur dann finden, wenn wir vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung des plötzlichen Säuglingstodes, zur Verbesserung des Impfschutzes und der Zahngesundheit oder zur Vermeidung von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen ergreifen.

Zu diesen präventiven Aufgaben gehört es auch, die soziale Situation der Kinder und Familien in Hamburg zu verbessern, denn die Daten über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hamburg weisen nach wie vor darauf hin, daß es einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und gesundheitlichen Risiken gibt. Von daher müssen wir an der Stellschraube der Sozialbenachteiligung etwas ändern; das haben auch Frau Deuter und Herr Petersen gesagt.

Auf diese Problematik soll im geplanten Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Hamburg deshalb das Hauptaugenmerk gelegt werden. Wir wollen erreichen, daß auch Familien in sogenannten sozialen Brennpunkten den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen gesundheitlichen Versorgung finden. Deshalb müssen in den benachteiligten Stadtgebieten Hamburgs auch in Zeiten knapper Kassen Mütterberatungsstellen als ergänzendes Angebot zum Regelsystem gesundheitlicher Versorgung erhalten bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

— Da können Sie einmal alle klatschen. — Dies bietet die Möglichkeit, überhaupt erst Kontakt zu den Müttern zu bekommen, um sie für die gesundheitlichen Belange ihrer Kinder zu sensibilisieren und ihnen die Angebote der Gesundheitsversorgung näherzubringen.

Auch künftig wird die BAGS ihre Aktivitäten der Gesundheitsberichterstattung fortführen und die erhobenen Daten dem Parlament zur Verfügung stellen. Sicher kann das eine oder andere auch noch verbessert werden.

(Beifall bei Sonja Deuter GAL)

Es kommt jedoch darauf an, das sich an die Daten anschließende Ergebnis zu bewerten und dann auch die richtigen Konsequenzen zu ziehen, denn allein mit einer Berichterstattung schaffen wir das Problem nicht aus der Welt.

(Beifall bei Rolf-Rüdiger Forst CDU)

Daß wir mit unseren Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und -prävention auf einem guten Wege sind, zeigt auch die Anfrage. Wichtig ist aus meiner Sicht, daß die Krankenkassen hierzu einen Beitrag leisten; sie müssen

(Senatorin Karin Roth)

- A einen gesetzlichen Auftrag erhalten. Dazu müssen in Bonn die Weichen anders gestellt werden, und darauf hoffen wir.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Wer möchte nunmehr der Überweisung an die drei Ausschüsse zustimmen? — Danke schön. Gegenprobe. — Das war einstimmig.

Tagesordnungspunkt 10: Große Anfrage der GAL über die Hamburger Beteiligung an der EXPO 2000.

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Hamburger Beteiligung an der EXPO 2000
— Drucksache 16/684 —]**

Diese Große Anfrage möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuß überweisen. Wer wünscht das Wort? — Das Wort hat Herr Bühler.

Axel Bühler GAL: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Antwort des Senats weist auf einige Probleme hin, die wir in Sachen EXPO noch gemeinsam in Angriff zu nehmen haben. Ein Teil des Problems ist sicherlich das uns schon länger begleitende Problem der Definition der Nachhaltigkeit. Wir stehen nicht allein da, das vernünftig operationalisierbar zu machen, aber manchmal habe ich den Eindruck, daß andere deutlich weiter sind als wir in Hamburg.

Deutlich wird, daß noch eine klare Linie für den Hamburger Auftritt in Hannover fehlt. Für die Bürgerschaft ist nicht erkennbar, welches Konzept der Senat für die EXPO 2000 wirklich verfolgt, außer daß die Massenströme der Touristen, die in Hannover aus dem Bett fallen, in Hamburg mit gemachten Betten empfangen werden; aber das ist zu wenig.

B

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sehr richtig!)

Die Ansammlung von Einzelprojekten gibt zwar ein wenig die Richtung an, ein wirklich vorzeigbares Profil, das die Menschen in dieser Stadt und die Besucher der EXPO überzeugen könnte, ist allerdings noch nicht da. Immerhin ist die gräßliche EXPO-Broschüre von Herrn Rittershaus auf dem Müll gelandet, wo sie auch hingehört.

(Heike Sudmann GAL: Altpapier!)

Das Interesse der Wirtschaftsbehörde an den selbstverständlich ambitionierten inhaltlichen Zielvorgaben der EXPO scheint uns noch zu gering. Wie ist sonst zu verstehen, daß niemand weiß, ob die Leitbilder der Wuppertal-Studie bei der Projektauswahl nun eine Rolle spielen oder nicht; schließlich hat Hamburg Projekte eingereicht. Zu gering scheint uns auch noch das Interesse des Senats an einer Bürgerbeteiligung. Schon um den Beitrag Hamburgs an der EXPO 2000 zu einem Projekt dieser Stadt zu machen, wäre eine intensive Beteiligung zum Beispiel der Kammern, der Umweltverbände und der Initiativen wünschenswert.

Auch die Koordination der Hamburger Unternehmen, die sich an der EXPO beteiligen, könnte den Hamburger Auftritt im Sinne der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung aufwerten. Da sollte der Senat sich schlau machen.

(Michael Dose SPD: Der Senat ist schlau!)

Leider wird nicht deutlich, in welcher Weise die verschiedenen EXPO-Beauftragten der Behörden kooperieren, unter welchen Leitbildern sie arbeiten und unter welcher Leitung. Auch da wünschen wir uns mehr Klarheit.

Die der Antwort des Senats beigefügten Projekte sind in der Kürze der Darstellung schwierig zu beurteilen. Nachsorgender Umweltschutz entspricht — ich glaube, da sind wir uns hier einig — in der Regel nicht dem Kriterium der Nachhaltigkeit; einige Projekte scheinen da kritisch zu sein. Wären wir noch in der Opposition, hätte uns allerdings insbesondere folgende Formulierung in Sachen Hafen mißtrauisch werden lassen. Da steht:

C

„... unter gleichzeitiger Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen der ökologischen und ökonomischen Gewässerunterhaltung.“

Sollte da etwa die Elbvertiefung geschickt verborgen sein? Das werden wir sicher erfahren.

Es bleibt unseres Erachtens die gemeinsame Aufgabe, das Hamburger Engagement betreffend die EXPO verstärkt unter die Leitbilder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zu stellen und bei der weiteren Projektauswahl den Fach- und Sachverstand der Hamburger Umweltverbände und Initiativen zu nutzen, die Chancen der EXPO zu nutzen und Projekte zu verfolgen, die die kommunale Agenda 21 in dieser Stadt konkret machen. Vielleicht war die Zeit noch zu kurz, um den aus der letzten Legislaturperiode geerbten schleppenden Verlauf der Hamburger EXPO-Beteiligung mit mehr Esprit und Konzept zu versehen; wir würden das gerne ändern.

Das Bewerbungsverfahren für Beiträge ist laut EXPO 2000 ausdrücklich noch offen, um präsentieren zu können, was im Jahr 2000 aktuell ist, und nicht den Stand von 1997 einzufrieren; das begrüßen wir ausdrücklich. Es ist also noch Zeit für den Senat und die Fraktionen, das EXPO-Profil im Sinne des Auftrags zu schärfen und Lösungen für die zentralen Zukunftsfragen der Menschheit an der Schwelle des 21. Jahrhunderts zu entwickeln.

D

Abschließend ein paar Anregungen, die wir im Sinne der Agenda 21 für die EXPO begrüßen würden. Ein Projekt von wegweisender Bedeutung wäre sicherlich ein Hamburger Beitrag zu der Frage, wie ein Metropolhafen zukunftsfähig gestaltet werden kann. Den Hafen haben wir, das Know-how dafür haben wir, warum also nicht. Aber auch eine Nummer kleiner ließen sich spezifische Projekte anbieten, die interessant sind, etwa Logistikkonzepte — beispielhaft die TU Harburg und der Otto-Versand —, Schiffbau mit modernen und effizienten Schiffskörpern und -antrieben, Verschlüsselungstechnologien zur Sicherung der privaten Kommunikation im Internet, Siedlungsprojekte, selbstorganisiert und energieeffizient.

Ich will hier nicht aus dem Handgelenk Vorschläge auf den Tisch werfen. Entscheidend wird in Zukunft vor allem sein, wen wir in die Profilbildung des Hamburger EXPO-Auftritts einbinden. Die EXPO 2000 bleibt auf der Tagesordnung. Die Entwicklung eines ordentlichen Hamburger Profils ist eine Aufgabe, der sich Senat und Bürgerschaft in den nächsten Monaten stellen werden — hoffentlich unter Einbeziehung von Unternehmen, Verbänden und Initiativen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Jürgen Schmidt.

Jürgen Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine Eingangsbemerkung zu Ihren Ausführungen, Herr Bühler. Ich finde es nicht sehr profilsteigernd, wenn Sie den Tourismus diskreditieren.

(Jürgen Schmidt SPD)

A (Antje Möller GAL: Das war ein bißchen flapsig!)

Das ist immerhin ein Wirtschaftszweig in der Freien und Hansestadt Hamburg, der eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und damit auch Investitionen bedeutet.

Wenn Sie sich einmal ansehen, wie erfolgreich der Ablauf vergangener Weltausstellungen war — gerade aktuell die Situation in Lissabon —, dann werden Sie feststellen, daß unter dem Titel „Weltmeere, Ozeane“ gerade das touristisch attraktive Ozeaneum ein großer Renner ist.

(Antje Möller GAL: Aber da sind die Hotels nicht fertig geworden!)

Natürlich ist eine derartige Veranstaltung nur akzeptabel und wird von der Bevölkerung angenommen, wenn derartige attraktive Dinge da sind, und selbstverständlich lebt eine solche Weltausstellung auch vom Tourismus. Insofern fand ich die Bemerkung meines Vorredners entbehrlich.

(Beifall bei Elke Thomas CDU)

Die Weltausstellung EXPO 2000 gibt der Bundesrepublik, ihren kulturellen und sozialen Institutionen sowie gesellschaftlichen Gruppen die Gelegenheit, die intellektuelle und praktische Auseinandersetzung mit den zentralen Zukunftsfragen der Menschheit zu demonstrieren. Hamburg tut gut daran, diese Chancen hanseatisch selbstbewußt, innovativ und kostenbewußt zu nutzen. In diesem Sinne befinden wir uns auf dem richtigen Weg nach Hannover.

B Ausgangspunkt ist der deutsche Pavillon, der mit einem integrativen Ansatz aufzeigen soll, welchen Weg die Bundesrepublik mit ihren 16 Ländern in die Zukunft beschreiten wird. Hamburg ist in dieses Konzept eingebunden und wird keine Alleingänge machen und — bezogen auf die knappen finanziellen Ressourcen — auch nicht machen können. Mit der Präsentation Hamburger Beiträge auf der EXPO 2000 können wir beispielhaft den Politikansatz des rotgrünen Senats darstellen. Die Grundsätze unserer Politik, wie sie im Koalitionsvertrag niedergelegt sind, passen sehr gut zum EXPO-Konzept „Mensch-Natur-Technik“, denn die Kernanforderungen an die sogenannten weltweiten Projekte lauten: Einklang zwischen Ökonomie und Ökologie anstreben, Orientierung am Leitbild der Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit im Sinne der Agenda 21.

Das neue Konzept der „weltweiten Projekte“ bietet breiten Raum zur Darstellung fortschrittlicher Ideen im nachhaltigen Sinne, denn das allgemein gültige Auswahlverfahren schreibt Kriterien verbindlich vor:

Erstens eine möglichst flächensparende Bebauung und eine ökologisch orientierte Auswahl von Baustoffen, außerdem eine sparsame Energieversorgung und ressourcensparende Verkehrsabwicklung.

Zweitens: Die Projekte müssen die Kriterien für die nachhaltige Entwicklung laut Agenda 21 erfüllen.

Drittens: Die Projekte behandeln globale Themen im regionalen Kontext. Dabei werden die jeweiligen sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Gegebenheiten der Region berücksichtigt.

Wir Sozialdemokraten meinen, daß die in der Senatsantwort vorgestellten 20 Projekte diese Kriterien in ausgezeichneter Weise erfüllen und bestens geeignet sind, grüne Bedenken gegenüber früheren Projektsammlungen zu zerstreuen. Ich möchte auf die erhebliche Bandbreite der Projektträger von Hamburg Leuchttfeuer über das Max-

Planck-Institut für Meteorologie bis zum Axel Springer Verlag verweisen. Abgedeckt sind die wichtigen Leitthemen Zukunft der Arbeit, Information und Kommunikation, Umwelt und Klima, insgesamt also eine Liste von Projektanträgen, die sich sehen lassen kann und den immer wieder in der vergangenen Legislaturperiode von der Opposition erhobenen Vorwurf der Untätigkeit und Schlafmützigkeit des Senats fundiert widerlegt.

(Barbara Ahrons CDU: Na, fundiert ist was anderes!)

Gestatten Sie mir angesichts des eher skeptischen Untertons des GAL-Antrags und auch des Beitrags von Herrn Bühler,

(Antje Möller GAL: Das ist eine Antwort auf eine Große Anfrage! Das war kein Antrag!)

an ein Wort meines Fraktionskollegen Werner Dobritz zu erinnern, der in der letzten Debatte zu diesem Thema sagte — ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin —:

„Es bleibt die Grundsatzfrage, ob wir auf der EXPO 2000 die ökonomischen Probleme der Welt betrauern wollen oder ob wir auch der Industrie den Raum geben, Lösungsansätze mit darzustellen.“

Mit der jetzt vorgelegten Senatsantwort hält die SPD-Fraktion diese Grundsatzfrage für gut beantwortet.

(Antje Möller GAL: Das steht da gar nicht drin!)

Hamburg wird aller Voraussicht nach kräftig von der EXPO in Hannover profitieren können, denn für die Dauer der EXPO wird es einen Boom von Besuchern in unserer Stadt geben. Es ist eine einmalige Chance für Hamburg als nächstgelegene Metropole und attraktiver Tourismusstandort. Die Tourismuszentrale rechnet mit circa 500 000 zusätzlichen Übernachtungen und mit mehr als zwei Millionen Besuchern in der Hansestadt während der Weltausstellung. Das bedeutet erhebliche Kaufkraft und zusätzlichen Umsatz in unserer Stadt. Die EXPO in Hannover bietet uns die Gelegenheit, Hamburg als das Tor zur Welt noch weiter bekanntzumachen.

Nicht unerheblich dürfte in diesem Zusammenhang der Plan der Deutschen Bahn AG sein, Hamburg im 30-Minuten-Takt mit dem Messebahnhof Hannover zu verbinden, was erhebliche zusätzliche umweltfreundliche Transportkapazitäten schafft.

In Zeiten knapper öffentlicher Kassen kann man sich auch an der Frage der Kosten nicht vorbeimogeln. Deshalb ein kurzes Wort über den finanziellen Rahmen dieser Veranstaltung. Nach schwierigen Verhandlungen sind die Finanzierung und die Beteiligung der Länder geklärt worden. Nun trägt der Bund bis zu 146 Millionen DM und die Länder 57 Millionen DM am deutschen Pavillon. Der Hamburger Anteil beläuft sich auf 1,56 Millionen DM. Das sind lediglich 2,7 Prozent der gesamten Länderkosten. Die anderthalb Millionen sind ein überschaubarer Betrag für ein lohnendes Investment Hamburgs.

Zusammenfassend stelle ich fest: Die Vorbereitungen Hamburgs für die EXPO 2000 sind voll im Zeitrahmen, und die Antwort des Senats belegt, daß wir uns mit den Hamburger Projekten gut sehen lassen können. So sollten wir die offensichtlichen Vorteile für Hamburg in den Mittelpunkt stellen und zuversichtlich gen Hannover 2000 blicken. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

C

D

A **Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Ehlers.

Karl-Heinz Ehlers CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Die GAL hält eigentlich nichts von der EXPO.

(*Antje Möller GAL:* Das stimmt!)

Das wird aus dem ganzen Tenor ihrer Anfrage deutlich, auch wenn hier eine völlig andere Rede gehalten wird,

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Wenn Sie die GAL wären, was würden Sie dann sagen?)

als würde sich die GAL plötzlich zum Protagonisten der EXPO machen. Frau Möller, wir müssen doch gar nicht darüber reden, aus welchem Grunde und mit welchem Tenor Sie diese Anfrage gemacht haben und aus welchem Anlaß und mit welchem Tenor hier plötzlich eine völlig andere Rede stattfindet. Für Sie ist die EXPO nichts weiteres als ein Dritte-Welt-Laden mit einem dreißigminütigen Bahnanschluß von Hamburg aus; so darf man die EXPO aber nicht betrachten.

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Wollen Sie das nächste Mal unseren Redebeitrag halten?)

Und dann macht der Senat etwas ganz Fürchterliches. Er gibt eine Broschüre heraus, auf der ausgerechnet der Transrapid zu sehen ist, auf der der Airbus abgebildet ist und ein Containerschiff, das Hafenerweiterung in Altenwerder suggeriert. Natürlich ist dann Frau Möller sofort auf der Matte nach dem Motto:

(*Heike Sudmann GAL:* Sind Sie gegen Transrapid? Das wäre toll!)

B

Wo sind denn beim Transrapid Haltepunkte auf der Strecke? Der Senat sagt, Moorfleet will ich eigentlich nicht. Das hat alles mit der EXPO nichts zu tun und macht deutlich, daß Sie dieses Vorhaben EXPO nicht wollen; deswegen war Ihr Aufblasen programmiert. Der Senat will die EXPO eigentlich auch nur halbherzig und gibt jetzt eine willkommene Entwarnung, indem er sagt, alles, was hier drinsteht, muß euch als GAL überhaupt nicht beunruhigen. Das ist nämlich eine Materialsammlung — wo ist die Kollegin, Herr de Lorent, die vorhin Ole von Beust meinte sagen zu müssen, was Gym heißt — wie in einem Besinnungsaufsatz siebte Klasse. Und diese Materialsammlung Besinnungsaufsatz siebte Klasse werden wir jetzt wieder zu den Akten legen. Ihr müßt als GAL also keine Angst haben, daß irgend etwas davon realisiert wird, sondern — das weiß nun jeder Bundesligatrainer — wir sind ein Team mit anderen Bundesländern und mit dem Bund, und in einem Team kann man sich getrost verstecken.

Im Gegensatz zum Senat erkennt der Bundesligatrainer, wer die Drückeberger in einem Team sind, und die wirft er hinaus, während der Senat sich frohgemut dahinter versteckt, daß er Gott sei Dank nichts zu tun braucht, weil er sich ja in einem Team befindet. In einem Team müsse man eben mit anderen zusammenarbeiten, und da reifen nicht alle Blütenräume, sagte Herr Mirow, er könne das leider nicht ändern; und die GAL kann sich wieder hinlegen: All das, was Hamburg als Industriestandort auf einer solchen internationalen Messe profilieren würde, findet Gott sei Dank nicht statt. Das ist das Ergebnis dieser Anfrage.

Genau diese Haltung schadet dieser Stadt. Sie verhindern zwar nicht, daß Hamburg von der EXPO profitiert — das

wäre ja noch schöner —, aber Sie tun auch nichts dafür, daß Hamburg mehr profitiert als unbedingt erforderlich als Abfallprodukt von Hannover; da bin ich völlig anderer Meinung als der Kollege der SPD. Hamburg tut darüber hinaus nichts, obwohl dieses große Ereignis in seinem Kern in unmittelbarer Nachbarschaft zu Hamburg weltweit ausstrahlt, und der Senat droht, dieses Ereignis tief zu verschlafen.

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Das macht Herr Mirow uns zuliebe!)

— Herr Schmidt, das ist klar, daß Sie das nicht berührt, denn Hannover ist mit dem Rad — jedenfalls für beleibte Leute wie Sie — nur in Grenzen erreichbar.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie könnten wenigstens im 30-Minuten-Takt mit der S-Bahn oder irgendeiner anderen Bahn dahin fahren. Immerhin gäbe es diese Möglichkeit.

Der Senat verschläft für diese Stadt die Chancen. Eine halbe Million zusätzlicher Übernachtungen werden als Abfallprodukt nur mühsam akzeptiert. Frau Möller fragt danach, wieviel Autos denn nach Hamburg kommen und welche Umweltverschmutzung entstehen wird, wenn die 500 000 Leute plötzlich alle mit dem Auto nach Hamburg fahren. Das ist das Problem von Frau Möller und nicht, daß Leute hierherkommen, hier einkaufen, hier übernachten, die Gastronomie stärken, sondern daß die vielleicht mit dem Auto kommen — um Gottes willen!

Aber das, Frau Möller, kann das Problem nicht sein. Der Standort Hamburg — 150 Kilometer entfernt — hat eine hervorragende Gelegenheit, sich weltweit zu profilieren, zu propagieren und die Qualität dieser Stadt aufzuwerten. Jede Stadt hat, ob Olympische Spiele, Fußballweltmeisterschaften oder EXPOs, davon profitiert, in diesem Zusammenhang ihre Infrastruktur in Ordnung zu bringen. Diese Gelegenheit hätte auch Hamburg; Hannover macht es vor, wie man es machen kann.

Herr Senator Mirow, wenn Sie schon nicht in der Lage sind, mit Herrn Maier zusammen ein Entwicklungskonzept für St. Georg zu erstellen, um den Hauptbahnhof und sein Umfeld vernünftig auf die Reihe zu bringen, dann könnten Sie sich doch immerhin hervorragend hinter der EXPO verstecken und sagen: Im Zusammenhang mit der EXPO müssen wir jetzt rund um den Hauptbahnhof etwas tun, damit die Leute, die aus Vancouver und Sevilla kommen — die beiden Orte, in denen vorher die EXPO stattgefunden hat —, in Hamburg nicht konsterniert aus dem Zug steigen und sagen: Das soll der Vorort einer EXPO sein? So haben wir eigentlich nicht gewettet.

(*Farid Müller GAL:* Herr Ehlers, wir schaffen Qualität und nicht Quantität!)

— Sie schaffen Qualität, nur die falsche.

Weitergehend als bei den bisherigen Weltausstellungen setzt die EXPO in Hannover auf ein offenes, gestaltbares und dezentrales Konzept. Das heißt, es gibt die Chancen nicht nur für die Stadt, in der diese EXPO stattfindet, sondern für die Region und für das Umfeld, sich entsprechend zu profilieren. Was passiert mit Hamburg? Hamburg begibt sich, zusammen mit anderen Bundesländern, in ein Team und damit in die Abhängigkeit dessen, was auf der EXPO für Hamburg dargestellt wird. Das kann man noch nachvollziehen, denn sicher spielen Kostengründe eine Rolle.

C

D

(Karl-Heinz Ehlers CDU)

A Es hat auch etwas damit zu tun, daß man sagt: Okay, die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesländer stellen sich hier in einem Pavillon geschlossen dar. Aber wenn man sich schon in ein Team und damit in die Abhängigkeit von anderen begibt, dann muß man alle Chancen, die es darüber hinaus gibt, die Stadt per se darzustellen, in exorbitantem Umfang nutzen. Wenn man schon eingeschränkt ist, dann muß man erst recht deutlich machen: Hamburg ist ein Kulturstandort, Hamburg ist ein Medienstandort, Hamburg hat — und es ist nicht alles Quatsch, auch wenn wir von der Opposition gelegentlich etwas anderes sagen — durchaus etwas zu bieten.

(Zuruf von der GAL)

— In Einzelmaßnahmen haben wir durchaus etwas zu bieten. Alles das, was Ihnen nicht gefällt, haben wir zu bieten, zum Beispiel den Transrapid.

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der GAL)

Das alles soll genau nicht dargestellt werden, das ist ja Frau Möllers Problem. Dieser Zug und auch der Airbus sind Frau Möllers Problem. Aber mit genau diesen Dingen könnte sich Hamburg profilieren und darstellen. Das sind Chancen, die der Senat nicht nutzt. Das kann nicht vernünftig sein.

(Antje Möller GAL: Soll ich vielleicht mal hinausgehen?)

Wenn wir den heutigen Stand betrachten, kann alles das nicht ausreichen und nicht befriedigen, Herr Kollege von der SPD.

Die Bahn bereitet einen 30-Minuten-Takt vor. Das ist wunderbar. Nur, damit hat der Senat überhaupt nichts zu tun. Das macht die Bahn.

(Heino Vahldieck CDU: Bringt ja auch etwas ein!)

— Natürlich.

16 dezentrale Projekte sind von der EXPO-Jury zur Registrierung empfohlen worden. Was wird realisiert? Wir wissen es nicht.

Einige Behördenmitarbeiter kümmern sich um das Thema EXPO. Damit hat der Kollege von der GAL recht:

(Antje Möller GAL: Da sind Sie sicher?)

Keiner weiß, wer das eigentlich koordiniert. Irgendwelche Leute schreiben Stundensätze auf, die sie angeblich mit der EXPO befaßt sind. Niemand weiß, wer eigentlich dafür die Federführung hat, niemand weiß, wer hier eine vernünftige strategische Entwicklung vorgibt. Immerhin sind die Kosten ermittelt in der Hoffnung, daß die 1,5 Millionen DM auch ausreichen werden.

Dieser Stadt fällt mit der EXPO eine gigantische Chance in den Schoß. Aber aus der Antwort des Senats auf die Anfrage wird deutlich, wie die Stadt auf diese gigantische Chance reagiert, und das zeugt von einem erbärmlichen Niveau.

Über eines müssen wir uns klar sein: Die EXPO findet statt, ob Hamburg sich beteiligt oder nicht.

(Bernd Reinert CDU: Das ist auch richtig!)

Hamburg hat die Gelegenheit, seine Chancen zu nutzen. Herr Senator Mirow, ich finde, wir sind weit davon entfernt, sagen zu können, Hamburg hätte in bezug auf das Jahr

2000 — so lange ist das nicht mehr hin — seine Chancen bisher optimal genutzt. C

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Senator Dr. Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, daß wir in der vergangenen Viertelstunde, vor allen Dingen aber in den letzten Minuten, lieber Herr Ehlers, eine Stellvertreterdiskussion geführt haben, und das in doppelter Hinsicht: Eine Stellvertreterdiskussion zum einen, weil das eigentliche Problem der EXPO in Hannover ihr eigenes Problem ist.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wessen Problem? Von der CDU?)

— Nein, der EXPO, in diesem Fall nicht der CDU. Sie können ganz beruhigt sein.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Herr Ehlers, ich würde in diesem Fall noch nicht einmal sagen, in erster Linie der Bundesregierung, obwohl ich mir das auch einfallen lassen könnte.

Wer ein bißchen selbstkritisch und ehrlich mit dem Vorgang umgeht, weiß, daß vor rund zehn Jahren ein Leitmotiv kreiert wurde, mit dem man die EXPO gewonnen hat, nämlich „Mensch-Natur-Technik“.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Da kann man doch alles unterbringen!)

Dann ist eine Landesregierung, die das Projekt nach Niedersachsen geholt hat, nicht im Amt geblieben — die Regierung Albrecht —, und niemand hat sich der Sache inhaltlich wirklich angenommen. D

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie haben recht! Und dann ging es bergab!)

Das ist ein Vorwurf, den man an die Stadt Hannover, an das Land Niedersachsen und auch an den Bund richten kann und muß. Denn das ist eine Bundesverantwortung, das müssen Sie mir zugestehen.

In Wahrheit krankt das ganze Vorhaben bis heute daran, daß es keine offene und ehrliche Diskussion darüber gegeben hat, was man eigentlich mit einer Weltausstellung in Deutschland will. Will man eher eine selbstkritische, gesellschaftspolitisch akzentuierte, auf die Agenda 21 bezogene Veranstaltung haben, bei der man zum Beispiel die Eigeninteressen von Unternehmen heraushält?

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie haben recht!)

Dann kann man aber nicht erwarten, daß Unternehmen den Großteil der Ausstellung finanzieren. Oder will man — umgekehrt — im wesentlichen eine Leistungsschau der deutschen Wirtschaft? Dann wird es aber andere inhaltliche Akzente geben müssen. Die Diskussion ist in Deutschland in Wahrheit nicht geführt worden. Deswegen habe ich persönlich gewisse Zweifel, wie erfolgreich die EXPO in Hannover sein wird. Bei allem Wohlwollen, die Verantwortung dafür kann man nicht beim Senat der Freien und Hansestadt Hamburg abladen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

(Senator Dr. Thomas Mirow)

- A Jetzt kommen wir auf Hamburg. Welche Möglichkeiten haben wir vor diesem Hintergrund? Dieser Hintergrund ist so konkret, daß es bis heute — Frühsommer 1998 — kein inhaltliches Konzept für den Länderpavillon gibt. Das macht es zum Beispiel einer Landesregierung ein bißchen schwer, auf Verbände, Organisationen, Bürger oder auch Unternehmen zuzugehen und zu sagen, beteiligt euch einmal daran, wenn die Gegenfrage lautet, woran? und es einem schwerfällt, darauf eine Antwort zu geben.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Was tun Sie, um diese Antwort zu befördern?)

— Das will ich Ihnen jetzt schildern.

Aus meiner Sicht gibt es zwei Aspekte, die für uns wichtig sind. Ich sage ausdrücklich: aus meiner Sicht, der eher etwas weniger wichtige Aspekt ist die Präsentation Hamburgs im Länderpavillon in Hannover. Denn wir sind eines von 16 Ländern, nicht das allergrößte, und wir werden nicht in der Lage sein, zusätzlich zu dem Betrag von 1,5 Millionen DM, den wir schon in Aussicht gestellt haben und der finanziert ist, wesentliche zusätzliche Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Trotzdem sollten wir es so gut wie irgend möglich machen.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz)

Der wesentliche Teil ist, wie sich die Stadt *hier* präsentiert.

Wenn Sie sagen, es gebe keine Kooperation irgendwelcher Behörden und niemand wüßte, wer was tut, nehme ich — wenn es sich bisher noch nicht herumgesprochen hat — gern die Gelegenheit wahr, es Ihnen mitzuteilen. Die Federführung liegt bei der Wirtschaftsbehörde. Ich habe jemanden sehr speziell beauftragt, sich leitend und koordinierend darum zu kümmern, nämlich Herrn Franz Klein, den vormaligen Senatssprecher. Jetzt weiß jeder von Ihnen, an wen er sich halten kann.

B

Abgesehen davon, was wollen wir tun? Zunächst einmal — und das ist aus meiner Sicht das Wichtigste — müssen wir angesichts unserer finanziellen Situation bei der EXPO 2000 so handeln, wie wir es erfolgreich bei dem Architektur-Sommer 1994 getan haben, nämlich nach dem Prinzip, daß jeder Bereich seine Eigenanstrengungen entfaltet, um sich zu präsentieren. Wir haben in der Stadt so viele Ressourcen, daß das sehr gut gehen kann und nach meiner Überzeugung auch gehen wird. Das gilt für Theater, für die Staatsoper, für wissenschaftliche Einrichtungen, für Unternehmen und für gemeinnützige Organisationen. Jeder hat die Chance, sich zu präsentieren. Unter den Senatskolleginnen und Senatskollegen ist verabredet worden, daß jeder dies in seinem Bereich koordinierend und fördernd auf den Weg bringt, ohne erhebliche zusätzliche Finanzmittel, die wir uns nicht leisten können. Das Ganze wird in entsprechender Weise auch deutlich gemacht, in eine Übersicht gebracht und auf verschiedenen Wegen kommuniziert werden, so daß jeder Besucher und jede Besucherin weiß, woran sie sich halten können.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das mußte mal gesagt werden!)

Neben den sogenannten weltweiten Projekten, die ich persönlich nicht ganz so wichtig finde und die ein bißchen kunterbunt sind — das liegt aber auch in der Anlage der Sache —, müssen wir die Stadt mit ihren Stärken präsentieren. Wenn diese Stadt eine besondere Stärke hat, die

auch sichtbar ist, dann ist es der Strukturwandel, der am Nordufer des Hafens in den letzten Jahren stattgefunden hat, gegenwärtig stattfindet und weiterhin stattfinden wird. Deswegen wollen wir ein Leitprojekt „Hafen in der Stadt — Stadt am Hafen“ verwirklichen, bei dem natürlich ein Projekt wie die Hafencity mit Plänen und Überlegungen im Mittelpunkt stehen wird, bei dem sich alle anschauen können, was dieser Strukturwandel von einer traditionellen, industriebetonten, maritimen Stadt hin zu einer Stadt mit sehr moderner Industrie, mit sehr viel Wissenschaft und einem sehr leistungsfähigen Dienstleistungsbereich heute ausmacht.

C

Wer von Ihnen schon heute diesen Bereich abschreitet und sich ihn anguckt, von der Titanic-Ausstellung in der Speicherstadt —

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Die ist dann ja weg!)

um einen konkreten Punkt aufzunehmen — bis hin zu dem Seniorenwohnheim in einer ehemaligen Kühlanlage, vom Greenpeace-Speicher nicht zu sprechen, oder anderen Entwicklungen wie dem Stilwerk mit seinem guten Design, der weiß, daß wir in unmittelbarer Nähe zu den Tourismusschwerpunkten dieser Stadt den Strukturwandel, der in Hamburg stattgefunden hat, sehr sinnlich darstellen können.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL, entspricht doch auch der Überlegung einer nachhaltigen Entwicklung sehr viel mehr, als wenn wir uns künstlich lauter kurzfristige Projekte ausdenken würden, die wir nach einer EXPO wieder abräumen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

D

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung an den Wirtschaftsausschuß zu? — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Damit wurde die Anfrage einstimmig überwiesen.

Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 8 und 36 auf: Große Anfrage der CDU zu Multimedia und ihre Auswirkungen auf den Standort Hamburg sowie Antrag der CDU zur Verleihung des „Echo“.

[Große Anfrage der Fraktion der CDU: Multimedia und ihre Auswirkungen auf den Standort Hamburg — Drucksache 16/658 —]

[Antrag der Fraktion der CDU: Verleihung des „Echo“ — Drucksache 16/837 —]

Wer meldet sich zu Wort? — Herr Klimke hat das Wort.

Jürgen Klimke CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir können fast nahtlos anknüpfen, denn das Thema ist die wirtschaftliche Zukunft Hamburgs — ist Hamburg gerüstet? — und hier im Bereich Multimedia.

Sie wissen, daß keine andere Branche in der Bundesrepublik Deutschland und natürlich auch in Hamburg so boomt wie Multimedia. Seit 1991 ist die Zahl der in Hamburg ansässigen Betriebe um 16,5 Prozent auf 6200 gewachsen. Die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich kletterte nach Angaben der Handelskammer von 1986 bis 1998 um 27 Prozent auf 38 000. Der Umsatz im Bereich Medien betrug im letzten Jahr 39,5 Milliarden DM. Das Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.

(Jürgen Klimke CDU)

A Wenn man den Aussagen des Senats Glauben schenken darf, dann ist Hamburg ein Premiumstandort für Multimedia. Der Aufbau von Multimediakompetenz — so sagt der Senat — wird zu einem bestimmenden Standortfaktor und ist deshalb eines der wichtigsten Ziele wirtschaftspolitischen Handelns. Wie so oft in den Antworten des Senats: Alles ist stimmig, alles ist richtig, was wir machen. Die Betroffenen sehen das teilweise ganz anders. Hier ist das „to be or not to be“, Anspruch und Wirklichkeit zu prüfen. Das haben wir mit unserer Großen Anfrage „Multimedia und ihre Auswirkungen auf den Standort Hamburg“ versucht.

Ist Hamburg wirklich Premiumstandort für Multimedia, wie Senator Mirow dies noch kürzlich in der „Welt“ erklärt hat? Ja, aber der sehr gute Ruf als Multimediastandort ist nicht unbedingt und nicht in erster Linie Ergebnis der Senatspolitik, er ist und bleibt Verdienst unternehmerischer Leistung und Kreativität. Wenn der Senat sein Verdienst daran herausstellt, dann schmückt er sich mit fremden Federn. Seine politische Aufgabe sollte und muß in erster Linie sein, Multimedia möglich machen, das heißt, die Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen moderne Informations- und Kommunikationstechnologie in Hamburg optimale Entfaltungsmöglichkeiten entwickeln kann.

Die prognostizierten Wachstumsraten für Multimedia werden alle anderen dynamischen Sektoren unserer Wirtschaft übertreffen. Beispiel: Die Unternehmensberatung Waterhouse geht in einem von der Wirtschaftsbehörde 1997 in Auftrag gegebenen Gutachten davon aus, daß in Hamburg im gesamten Multimediasektor bis zum Jahr 2000 immerhin noch ein Potential von über 6000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu sehen ist. In drei Jahren immerhin 6000 zusätzliche Arbeitsplätze ist schon eine ganze Menge. Diese Aussage jubelt der Senat natürlich, ist aber andererseits nicht in der Lage, unsere diesbezügliche Frage zu beantworten: Wie viele Arbeitsplätze gibt es in Hamburg im Bereich Multimedia? Ein Anruf — wie von mir — bei der Handelskammer, Herr Senator, und man hätte Ihnen die Zahlen genannt.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Sie haben schon ganz andere Zahlen durcheinandergebracht!)

Diese Zahlen beweisen dem letzten Skeptiker: Multimedia ist die Zukunft auch für unsere Stadt.

Aber es wird auch deutlich, daß sich jeder andere Standort in Deutschland ein möglichst großes Stück von diesem Wachstumskuchen abschneiden will. Der Wettbewerb wird härter, die Konkurrenz schläft nicht. Leider müssen wir auch in Hamburg diese Erfahrungen machen.

Damit wir dieser Konkurrenz gewachsen sind, müssen wir Visionen entwickeln. Diese Visionen fehlen aber eindeutig. Die zukunftsweisenden Visionen waren in der Antwort auf unsere Große Anfrage nicht zu finden. Wir vermissen den großen Wurf, wie man den Multimediastandort nicht bis 2000 — wie immer gesagt wird —, sondern bis 2010 vernünftig hinbekommt.

Eine klar strukturierte Zukunftsvision beinhaltet Zielsetzung, Strategie und Maßnahmen. Wie dieses aussehen muß, zeigen uns andere Herren, Clement in Nordrhein-Westfalen und Stoiber in Bayern. Sie werben heftigst — auch bei uns — um die Unternehmen mit umfangreichen Förderprogrammen, mit Subventionen, mit Steuerpolitik, mit Bereitstellung von attraktivem Gewerberaum. Zudem haben die Unternehmen für ihre Sorgen, Nöte und Anre-

gungen einen direkten Ansprechpartner, meistens in den Staatskanzleien. C

Wir müssen uns die Frage stellen: Was verstehen Hamburger Unternehmen unter einer zukunftsweisenden strukturierten Medienpolitik? Ich habe mit Unternehmen aus dieser Branche eine Reihe von Gesprächen geführt und immer wieder die gleichen Antworten gehört. Es wird an zuviel Bürokratie Kritik geübt. Es werden eine bessere Steuerpolitik und bessere Ausbildungsgänge in Medienberufen, Subventionen für Unternehmen, eine bessere Verkehrspolitik, Schaffung von mehr branchenspezifischem Gewerberaum, zum Beispiel in Ottensen, verbesserter Zugang zu Fördermitteln und zu Risikokapital gefordert.

Bei der Forderung nach weniger Bürokratie geht es eigentlich nur darum, daß Genehmigungsverfahren schneller entschieden werden können, Negativbeispiel: Kampnagel.

In puncto Steuerpolitik — das betrifft die Infrastruktur Hamburgs — haben Sie, Herr Senator Mirow, gesagt: Wenn die Medienunternehmen einen Premiumstandort mit erstklassiger Infrastruktur wollen, dann können sie nicht gleichzeitig niedrige Steuern und Mieten erwarten. Aber genau das, Herr Senator, ist anderswo machbar. Wir wollen zwar nicht die Quadratur des Kreises — wir können sie auch nicht fordern —, aber wir wollen eine Stärkung des Medienstandortes. „Fit for future“ muß die Devise heißen. Diese Devise wird aus unserer Sicht nicht vernünftig strukturiert befolgt. Denn Medienunternehmen haben es in Hamburg sehr viel schwerer als anderswo — sagt die Handelskammer —, von den Banken Kredite zu erhalten. Hier müssen wir aktiv werden. Das ist auch eine gute Voraussetzung für eine gesunde Unternehmensstruktur. Andere Standorte sind uns in diesem Bereich leider meilenweit voraus. D

Thema Ausbildung. Hierfür haben wir in Hamburg wirklich keine guten Rahmenbedingungen. Eine qualifizierte Ausbildung an Schulen, Hochschulen und in der beruflichen Weiterbildung im Multimediabereich ist nicht ausreichend vorhanden. Ein Hamburg-spezifischer Studiengang oder besondere Ausbildungsakzente, die in unserer Stadt in diesem Bereich zu setzen wären, bestehen immer noch nicht.

Was der Senat als Erfolg seiner Politik feiert, ist bei den Schulen das Resultat der erfolgreichen Bonner Politik. „Schulen ans Netz“ ist das Programm von Bundesminister Rüttgers, und das Hamburger Aktionsprogramm Weiterbildung zum Themenkreis Multimedia wäre ohne EU-Fördermittel überhaupt nicht denkbar. Hamburg erhält aus Brüssel 7,2 Millionen DM, der Landesanteil liegt bei 620 000 DM, also gerade bei knapp 10 Prozent.

Meine Damen und Herren! Wie hart der Wettbewerb der Standorte geworden ist, wie aggressiv andere Städte akquirieren, haben wir auch in der Diskussion der letzten Wochen um den „Echo“ erfahren. Herr Senator, hat der Senat daraus wirklich nichts gelernt? Das war doch ein Warningschuß. Wir sind der Meinung, daß wir den „Echo“, diesen bedeutenden internationalen Preis der Schallplattenindustrie, in Hamburg halten müssen. Es kann und darf nicht wahr sein, daß eine Medienmetropole wie Hamburg ohne einen einzigen bedeutenden Medienpreis bleibt, zumal der „Echo“ neben dem „Grammy“ und dem „British Award“ eine der bedeutendsten Auszeichnungen der Branche überhaupt ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß dieser Preis nach Berlin abwandert. Wir müssen in Gesprächen oder

(Jürgen Klimke CDU)

- A harten Verhandlungen — auch durch Unterstützungen — mit den Veranstaltern sicherstellen, daß der Preis in Hamburg bleibt.

(Beifall bei *Rolf-Rüdiger Forst* CDU)

Er strahlt weit über die Stadt aus und ist ein Signal nach außen für den Medienstandort Hamburg.

Bei aller Sympathie für die Hauptstadt: Wir müssen aufpassen, daß sich der Berliner Bär nicht aus dem Hamburger Medienhoneytopf bedient. Der „Echo“ muß mit Hamburg verbunden sein wie Alster und Elbe. Das wird in unserem Antrag gefordert, und ich hoffe, daß Sie, meine Damen und Herren, das auch so sehen.

(*Dr. Martin Schmidt GAL*: Ja, ja!)

„Gut ist nicht gut genug“ muß der Slogan aus unserer Sicht für eine vernünftige Medienpolitik des Senats lauten. Wir können uns nicht auf den Ruf Hamburgs verlassen und uns nicht darauf ausruhen, ein erstklassiger Standort zu sein. Maßnahmen zur weiteren Stärkung und Förderung der Attraktivität dieses Medienstandortes müssen einen gestaltenden und keinen verwaltenden Charakter haben.

Vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden Standortwettbewerbs muß Hamburg der Medienwirtschaft noch mehr als bisher einen angemessenen Stellenwert einräumen. Dazu gehören unserer Meinung nach die Förderung innovativer Unternehmen, spezifische Fördermittel und Risikokapital, Schaffung von mehr attraktivem Gewerbe- und günstigen Büroräumen, Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildung, gezielte Aktivitäten gegenüber den Wettbewerbsstandorten sowie Standortmarketing durch Information der Öffentlichkeit, Unterstützung der Multimediawirtschaft bei Marketing, Vertrieb und Akquisition von anzusiedelnden Unternehmen.

B

Dieser Ansatz — wie im übrigen auch die Initiative „Multimedia City Hamburg“ — zeigt, daß wir ihn weiter verfolgen und entwickeln müssen. Denn so, denke ich, hat Hamburg beste Chancen, seinen Platz als Medienmetropole in Zukunft nicht nur zu verteidigen, sondern seinen Vorsprung auch weiter auszubauen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Klimke, beim mehrmaligen Lesen Ihrer Anfrage habe ich anfänglich Schwierigkeiten gehabt,

(*Antje Blumenthal* CDU: Das sagen Sie bei CDU-Anfragen generell!)

mein Interesse an Ihrer Anfrage zu wecken, aber das ist nicht mein Problem gewesen. Vielmehr lag es daran, daß zu diesem Thema sehr viele Dinge beliebig aneinandergereiht waren: von Teleshopping über die Frage Multimedia-standort bis hin zum Jugendschutz bei Online-Medien und so weiter.

Eines habe ich heute nach Ihren Ausführungen gelernt: Sie verwechseln Visionen mit Subventionen. Sie fordern im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung mehr Subventionen. Es ist für mich völlig neu, das in dieser Klarheit von Ihnen zu hören.

Betrachten wir noch einmal den Bereich Printmedien und

Ihre Verwechslung zwischen Visionen und Subventionen. Keiner der Bereiche im Multimediabereich ist so hart umkämpft wie der Zeitungsmarkt. Zum einen durch neue Publikationen — das wird aus der Antwort auf die Anfrage auch klar: Special interest —, zum anderen aber auch — man braucht sich nur das Tageszeitungsgeschäft ansehen — durch den Wettbewerb der Zeitungsvertriebe untereinander vor dem Hintergrund, daß dort aufgrund des technologischen Fortschritts eine Verdichtung für jeden einzelnen Arbeitsplatz stattgefunden hat. Einer der Punkte ist: Im Bereich der Entwicklung gibt es die Trennung zwischen Redaktion und Technik in Zeitungshäusern nicht mehr. Der Redakteur übernimmt mittlerweile auch die Layout-Aufgaben.

C

Trotz dieser Kostenreduzierungen, Herr Klimke, arbeitet die Mehrzahl der Tageszeitungen, die uns zum Beispiel in Hamburg in der Politik kommentierend begleiten und uns vorwerfen, wir könnten mit Geld nicht umgehen, defizitär.

(*Heino Vahldieck* CDU: Zum Beispiel der „Vorwärts“!)

Wer sich die Zahlen anguckt, weiß, daß die Mehrzahl der Hamburger Tageszeitungen, die uns begleiten — seien sie alternativ oder konservativ, schreiben sie nun große Buchstaben mit Sex and crime —, defizitär arbeiten. Vor dem Hintergrund frage ich Sie: Was wollen Sie in diesem Fall mit Ihren Subventionen machen?

Noch einmal der Bereich Subventionen. Auch Neugründungen im Zeitungsbereich sind vor Pleiten nicht geschützt. Ich erinnere an „Tango“, eine Mischung aus „Bild“, „Quick“ und „Stern“.

(*Johannes Mertens* CDU: Von der haben wir wieder gehört!)

D

Diese Zeitung hielt sich eine Zeitlang auf dem Markt. Übriggeblieben war eine millionenschwere Pleite dieses Blattes. Der einzige Gewinner von „Tango“ war Hans-Hermann Tiedje. Wer sich in der Branche auskennt, weiß, daß das nicht seine erste Pleite war.

(*Johannes Mertens* CDU: Guter Mann!)

— Richtig, er ist ein so guter Mann, daß er jetzt der Medienberater des Kanzlers ist. Wir wünschen ihm für die nächsten 122 Tage den letzten Tango. Viel Spaß mit Hans-Hermann Tiedje, er hat sich dafür profiliert.

(Beifall bei der SPD und bei *Andrea Franken* GAL)

Beim Verwechseln von Subventionen mit Visionen spreche ich mich dafür aus, nicht den Subventionswettbewerb mitzumachen, den Sie angesprochen haben. Den können wir in Hamburg nur verlieren. Gruß an Wolfgang Clement, der heute Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen geworden ist.

(*Johannes Mertens* CDU: Der hat auch Defizite gemacht!)

— Sie müssen in den Büchern nachgucken, ob er Defizit gemacht hat.

(*Johannes Mertens* CDU: Das haben Sie doch vorher selbst gesagt zu „Tango“!)

— Der Unterschied, Herr Mertens, zwischen der „Morgenpost“, für die Herr Clement gearbeitet hat, und „Tango“ ist, daß Sie „Tango“ nirgends mehr am Kiosk kaufen können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

(Thomas Böwer SPD)

- A Anstatt einem von Ihnen geforderten Subventionswettbewerb im Multimediabereich Tür und Tor zu öffnen, den Hamburg nur verlieren kann, bedarf es in dieser Sache einer Politik mit Augenmaß. Hier liegt die Chance für Hamburg, zielgerichtet dort zu fördern, wo die größten Entwicklungschancen liegen. Das passiert bereits. Das haben Sie selber gesagt. Sie haben den Bereich Multimedia City Hamburg mit 3,5 Millionen DM erwähnt, mit denen wir junge Unternehmen und deren innovative Ideen unterstützen.

(Johannes Mertens CDU: Also doch fördern?)

— Gezielt. Der Unterschied zwischen dem, was Sie dort vorschlagen, überall massiv zu fördern . . .

(Jürgen Klimke CDU: Wirksam fördern!)

— Wirksam und gezielt fördern ist etwas anderes, als was Sie uns hier weismachen wollen.

(Jürgen Klimke CDU: Sie können ja nicht mal Multimedia und Printmedien unterscheiden!)

— Multimedia und Printmedien gehören in bestimmten Bereichen zusammen.

(Zuruf)

— Daß ich wie ein Blinder von der Farbe rede, stimmt nicht.

Dem Bereich, den Sie mit Subventionswettbewerb meinen — also Nordrhein-Westfalen nachzueifern —, muß im wesentlichen eine Kooperation zwischen den Bundesländern entgegnetreten, anstatt immer nur in diesen Bereich zu investieren.

- B Ein anderer Aspekt erscheint mir im Zusammenhang mit Multimedia genauso wichtig wie der Bereich der Wirtschaftsförderung. Es ist der Bereich der Förderung von Menschen, mit dem Wandel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft umzugehen. Die elektronischen Medien strukturieren immer stärker den Alltag von Menschen, sie prägen unsere Wirklichkeitswahrnehmung, unsere Werte und unsere Diskussionen. Wenn es im Industriezeitalter hieß „time is money“, so kommt in der Wissensgesellschaft der Bereich von Information und Nachricht hinzu. Da stehen wir als Politiker vor der eigentlichen Herausforderung im Umgang mit Wissensgesellschaft, der eng mit den Entwicklungen im multimedialen Bereich verknüpft ist. Der selbstverständliche Umgang, die selbstbestimmte und kritische Auseinandersetzung mit Online-Medien wird zur Kulturtechnik wie Lesen und Schreiben. Weil das so ist, müssen wir sicherstellen, daß sich keine Kaste der Wissenden und Nichtwissenden bildet.

Natürlich geht es um die berufliche Qualifikation der Menschen. Es geht aber bei der Wissensgesellschaft auch darum, zu gewährleisten, daß alle Menschen an ihr teilhaben können. Der Weg in die Wissensgesellschaft hat das Grundrecht auf Information zur Folge. Das heißt, es bedarf auch der Demokratisierung der neuen Techniken. Ich darf daran erinnern, daß das Internet ursprünglich im wesentlichen eine Militärerfindung war, für wenige. Es geht darum, dieses neue Instrument zu demokratisieren, es möglichst vielen Menschen zu eröffnen.

Hamburg unternimmt beträchtliche Anstrengungen, diesen öffentlichen neuen Raum auch tatsächlich allen Menschen zugänglich zu machen. „Schule ans Netz“ ist in Hamburg keine Forderung mehr, es ist schon flächendeckende Realität. Aber man muß kein Prophet sein, um

die Feststellung treffen zu müssen, daß wir in den nächsten zehn bis 20 Jahren im Hinblick auf das virtuelle Klassenzimmer noch sehr viel weitere Schritte gehen werden.

Zum Schluß zwei Sätze zur „Echo“-Verleihung. Mediale Großereignisse wie die „Echo“-Verleihung sind für Hamburg selbstverständlich eine prestigeträchtige Angelegenheit. Viele von uns würden sich über ein Wiedersehen mit „Tic-Tac-Toe“ freuen.

(Barbara Duden SPD: Ich nicht! — Walter Zuckerer SPD: Was sagt uns das?)

— Diese Gruppe war Preisträger bei „Echo“.

(Zuruf von Walter Zuckerer SPD)

— Einige dann nur, Herr Zuckerer.

Ich habe keinen Zweifel daran, daß der Senat sein gutes Verhältnis zum Veranstalter, die Phonoakademie, nutzt, um die „Echo“-Verleihung wie in den letzten drei Jahren auch in Hamburg stattfinden zu lassen. Wenn der Veranstalter sagt, daß er das Jahr 2000 gerne in der neuen Hauptstadt feiern möchte, dann ist das auch Konsequenz dessen, daß wir selber gesagt haben: Ja, Berlin soll Hauptstadt sein. Daß man in den Jahren danach alles unternimmt, damit „Echo“ wieder nach Hamburg kommt, ist eine Selbstverständlichkeit. — Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Frau Kähler.

Bettina Kähler GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der letzten Sitzung anläßlich der Debatte über DiBIS lästerte der CDU-Abgeordnete — ich glaube, es war Herr Schulz — über das gestörte Verhältnis der Grünen zu den modernen Techniken. Wenn ich jetzt aber diese Große Anfrage sehe, dann denke ich an das Glashaus, aus dem heraus man lieber nicht mit Steinen werfen sollte.

Nehmen wir Frage römisch zwei, viertens:

„Wie erlangt man Zugriff auf die verschiedenen Mediendienste in Hamburg?“

Das ist ungefähr so, als würde ich den Senat fragen: Wie starte ich einen BMW? Das zeugt von einer ziemlichen Ahnungslosigkeit in bezug auf die Materie.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

Frage römisch zwei, siebtens: Wir waren verblüfft, unser Modell „Freie und digitale Stadt Hamburg“ von 1995 — das tatsächlich nur auf dem Papier existiert — zu einem funktionierenden System befördert zu sehen. Ist dem Senat das bekannt, war die Frage, was steckt dahinter? Dieses Modell wollte die Beteiligung aller — nicht nur der Gebildeten und der wirtschaftlich Starken — an den neuen Techniken fördern, und die politischen Zwecke standen dabei im Vordergrund.

Entgegen anderslautenden Gerüchten haben sich die Grünen sehr früh mit den neuen Techniken und ihren Folgen für die Gesellschaft beschäftigt, vor allem mit dem Sich-zunutzen-Machen, dem Sich-Aneignen der neuen Techniken für bildende und politische Zwecke. Einige von uns, es war — zugegeben — nur eine Minderheit, haben zusammen mit anderen aus dem linksalternativen Spektrum das CL-Netz aufgebaut, das einzige politische Netzwerk in der

(Bettina Kähler GAL)

- A Bundesrepublik. Das war Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, lange bevor das Internet in aller Munde war.

Wir haben dabei immer sehr viel Wert auf den Aspekt gelegt, den Sie so schön umschrieben haben und der heute auf Neudeutsch Medienkompetenz heißt. Den demokratiapolitischen und bildungspolitischen Aspekt dieser Angelegenheit sehe ich mindestens gleichberechtigt neben dem wirtschaftlichen und neben den billigen Büroräumen und allem, was Sie aufgezählt haben.

Dementsprechend kann die Notwendigkeit einer guten Ausbildung nicht genug betont werden. Die neuen Medien haben eine Vielzahl von neuen Berufen mit sich gebracht, die es vor zehn Jahren so noch gar nicht gegeben hat. Die Antwort des Senats zeigt, daß in der Ausbildung auch schon einiges geschieht. Dort gilt es anzusetzen, das gilt es auszubauen. Nötig ist es, die Aus- und Fortbildungsberufe diesem gewachsenen Bedarf anzupassen und — da gebe ich Herrn Klimke recht — nicht mit einer übermäßigen Bürokratisierung zu erschweren, sondern ihn schnell, flexibel zu gestalten, ihn gut zu koordinieren und darüber zu informieren. Damit können die großen Chancen, die in diesem Bereich liegen, gut genutzt werden. Insofern bin ich für diesen Bereich durchaus für ein staatliches „Anschubsen“. Der Senat ist mit der Multimedia-Initiative durchaus auf einem guten Weg.

Wie durch eine staatliche Reglementierung die großen Chancen gerade des Internets aber auch gefährdet werden können, zeigt die Frage unter römisch zwei, achtens, nach der Verhinderung des Zugriffs auf jugendgefährdende Inhalte.

- B Kontrollierende Eingriffe in das Internet, seien sie staatlich oder privat, sind weder technisch möglich noch demokratisch wünschenswert. Technisch sind sie deshalb nicht möglich, weil die Sperrungen von Diskussionsgruppen oder auch www-Seiten dazu führen, daß dann auch die legalen Inhalte nicht mehr zugänglich sind. Der große Online-Dienst CompuServe hat das vor ein paar Jahren anschaulich vorgeführt. Er wollte einige Diskussionsforen, in denen er Pornographie vermutete, sperren, und sofort waren alle Gruppen gesperrt, die das Wort „Brust“ beinhalteten. Es waren nicht nur die, die das Wort im pornographischen Sinne diskutierten, sofort von ihrer Kommunikation abgeschnitten, sondern auch die Frauen, die sich über Brustkrebs und seine Folgen austauschten. Demokratisch nicht wünschenswert ist es eben aus diesen Gründen und weil Meinungsfreiheit auch im Internet gilt. Darunter fallen auch die vielen Dinge auf der Grenze zum guten Geschmack und jenseits des guten Geschmacks, die dort auch verbreitet werden. Darunter fallen beispielsweise auch die vom Verfassungsschutz ausgemachten linksradikalen Inhalte in der Mailbox, über den ich den Zugang ins Internet habe, der Comlink Hamburg.

Die Tatsache, daß neue Medien — wie alle anderen neuen Medien auch — mißbraucht werden können, darf auf keinen Fall zu einer Behinderung ihrer Nutzung führen. Das würde passieren, wenn man die Pläne von Herrn Kanther weiterverfolgt, die Verschlüsselung zu verbieten oder ähnliches mehr.

Firmen, die jetzt zögerlich anfangen, Geschäfte auch über das Internet abzuwickeln, würden das mit Sicherheit nicht fortsetzen, wenn sie wissen, daß der Staat jederzeit ihre Korrespondenzen mitlesen kann. Hier decken sich auf in-

teressante Weise die Interessen der Wirtschaft und die der Bürgerrechtler. C

Diesen Aspekt der Demokratisierung wollte ich gern noch einmal herausgestellt haben. Ich hoffe, daß wir die Debatte unter diesem Aspekt auch noch fortsetzen können.

Zum Thema „Echo“ sagt mein Kollege Farid Müller noch etwas. — Danke schön.

(Beifall bei der GAL und bei *Thomas Böwer und Rolf Polle, beide SPD*)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Senator Dr. Mirow.

Senator Dr. Thomas Mirow: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es gut und richtig, daß uns die letzte Rednerin dabei geholfen hat, zum eigentlichen Thema zu finden, nämlich Multimedia, während Ihr Beitrag, verehrter Herr Klimke, ein relativ bunter Gang durch den Gemüsegarten war.

(*Jürgen Klimke CDU: Ist aber interessant!*)

Es begann mit allgemeinen wirtschaftspolitischen Fragen, wie der Verkehrspolitik und der Steuerpolitik, die auch für Medienunternehmen — zugegebenermaßen — relevant sind, aber im engeren Sinne mit der Multimedia-Diskussion wenig zu tun haben. Es hat auch nur in Grenzen etwas mit der klassischen Medienpolitik und Medienwirtschaft zu tun.

Worin liegt das eigentliche Potential von Multimedia? Nach meiner Überzeugung liegt es in zwei Bereichen. Der erste Bereich gibt uns zunächst die Chance der Verknüpfung verschiedener Medienbranchen. Das ist für uns eine große Chance. Wenn Sie sagen, es ist in erster Linie der Erfolg der Unternehmen, gebe ich Ihnen recht, darüber brauchen wir nicht zu streiten. Das ist das Neue von Multimedia, daß sich Musik, TV, Print und Online miteinander verbinden. Da haben wir gegenüber allen Wettbewerbsstandorten — die sind in einem harten Wettbewerb zu uns — den Vorteil, daß wir in allen diesen Bereichen stark sind. Wir müssen uns deswegen bemühen, daran anzuknüpfen und diese Entwicklung zu fördern, wie es mit AOL, mit G+J-TV, mit MTV und VH-1 gelingt. Das ist der eine Bereich. D

Aber der aus meiner Sicht noch viel wichtigere Bereich ist, daß Multimedia Synonym dafür ist, daß die Medien die Medienbranche verlassen und daß die Medien zunehmend zu einem Wirtschafts-, aber auch zu einem Gesellschaftsfaktor werden, der Schritt für Schritt — zum Teil aber sehr schnelle Schritte — anfängt, das gesamte Wirtschafts- und Arbeitsleben zu durchdringen. Darin liegt die eigentliche Materie, mit der wir umgehen müssen. Wir müssen den Versuch unternehmen, daß wir die Stärken, die wir im Medienbereich haben, mit anderen Wertschöpfungsfaktoren, die es in der Stadt gibt, verknüpfen. Wir müssen Medien und Architektur verbinden, Medien und Design, aber auch Medien und Logistik — den Hafen und die Schifffahrt —, Medien und Versandhandel und zunehmend die Medien mit dem produzierenden Gewerbe. Wer von Ihnen Gelegenheit hat — so wie ich dank meines Amtes in den letzten Monaten —, sich Produktionsstätten in Hamburg anzuschauen, der weiß, wie sehr diese Entwicklung unser Arbeitsleben durchdringt. Selbst im Bereich vermeintlich klassischer alter Industrien — da, wo es funk-

(Senator Dr. Thomas Mirow)

A tioniert — haben wir zunehmend hochtechnisierte, computerisierte, über Medien und Steuerung miteinander verbundene Produktionsketten. Es stehen sehr viel weniger Arbeiterinnen und Arbeiter daneben, und die, die dort stehen, haben mehr kontrollierende Funktion, als daß sie noch selbst zum eigentlichen Produktionsprozeß beitragen würden.

Die damit verbundenen Wertschöpfungsentwicklungen sind gut für die Stadt. Es muß jetzt aber noch zusätzlich darum gehen, daß wir uns — bezogen auf unsere Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungspolitik — darauf einrichten, daß möglichst viele Menschen mit diesen Techniken umzugehen lernen. In dem Maße, in dem das nicht geschieht, wird sich die Segregationsentwicklung — die Unterscheidungsentwicklung, das Auseinanderdriften — der gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die wir in der Stadt so wie in allen anderen industriellen Zentren ohnehin haben, noch weiter verschärfen.

Medienkompetenz, Technikkompetenz, Kommunikationskompetenz werden in zunehmendem Maße die Fähigkeiten sein, die über Beschäftigung entscheiden. Auch wenn Sie bemängeln, daß wir keine Visionen haben — ich bitte um Vergebung —, glaube ich, daß wir uns sehr intensiv damit zu beschäftigen haben, wie wir die guten Wertschöpfungsperspektiven, die wir in der Stadt haben, mit einer gesellschaftsverträglichen Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik verbinden. Sie soll uns in die Lage versetzen, daß wir es nicht nur mit wenigen „Steuerern“ zu tun haben, sondern mit möglichst vielen Menschen, die in der Wirtschaft wie in ihrem Alltag mit solchen Techniken umgehen können. — Vielen Dank.

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Müller.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte noch ein paar Worte zum „Echo“ sagen. Zum Medienstandort und der wirtschaftlichen Bedeutung haben meine Vorredner schon einiges gesagt. Ich möchte auf einen anderen Aspekt eingehen, der mir im Zusammenhang mit dem „Echo“ wichtig ist und der auch etwas zu Hamburg sagt.

Wann haben wir eigentlich in Hamburg soviel internationale Aufmerksamkeit, wie zum „Echo“, der sich inzwischen recht stolz mit dem „Grammy“ oder dem „British Award“ messen kann? Über 40 TV- und Radiostationen sind an diesem Tag in Hamburg, 180 Journalisten aus aller Welt, 3000 Musikfans im CCH und beim letzten Mal über fünf Millionen Fernsehzuschauer. Dieses Ereignis berührt aus meiner Sicht unser hanseatisches Selbstwertgefühl.

C Es tut uns gut, auch einmal im Mittelpunkt der Musikwelt zu stehen, inmitten von Stars und Sternchen. Der „Echo“ paßt zu uns. Mögen wir auch manchmal etwas trocken sein und die positiven Seiten Hamburgs gern diskret erwähnen, so empfinden wir einen gewissen Stolz, wenn Künstler wie John Bon Jovi oder die Backstreet-Boys in Hamburg mit Preisen ausgezeichnet werden. Die Musik in Hamburg ist schon immer aktiv und kreativ gewesen, sei es durch die Verpflichtung Gustav Mahlers an die Hamburgische Staatsoper oder sei es der Star Club, der für die Beatles die Startrampe für die Weltkarriere bedeutete.

Musik wächst in Hamburg seit jeher auf einer breiten Basis, und daher gab es auch in diesem Jahr einen Nachwuchspreis zum „Echo“, gestiftet von der Kulturbehörde und der Wirtschaft. Zwar vermögen wir Hamburger die Existenz von München und Berlin, die natürlich den „Echo“ auch gern austragen würden, durchaus anzuerkennen, aber nicht als Mitbewerber des „Echo“. Der „Echo“ hat sich inzwischen zu einem Botschafter für die Popmusik in Deutschland entwickelt, doch wir können auch noch eine andere Botschaft vermitteln: Hamburg ist nun einmal die liebenswerteste Stadt in Deutschland. Wir sind jedenfalls davon überzeugt, daß dieses Ereignis in Zukunft wieder in Hamburg stattfinden sollte, und bitten daher den Senat, in diesem Sinne zu verhandeln. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

D Wer stimmt dem CDU-Antrag 16/837 zu? — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Somit wurde dieser Antrag einstimmig angenommen.

Im übrigen stelle ich fest, daß die Große Anfrage 16/658 besprochen wurde.

Wir sind am Ende der Debatte angekommen. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Wir sehen uns morgen wieder.

Schluß: 20.53 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Sybill Buitrón Lübcke, Dietrich Ellger, Dr. Michael Freytag, Uwe Grund, Ingo Kleist und Hans Jakob Kruse.